Free21
Credible news mounted on paper

DAS Magazin
Nr. 6, 4. Jg., Dezember/2017
Im Netz: www.free21.org

Themen:

Geheime JFK-Akten
Überblick über den Stand der Veröffentlichung ▶ SEITE 13

Konflikt in Katalonien
Der größte Nutznießer ist die Finanzindustrie ▶ SEITE 14

Geld aus dem Nichts
wird bei jeder Kreditvergabe erzeugt. In den Lehrbüchern steht es anders. ▶ SEITE 15

Alternativer Geschichtsunterricht
Eine Buchrezension von Heiko Flottau ▶ SEITE 23

Die Paradise Papers
sind ein weiteres Beispiel für die Erosion der Demokratie, von Jens Berger ▶ SEITE 26

Kapitalismusvarianten
Ein Vergleich des westlichen mit dem chinesischen Kapitalismus, von W. Rügemer ▶ SEITE 28

Die Unabhängigkeit des Journalismus
von N. Chomsky ▶ SEITE 33

We're all living in America
von Jens Berger ▶ SEITE 35

Das Schweigen
zu gewissen Themen in den deutschen Leitmedien wirft viele ernste Fragen auf, von Dirk Pohlmann ▶ SEITE 38

Yanis Varoufakis
im Interview: Perspektiven der Demokratie ▶ SEITE 40

Interview zu Syrien
Ein Regierungsvertreter von Qatar packt aus ▶ SEITE 42

Immer wieder ISIS
Wie viel Terror geht wirklich auf ihr Konto? ▶ SEITE 44

Das Free21-Prinzip:

Die Lügen der „Weißhelme“

Bild: Screenshot Trailer „The White Helmets“

Die sogenannten Weißhelme helfen nicht, sondern inszenieren und verbreiten Propaganda für den Krieg gegen Syrien. Die Weißhelme sind nicht neutral, wie sie und ihre Gönner immer wieder behaupten. Sie werden vom Westen finanziert, und Weißhelme und westliche Regierungen sagen das auch öffentlich. Ihre Geschichten und Bilder sind eine permanente Anklage gegen die syrische Regierung und Russland und die großen Stories kommen immer zum richtigen Zeitpunkt für deren Gegner. Kritik an den „Rebellen“ um Al Qaida und Co., mit denen die „White Helmets“ eng verbunden sind, findet dagegen nicht statt. SEITE 3

Sanktionen – der kleine Krieg

„Wir haben gehört, dass eine halbe Million Kinder gestorben sind [AdR: durch die Sanktionen nach dem Irakkrieg 1991] […] ist es den Preis wert?“ Albright: „[…] wir glauben, es ist den Preis wert.“ ▶ SEITE 17

Trump und der **Sezessionismus**

Präsident Trump gründet seine Außenpolitik auf dem Respekt der Souveränität der Staaten. Infolgedessen hat er jegliche Unterstützung der USA für Separatismus abgebrochen. von Thierry Meyssan ▶ SEITE 20

Die Wahrheit über die **Demokratie**

Prof. Rainer Mausfeld über das absehbare Ende der „Demokratie”. Exklusivabdruck aus dem Buch „Fassadendemokratie und Tiefer Staat” mit herzlichem Dank an Rubikon.news ▶ SEITE 45

Free21

Credible news mounted on paper

DAS Magazin

Nr. 6, 4. Jg., Dezember/2017 www.free21.org

Das Free21-Prinzip:

Unterstütze Free21.org

Vereins-Spendenkonto:

Empfänger: VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, **IBAN:** DE84 4306 0967 1185 9021 00, **Verwendungszweck:** FREE21 oder **per Paypal:** verein@free21.org

Impressum

Free21.org ist eine global ausgerichtete Plattform für journalistische Beiträge und qualifizierte Debatten. Alle Artikel werden typografisch so gesetzt, dass sie heruntergeladen und auf DIN-A4-Papier ausgedruckt werden können. Die Artikel werden durch Fotos ergänzt und mit einem Quellenverzeichnis versehen.

Free21 funktioniert als Netzwerk-Projekt. Wir beziehen Beiträge von Fachleuten aus den verschiedensten Fachgebieten mit ein.

Zusammen arbeiten wir daran, in einem Zeitalter der Verwirrung die Wahrheit herauszufinden und über sie zu berichten. Wir wollen ein qualitativ hochwertiges und unabhängiges Medium schaffen, das frei von den Zwängen und Einschränkungen großer Medienkonzerne agieren kann.

Herausgeber:
Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., c/o Marika Matthaei, 10369 Berlin, Karl-Lade-Str. 36a, E-Mail: verein@free21.org

Eingetragen beim Amtsgericht Charlottenburg VR 34774B.

St.-Nr. 27/680/76987

Chefredakteur: Tommy Hansen

ViSdPR: Tommy Hansen, Bennigsenstraße 15, 12159 Berlin
Telefon: 0152/15 67 38 20
E-Mail: info@free21.org

Alle Artikel auf Free21.org können für private, nichtkommerzielle Zwecke unverändert frei benutzt und geteilt werden, sowohl online als auch im PDF-Format.

Die Syrienlügen

Im Zeitalter des Internets schreibt man viel schneller Weltgeschichte als in der Vergangenheit. Dass nur sehr wenige Historiker diese Chance nutzen, ist eine andere Sache. Kaum zwei Jahre hat es gedauert, bevor sich die Geschichte der „Brutkasten-Babys, die in Kuwait durch irakische Soldaten auf den Boden geworfen wurden" als Erfindung der amerikanischen PR-Agentur Hill & Knowlton herausstellte. 1990 wurde diese Lüge von Nayirah as-Sabah im Kongress der Vereinigten Staaten kolportiert, von Präsident Bush Senior mehr als hundert mal wiederholt und als Grund für den Kriegseintritt der USA gegen den Irak verwendet.

In 2003 erzählte man den Menschen im Westen, dass Saddam Hussein mit seinen Massenvernichtungswaffen jede Großstadt Europas innerhalb von 45 Minuten treffen könne. Diese Aussage wurde vor allem von George Bush, Tony Blair und dem Dänen Anders Fogh Rasmussen wiederholt. Spätestens seit 2011 ist offiziell belegt, dass auch dies eine Lüge war. Zu diesem Zeitpunkt verlangte Colin Powell selbst eine Untersuchung, um zu erfahren, wie es zu dieser Falschinformationen durch sämtliche Geheimdienste der USA kommen konnte. Aber seit genau diesem Zeitpunkt redet niemand mehr darüber.

In beiden Fällen schaute der Westen zu bzw. war sogar aktiv daran beteiligt, dass die USA mit Krieg und Sanktionen hunderttausende Menschen umbrachten. In beiden Fällen wissen wir mit Sicherheit, dass die Kriegsgrundlage frei erfunden, also eine bewusst geplante Lüge war.

Seit 2011 sind wir wieder gemeinsam mit den USA in einen Krieg verwickelt. Diesmal geht es um die Zerstörung von Syrien, „verpackt" als Intervention zum Wohle der Menschen. Libyen ist schon längst in Vergessenheit geraten, ein Land, das unsere Intervention im permanenten Chaos hinterlassen hat, in dem Hunderte von Banden und religiösen Fanatikern herrschen und in dem sich der Alltag der Einwohner zu einer Hölle entwickelt hat.

Ein großer Teil der westlichen „Informationen" zu Syrien stammt von den sogenannten „White Helmets", angeblich eine syrische Hilfsorganisation, die sich aber als Mitglieder und Sympathisanten der Al-Nusra-Terroristen herausgestellt haben. Die von ihnen verbreiteten Bilder und Videos – vor allem von leidenden Kindern – trafen die westlichen Bevölkerungen wie ein Tsunami.

Fragt man unabhängige Journalisten, die selbst in Aleppo waren, gibt es diese White Helmets aber nicht. Dem dänischen Fotojournalisten Jan Öberg war in 2016 keine Person in Ost-Aleppo begegnet, die auch nur einen White Helmet gesehen hatte. Die kanadische Journalistin Eva Bartlett berichtete, dass keine westlichen Nachrichtenagentur je selbst in Aleppo war. Laut Bartlett gibt es dort keine White Helmets und keine Revolte des Volkes gegen Präsident Assad. Dies wurde inzwischen aus vielen Quellen bestätigt. So erklärte vor kurzem der flämische Pater Daniël Maes öffentlich: „Die Vorstellung, dass ein Volksaufstand gegen Präsident Assad stattgefunden hat, entspricht nicht der Wahrheit. Ich lebe seit 2010 in Qara und habe mit eigenen Augen gesehen, wie aus dem Ausland gekommene Agitatoren Proteste gegen die Regierung organisierten und junge Menschen rekrutierten."

Das ganze Konstrukt rund um die White Helmets und „The Syria Campaign" macht den Eindruck einer Inszenierung. Beides sind Erfindungen der amerikanischen Beratungsfirma/Werbeagentur, Purpose Inc. Die amerikanische (mittlerweile globale) Kriegsindustrie profitiert davon.

Die Geschichte des Syrienkriegs ist die größte Schande der westlichen Presse unserer Zeit. Die Wahrheit kommt aber schnell ans Licht: die dritte Kriegslüge der USA ist bereits jetzt eine historische Realität. Nicht zuletzt dank des Engagements alternativer Medien.

Power to the Paper!
Tommy Hansen, Chefredakteur

Die Lügen der „Weißhelme“

Die sogenannten Weißhelme helfen nicht, sondern inszenieren und verbreiten Propaganda für den Krieg gegen Syrien.

von Jens Bernert

Foto: Screenshot Filmcover und Grafik von Pixabay, CCo

Die meisten Fotos und Videos, die es in den letzten Jahren aus dem seit 2011 laufenden Syrienkrieg in die Nachrichtensendungen und Printmedien des Westens schafften, waren Bildmaterial der White Helmets. Bei diesen handelt es sich vorgeblich um eine 2013 in der Türkei von einem Briten gegründeten Rettungstruppe für Syrien, tatsächlich produzieren sie für die Medien vor allem Propagandamaterial und -geschichten gegen Syrien. Finanziert werden sie ganz offen durch die USA und EU-Staaten. Ihr Material ist voller Fehler und sie enttarnen sich immer wieder versehentlich durch ihre eigene Inkompetenz. Neutral (1) sind sie im Syrienkrieg (2) keineswegs. Und sie unterhalten engste Verbindungen zu den im Westen als „Rebellen“ bezeichneten Kämpfern um Al Qaida und Co.

Der offzielle Gründer

Offizieller Gründer der Weißhelme ist der britische Militärdienstleister James Le Mesurier, der bei Twitter merkwürdigerweise unter @USARinwar zu finden ist. Le Mesurier war laut seinem Al-Jazeera-Interview vom August 2015 zufällig 2013 in der Syrien benachbarten Türkei und half angeblich spontan syrischen Freiwilligen, eine Rettungshelfertruppe aufzubauen: „They started as a completely ad hoc, voluntary organisation that the Turkish rescue trainers and I started training and supporting in the early part of 2013.“ Die genannten türkischen Trainer und Le Mesurier selbst sollen ursprünglich Rettungsspezialisten für Erdbebeneinsätze sein. Die von Le Mesurier gegründete und in den Niederlanden registrierte Organisation „Mayday Rescue“ nimmt für die Weißhelme Gelder der Unterstützerstaaten entgegen.

Erdbeben-Märchen

Das Erdbeben-Thema setzt Le Mesurier auch ein, um angebliche Verwüstungen durch Fassbomben für die Weltöffentlichkeit zu illustrieren. Dabei zeigt sich allerdings, dass er nicht nur überhaupt keine Ahnung von der Materie „Erdbeben“ hat, sondern hier auch glatt lügt. „The explosive-laden barrels are hurled out of helicopters. When one strikes, it can produce the seismological equivalent of a 7.6 magnitude earthquake, the White Helmets‘ James LeMesurier told CNN’s Chief Medical Correspondent Dr. Sanjay Gupta“,,heißt es beispielsweise in einem CNN-Artikel vom 6. Oktober 2016.

Le Mesurier behauptet also, eine Fassbombe würde ein Erdbeben der Stärke 7,6 auslösen können. Das ist aber nach den Gesetzen der Physik völlig unmöglich. Einen Beleg für den Einsatz von Fassbomben durch die syrische Regierung gibt es im Übrigen nicht. Falls sie tatsächlich eingesetzt würden, dann wäre das sogar ein kleineres Übel. Fassbomben sind improvisierte Sprengbomben. Große Metallbehälter, gefüllt mit Sprengstoff und Schrapnellen. Eine Fassbombe hat wesentlich weniger Sprengkraft als eine herkömmliche Fliegerbombe.

Selbst wenn man annimmt, dass Fassbomben in Syrien eingesetzt würden, hilft das der absurden Falschaussage Le Mesuriers nicht weiter. Unterirdische Atomtests erzeugen maximal Erdbeben einer Stärke von 4 bis 5. Bei einer entsprechenden überirdischen Explosion lägen die Werte noch sehr viel niedriger, da ein Großteil der Bombenenergie in die Schockwelle fließt und nicht im Untergrund wirksam wird. Dass es durch Fassbomben zu Erdbeben der Stärke 7,6 kommt, ist völlig unmöglich. Man beachte auch, dass die Momenten-Magnituden- beziehungsweise Richter-Skala nicht linear verläuft. Ein Erdbeben der Stärke 7 setzt eine seismische Energie äquivalent zu 38 Hiroshima-Atombomben frei. Ein Erdbeben der Stärke 8 setzt eine seismische Energie äquivalent zu 1200 Hiroshima-Atombomben frei.

> Die Weißhelme sind nicht neutral, wie sie und ihre Gönner immer wieder behaupten. Sie werden vom Westen finanziert, und Weißhelme und westliche Regierungen sagen das auch öffentlich. Ihre Geschichten und Bilder sind eine permanente Anklage gegen die syrische Regierung und Russland und die großen Stories kommen immer zum richtigen Zeitpunkt für deren Gegner. Kritik an den „Rebellen“ um Al Qaida und Co., mit denen die White Helmets eng verbunden sind, findet dagegen nicht statt.“ **Jens Bernert**

Quelle: Screenshot Twitter

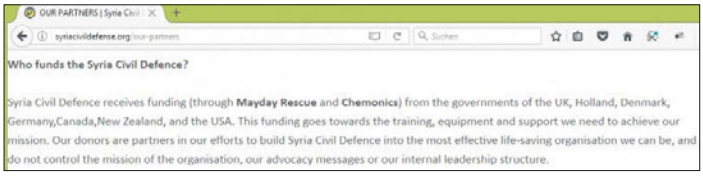
Quelle: Screenshot CNN

Eine Einordnung des angeblichen Wertes von 7,6 hinsichtlich der Zerstörungskraft zeigt noch einmal, wie grotesk falsch die Weißhelm-Aussagen sind: Erdbeben zwischen 6 und 7 zerstören einen Umkreis bis zu 70 Kilometern und kommen weltweit etwa 120 Mal pro Jahr vor. Erbeben zwischen 7 und 8 zerstören einen Umkreis in dreistelliger Kilometerzahl und kommen auf der gesamten Erde etwa 18 Mal pro Jahr vor. Erdbeben zwischen 8 und 9 kommen im Schnitt einmal jährlich vor und richten Zerstörungen in einigen hundert Kilometern Umkreis an.

Ein weiterer Weißhelm-Chef – White-Helmet-Direktor Raed Saleh – sprach bei der Verleihung von „The Right Livelihood Award" an die Weißhelme sogar von einer Erdbebenstärke von 8 auf der Richter-Skala durch Fassbomben bei täglich 50 abgeworfenen Fassbomben. Dazu bemerkte er noch, das fatale Erdbeben in Italien habe nur die Stärke 6,2 gehabt: „I find it difficult to convey to international audiences the scale of this terror: the localised effect of a barrel bomb is the same as an earthquake measuring 8 on the Richter scale. The horrific earthquake last month in Italy measured 6.2 on the Richter scale. So imagine that, 50 times a day."

Von einer wahnwitzigen Fassbomben-Erdbebenserie im Nahen Osten, die Syrien und Teile der Nachbarländer verwüstet hätte, ist dem Rest der Menschheit allerdings nichts bekannt.

Weitere Gelegenheiten, bei denen die White-Helmets-Chefs solche Angaben machten, waren beispielsweise die Aussage von Abdulrahman Al-Mawwas, Vizepräsident der Weißhelme, beim Oslo Freedom Forum 2017 oder ein



Quelle: Screenshot Twitter

Vortrag Le Mesuriers in Lissabon im Jahre 2015. Es handelt sich also bei den bizarren Falschbehauptungen nicht um bedauerliche Versprecher der „Erdbebenspezialisten", sondern um ein durchgängig gepflegtes, die Wissenschaft und den menschlichen Verstand beleidigendes Lügengebilde, mit dem die Weißhelme sich selbst der Glaubwürdigkeit berauben.

Finanzierung

Die White Helmets werden unter anderem von Großbritannien, den Niederlanden, Dänemark, Deutschland, Kanada, Neuseeland und den USA finanziert. Die Geberländer verschweigen dies nicht, sondern brüsten sich mit der Unterstützung der Weißhelme. Insgesamt sind weit über 100 Millionen Dollar aus diesen Ländern an die Weißhelme geflossen. Deutschland beispielsweise trug dazu sieben Millionen Euro bei.

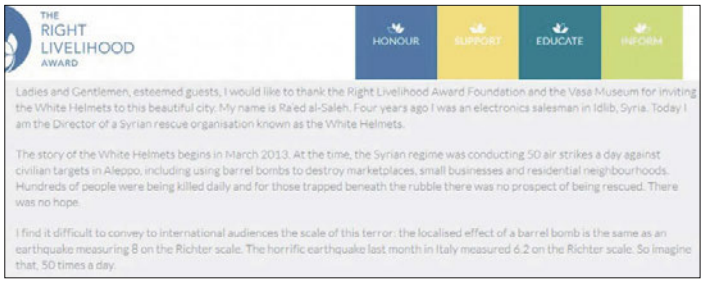
Eine Überweisung von 23 Millionen Dollar durch die USA führte am 27. April 2016 zu kritischen Fragen bei einer Pressekonferenz des US-Außenministeriums – vor allem auch deshalb, weil eine US-Behörde erst kurz zuvor dem White-Helmets-Chef Raed Saleh wegen dessen terroristischer Aktivitäten die Einreise verweigert hatte. Als man Monate später einem Film über die White Helmets den Filmpreis Oscar verlieh, wurde dem Mann – zur Preisverleihung – erneut die Einreise in die USA verweigert, ohne genaue Begründung.

Syria Civil Defence

Die seit 2013 aktiven Weißhelme nennen sich selbst „Syria Civil Defence", also syrische Zivilverteidigung. Bemerkenswert ist, dass es schon seit Jahrzehnten eine andere Syria Civil Defence gibt. Der australische Journalist John Pilger schreibt über die Syria Civil Defence: „Während meiner Zeit in Syrien traf ich die wirkliche Syria Civil Defence, die seit 63 Jahren existiert – im Vergleich dazu die White Helmets seit 3 Jahren. Die wirkliche Syria Civil Defence ist ein Mitglied der ICDO, die an die UN, WHO, das Rote Kreuz und OCHA angegliedert ist, um nur einige zu nennen. Sie operiert in Syrien sowohl in von den Terroristen als auch von der Regierung gehaltenen Gebieten und rettet Zivilisten. Ich sprach mit Mitgliedern, deren Kameraden von den einfallenden Terroristen, die dann später als White Helmets […] bekannt wurden, massakriert wurden."

Hinsichtlich der Aufmachung weist Peter Frey auf einen interessanten Aspekt hin: „Ein guter Freund wies mich (indirekt) auf einen weiteren Aspekt hin, als er mir sagte, dass er bislang dachte, die Weißhelme wären eine Organisation, mit ähnlichem Aufgaben-Spektrum wie die Blauhelme (der Vereinten Nationen). Und er hat Recht, in dem er damit vermittelt, dass bereits der Name Weißhelme eine positive Emotion in uns erzeugt, weil er unser Unbewusstes eine Verbindung zur Friedenstruppe der UN aufbauen lässt. Solche unbewusst hergestellten Verknüpfungen in unserem Gehirn sind enorm stark und lassen sich nur durch (unbequemes) Befassen mit dem Thema (und das auch nur unvollständig) auflösen. Sind Ihnen zudem schon die vielen Aufnahmen aufgefallen, bei denen die Weißhelme, erschöpft, mit Kindern im Arm und als Helden stilisiert, aber mit makellos sauberen blitzend weißen Helmen, inmitten von Schmutz, Bränden und Staub fotografiert wurden? Damit möchte ich sagen: Schon die Erfindung des Namens Weißhelme, die auch noch die Reinheit und das Gute wie Unschuldige, das wir über das Hören des Attributs weiß empfinden, suggeriert, ist ein Propaganda-Lehrstück."

Tatsächlich zeichnet die Weißhelme ein überdurchschnittliches Interesse an Foto- und Videosessions aus, vor denen alles andere erst einmal zurückstehen muss, beispielsweise wirkliche Rettungsaktionen. Da filmen und gestikulieren zwanzig Mann lieber, als einem zu helfen, der ein angeblich schwer verletztes Opfer trägt. Die Produktion von Bildern hat offenbar Vorrang und die Ausstattung der Weißhelme wirkt nicht wirklich 100 Millionen Dollar schwer.



Quelle: Screenshot Right Livlihood Award

Quelle: Screenshot Youtube

Publiziert auf Free21 am 26.11.2017, 21:19 Uhr, von Jens Bernert auf www.rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung GmbH CC-BY-NC-ND 4.0

Der Verdacht steht im Raum, dass das Geld anderweitig genutzt wird.

Die Weißhelme sind nur in den von den sogenannten Rebellen gehaltenen Gebieten aktiv und sind nicht – wie sie immer wieder behaupten – neutral. Tatsächlich sind ihre Verlautbarungen, Videos und Fotos eine einzige Anklage gegen die syrische Regierung. Verbrechen der „Rebellen“ werden nicht angeprangert. Bei den sogenannten Rebellen wiederum handelt es sich überwiegend um radikale Jihadisten à la Al Qaida beziehungsweise Söldner, die vom Westen und seinen regionalen Verbündeten als Hilfstruppen für den Angriff auf Syrien eingesetzt werden, wie zahlreiche Wissenschaftler und andere Experten bestätigen. Hier beispielhaft zwei Zitate dazu:

Michael Jabra Carley, Universität Montreal: „Die Rede von „unseren Gemäßigten“ ist eine Fiktion und ein Deckmantel der USA für ihre Unterstützung für Al-Qaida und deren verschiedene Verbündete, bei denen es sich weitgehend um ausländische Söldner handelt, die gegen die säkulare, legitime Regierung Syriens kämpfen. […] ob die Bewohner der USA, Kanadas und Europas bereit sind, für eine Serie von Lügen und zur Verteidigung der US-geführten Al-Qaida-Invasion Syriens, einen grundlosen Krieg mit Russland zu riskieren.“

Günter Meyer, Universität Mainz :„[…] dass die Dschihadisten die Waffenruhe von Anfang an abgelehnt haben und die Zivilbevölkerung als menschliches Schutzschild missbraucht wird. Die Scharfschützen der Extremisten verhindern, dass sich die Einwohner im belagerten Ost-Aleppo über die von den Russen geöffneten Korridore in Sicherheit bringen können. […] Eine Niederlage der von den USA unterstützten Rebellen in Ost-Aleppo wäre für Präsident Barack Obama eine riesige Demütigung. Deswegen setzt Washington alles daran, um das zu verhindern.“

Ende Oktober 2017 bestätigte der katarische Ex-Ministerpräsident, dass Katar und Saudi-Arabien gemeinsam mit der Türkei und der USA Kämpfer ausrüsteten und so Syrien angriffen.

Quellen: Screenshots CSMonitor, Twitter, whitehelmets.org

Der schwedische Friedensforscher Jan Oberg war nach der Rückeroberung von Aleppo durch die syrische Regierung Ende 2016 in der Stadt und berichtete hinsichtlich der Weißhelme, die bis zum Ende der Herrschaft der „Rebellen“ auf allen Kanälen heftig mit Propagandameldungen gegen Syrien und Russland feuerten, auf die Frage, ob er die Möglichkeit gehabt habe, mit einem von ihnen zu sprechen:

„Nein, von dieser mit 100 Millionen US-Dollar finanzierten angeblichen Hilfsorganisation habe ich niemanden in Aleppo gesehen. Ich traf ein paar Anwohner, die von ihnen gehört hatten, aber niemanden, der sie gesehen hatte oder während der Besatzungsjahre Hilfe von ihnen erhalten hatte. Wo sollen sie gewesen sein, wenn nicht in Ost-Aleppo, um Zehntausenden nach der Befreiung aus vier Jahren Hölle zu helfen? Stattdessen habe ich junge syrische Freiwillige getroffen, die meisten stammten von der Universität der Stadt oder dem Syrisch-Arabischen Roten Halbmond, einer Organisation, die nicht so viel Glück damit hatte, westliche Unterstützung zu bekommen.“

Propaganda mit Falschbildern

Die Weißhelme behaupteten 2015 bei Twitter, es habe einen verheerenden Angriff mit einem dutzend Fassbomben gegeben und sie seien gerade vor Ort eingetroffen („Arrived at the scene of the blast…“). Dabei war das von ihnen als „Beleg“ verwendete Einsatzfoto, welches die Folgen dieses angeblichen Angriffs zeigen sollte, schon mindestens zwei Jahre alt. Ob das Bild tatsächlich aus Aleppo stammt, ist unklar. Oft werden im Syrienkrieg Falschbilder aus anderen Regionen eingesetzt.

Auf der Website whitehelmets.org, die von der für den Syrienkrieg gegründeten in Großbritannien ansässigen Propagandaorganisation „The Syria Campaign“ („Die Syrienkampagne“) betreut wird, wird das 2015 für eine Fassbombenlüge missbrauchte Foto auch im Herbst 2017 immer noch verwendet, um für den Krieg gegen Syrien zu werben. Auch der Tweet aus 2015 ist immer noch online.

Laut den Weißhelmen zeigt ein Bild bei Twitter das angebliche Opfer eines russischen Angriffs in Homs in Syrien am 30. September 2015. Das Bild wurde aber schon einmal fünf Tage zuvor von dem den White Helmets nahe stehenden „Syrian Network“ benutzt. Also einige Tage, bevor Russland überhaupt in den Krieg in Syrien eingriff. Der Weißhelm-Tweet vom 30.9. ist folglich eine Fälschung. Das Foto wurde mittlerweile ausgetauscht.

Wesentlicher als einzelne Falschfotos bei Twitter sind komplett gefälschte Geschichten samt Videos, die die Weißhelme – teil-

Quellen: Screenshots Twitter

weise gemeinsam mit anderen Organisationen – erstellen, und die die Basis für die westliche „Berichterstattung“ gegen Syrien bilden. Die zahlreichen, teilweise bizarren Fehler der Propagandamachwerke spielen dabei offenbar keine Rolle. Wichtig scheint zu sein, dass die Videos der Weißhelme überhaupt einen Anlass schaffen, um gegen Syrien zu trommeln. Alle „Big Stories“ der Weißhelme, die auch immer zum passenden Zeitpunkt für den Westen passieren, sind Fälschungen. Im Folgenden seien einige davon aufgeführt.

Angeblicher Luftangriff auf Flüchtlingslager

Westliche Medien meldeten am 5. Mai 2016 basierend auf Angaben und Videos der White Helmets und unter Berufung auf einen Mann aus England einen Luftangriff auf ein Flüchtlingslager in Syrien. Die Schuld daran wurde der syrischen Regierung zugeschoben. Ein Video der angeblichen ersten Angriffswelle auf das Flüchtlingslager Kamounia/Sarmada gibt es nicht. In Videos und Bildern der Weißhelme „nach dem Angriff“ sind einige verbrannte Zelte zu sehen.

Einen Bombenkrater von den Treffern sieht man nicht. Es darf erwartet werden, dass ein solcher Einschlagskrater gezeigt wird, wenn man das ganze Ausmaß eines verheerenden Angriffs, bei dem angeblich 30 Menschen gestorben sind und 80 verletzt wurden, zeigen will. Es müsste einige dieser Krater geben. Auch das weitere Schadbild des Lagers sieht merkwürdig aus. Beim Angriff eines Kampfflugzeuges hätte man beispielsweise außer den abgebrannten Zelten durch die Druckwellen der Explosionen umgestürzte Zelte erwartet und dergleichen.

Kein Staat oder sonstiger Akteur konnte zur fraglichen Zeit Bilder von Flugbewegungen bei dem Lager vorlegen. Als die Türkei einen russischen Jet an der syrisch-türkischen Grenze abschoss, legten die Türkei und Russland sofort Radarbilder vor, die die Flugbewegungen in der Gegend darstellten und mit denen die jeweilige Position untermauert werden sollte. Bei dem aktuellen Vorfall hat niemand Bilder solcher Flugbewegungen vorzuweisen und das kann in dem zu der Zeit am besten überwachten Gebiet der Erde nicht sein – außer eben, wenn es keine solchen Flugbewegungen gegeben hat. Keine Flugbewegungen bedeutet natürlich auch: Es gab keinen Luftangriff.

Die White Helmets haben zu dem Vorfall ein Video veröffentlicht, welches eine angebliche zweite Angriffswelle durch Kampfflugzeuge zeigen soll, tatsächlich aber genau das nicht zeigt. Bild Online schreibt dazu: „Mamun al-Chatib, der Chef der in Aleppo ansässigen und den Rebellen nahestehenden Nachrichtenagentur Schahba, machte die syrischen Streitkräfte für die Angriffe verantwortlich. Laut Augenzeugen soll ein Su-24-Bomber über dem Lager gekreist sein, bevor die Bomben abgeworfen wurden. Nach dem ersten Angriff griffen die Jets noch ein zweites Mal an, berichteten Ersthelfer bei Twitter. Diese Strategie ist typisch für die Kampfflieger des Assad-Regimes. So werden diejenigen zur Zielscheibe, die den Opfern zu Hilfe eilen.“

Bei Twitter haben die White Helmets das Video mit den Worten „Während der Rettungsaktion für Zivilisten im Lager Kamounia kamen die Flugzeuge zurück und bombten erneut“ verlinkt. In dem Video filmt jemand den blauen Himmel, in welchem kein einziges Flugzeug zu sehen ist. Plötzlich ist dann ein Raketengeräusch zu hören und genau eine einzige kleine Explosion. Der Mann mit der Kamera bewegt sich aufgeregt Richtung „Einschlagort“, den er aber nicht erreicht und zeigt. Dafür, dass gerade kurz zuvor angeblich eine Angriffswelle mit dutzenden Opfern über das Camp gerollt sein soll, verhalten sich die Menschen in dem Video bei dieser „zweiten Angriffswelle durch Kampfflugzeuge“ erstaunlich gelassen.

Gefälschter Angriff auf angebliches Krankenhaus in Aleppo – Falschmeldung bei Ärzte ohne Grenzen

In Aleppo wurde angeblich Ende April 2016 ein in den Gebieten der „Rebellen“ gelegenes Krankenhaus bombardiert. Die Organisation „Ärzte ohne Grenzen“ sprach von 50 Toten. Ein Mann aus England, der sich „Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte“ nennt, verbreitete ursprünglich diese Story, die wiederum auf Material der Weißhelme beruht. Der Vorgang ist auch ein Lehrbeispiel dafür, wie man (ohnehin schon eng mit westlichen Administrationen verbundenen) humanitären NGOs Propaganda unterjubelt.

„Ärzte ohne Grenzen“ schreibt in der deutschsprachigen Mitteilung zu dem aktuellen Vorfall: „Wer in Syrien in einem Krankenhaus Hilfe sucht, begibt sich in Lebensgefahr. In diesem Jahr wurden bereits elf von Ärzte ohne Grenzen unterstützte Krankenhäuser bombardiert. Viele Menschen haben ihr Leben verloren. Zuletzt wurden bei einem Luftangriff in Aleppo das Al-Kuds-Krankenhaus und benachbarte Gebäude zerstört, dabei starben mindestens 50 Menschen, darunter sechs Mitarbeiter des Krankenhauses. Die Überlebenden berichten, dass zuerst zwei Fassbomben die angrenzenden Gebäude trafen. Dann explodierte eine dritte Bombe, diesmal gezielt am Eingang der Notaufnahme, also dort, wo sich Ärzte und Pfleger um die Verwundeten kümmerten.“

Dieser Bericht der „überlebenden“ Weißhelme bezieht die übliche Fassbombenpropaganda mit ein und ist auch sonst nicht stimmig. Selbst wenn Fassbomben in Syrien eingesetzt würden, könnte man mit dieser Waffe nicht ein ganzes Krankenhaus beziehungsweise mehrere Gebäude plattbomben. Bleibt noch die eine Bombe, die angeblich gezielt die Notaufnahmetür traf. Um gleichzeitig Fassbomben abzuwerfen und gezielt den Notaufnahmeeingang mit einer normalen Bombe zu treffen, müsste schon ein Hubschrauber im Einsatz sein und das sehr tief in Reichweite der Waffen der „Rebellen“ oder man müsste eine komplizierte Angriffschoreographie mit Hubschraubern inklusive Kampfjet einstudiert haben. Man würde normalerweise sicher auch nicht bei der kompletten Zerstörung eines Gebäudes immer wieder darauf hinweisen, dass die Bombe ja die Notaufnahme traf. Das spielt dann keine Rolle.

Die Organisation „Ärzte ohne Grenzen“ (Médecins Sans Frontières, MSF) unterstützt die Weißhelme und das angebliche Krankenhaus, beispielsweise mit Materialien. Es handelt sich aber keineswegs um ein MSF-Krankenhaus, wie ein Teil der Medien berichtete und ziemlich allen Lesern und Zuschauern suggerierte. In Aleppo waren keine MSF-Ärzte. MSF gibt das wieder, was die „örtlichen Rettungshelfer“ der White

Quellen: Screenshots Youtube

Quellen: Screenshots Youtube

Publiziert auf Free21 am 26.11.2017, 21:19 Uhr, von Jens Bernert auf www.rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung GmbH CC-BY-NC-ND 4.0

Helmets berichtet haben. Die Medien wiederum schrieen dann laut „Ärzte ohne Grenzen“ und stellten mit Hilfe des nichtssagenden Weißhelm-Videomaterials die syrische Regierung an den Pranger. Dieser Fall ist auch ein Paradebeispiel für die „humanitäre Krankenhauspropaganda“, die im Syrienkrieg vor allem 2016 zum Einsatz kam. Angebliche Kinderopfer werden in den entsprechenden Bildern massiv zur Schau gestellt.

Auch in diesem Fall konnten keine Daten zu Flugbewegungen zur entsprechenden Zeit am betroffenen Ort vorgelegt werden. Flugbewegungen stehen zwar nicht zwangsläufig für einen Angriff, aber umgekehrt sind natürlich fehlende Flugbewegungen ein Beweis dafür, dass kein Angriff stattgefunden hat.

Gefälschter Luftangriff auf Schule

Eine Schule im Ort Hass (Idlib) soll im Oktober 2016 bei einem russischen oder syrischen Luftangriff zerstört worden sein, inklusive 22 toter Kinder. Der Westen konnte keine Luftraumüberwachungsdaten als Beleg für die Anwesenheit russischer oder syrischer Flugzeuge zur fraglichen Zeit am fraglichen Ort vorlegen.

Das Gebäude soll nicht durch eine Bombe durch das Dach zerstört wurden sein, sondern der Sprengkörper landete angeblich im Hof und sprengte die Wände des Gebäudes weg. Merkwürdigerweise blieben die Tische und Bänke der Schüler trotzdem völlig intakt und in Reih und Glied stehen. Spuren von Schülern oder deren Bergung sind nicht zu sehen. Hingegen sieht man ungestörten Staub auf den Tischen. Selbst wenn man nun sagt, die angeblich getroffenen Kinder seien in einem anderen Raum gewesen: Einen Luftangriff gab es hier nicht, sonst würde das Zimmer anders aussehen.

Des Weiteren wurde ein Video des angeblichen Luftangriffs durch ein Kampfflugzeug vorgelegt, welches ganz oder teilweise in allen wichtigen deutschen Medien gezeigt wurde. Dieses Video des

Quellen: Screenshots Youtube

„Rebellensenders“ RFS wurde aus verschiedenen Sequenzen zusammengestückelt. Das lässt sich nachweisen. Interessant ist zum Beispiel die Stelle, an der bei Sekunde 0:32 plötzlich von einem bewölkten Himmel auf einen strahlend blauen Himmel mit einer Bombenexplosion umgeschaltet wird. Dass es sich um Videomaterial verschiedener Tage handelt, wird auch beim Vergleich der Szenen 1 und 4 im Bild oben deutlich, die den gleichen Bildausschnitt zeigen. In Szene 1 sind Wolken über dieser Landschaft zu sehen. Bei Szene 4 sind diese wie von Geisterhand verschwunden.

White Helmets töten Kind vor laufender Kamera

Anfang März 2017 berichtete die schwedische humanitäre Ärztevereinigung SWEDHR über Videos der White Helmets, mit denen im März 2015 ein Giftgasangriff im Ort Sarmin vorgetäuscht und der syrischen Regierung angelastet wurde und in denen dafür Leichen von Kindern misshandelt wurden beziehungsweise ein kleiner Junge mit großer Sicherheit vor laufender Kamera getötet wurde. Die Videos wurden über den White-Helmets-Channel „Syrian Civil Defence in Idlib Province“ hochgeladen. Produziert wurden sie von den Weißhelmen gemeinsam mit der Organisation „Coordinating Sarmin“, deren Logo eine schwarze Jihadistenflagge enthält. In dem Video sind auch Weißhelme zu sehen.

Die Mediziner stellten fest, dass die vorgeblichen Rettungsmaßnahmen in den beiden Weißhelm-Videos höchst bizarr und potentiell lebensgefährlich waren sowie keinerlei medizinischen Standards entsprachen. Die Ärztevereinigung ließ auch das in den Videos Gesprochene übersetzen. Dabei stellte sich heraus, dass eine arabischsprachige Regieanweisung zur Positionierung der Opfer enthalten war. Die Videos wurden im UN-Sicherheitsrat vor verschlossenen Türen vorgeführt, ohne Übersetzung oder Untertitel.

Bei einer ersten Analyse gingen die Ärzte noch davon aus, dass die gezeigten Kinder bei dem Videodreh schon tot waren. Später stellte sich bei einer umfassenderenden Untersuchung unter Beteiligung weiterer Mediziner heraus, dass ein kleiner Junge höchstwahrscheinlich durch eine Überdosis Opiate bewusstlos gemacht worden war – in einem Video öffnet er zu Beginn noch kurz die Augen – und mit Sicherheit endgültig durch Stiche in die Brust beziehungsweise das Herz im Rahmen einer nachweisbar vorgetäuschten Adrenalininjektion getötet wurde. In den Videos können das auch medizinische Laien mit starken Nerven nachvollziehen: Dem Jungen wird immer wieder eine lange Spritzennadel in den Brustraum gestochen, die Spritze mit dem angeblichen Adrenalin wird jedoch nie abgedrückt.

Schon nach der ersten Analyse der Mediziner begann die ARD mit Nachforschungen. Allerdings nur, weil der Vorsitzende der Medizinervereinigung dem Sender Russia Today ein Interview dazu gegeben hatte, und man wohl der Meinung war, die wiedergegebenen Aussagen könnten nicht stimmen und RT habe Fake-News verbreitet. Der Vorsitzende, Professor Ferrada de Noli, bestätigte jedoch, dass seine Aussagen von RT korrekt wiedergegeben wurden. Die ARD wusste also von den schweren Verbrechen der Weißhelme, verlor aber in der Folge kein Wort darüber. Ferrada de Noli beklagte danach, dass sich die ARD nur für mögliche Fake-News durch RT interessiert habe, aber nicht für den eigentlichen Skandal.

Der Sarmin-Zwischenfall ist übrigens einer dieser Vorfälle, die der UN untergeschoben wurden und von denen westliche Medien und Politiker immer behaupten, die UN habe Beweise für Giftgasangriffe durch die syrische Regierung. Die anderen „Giftgasbelege“ sind von ähnlicher Qualität.

Oh, ein Kind im Schutthaufen!

Die Weißhelme veröffentlichen auf ihrem Youtube-Kanal gerne „Action-Videos“, die sie im Einsatz zeigen. Oft werden dort Kinder für Propagandainszenierungen missbraucht und gleichzeitig auch haarsträubende darstellerische Fehler gemacht, die dann letztlich noch einmal klar aufzeigen, dass es sich hier um eine Show handelt. In einem YouTube-Video vom 17. Juni 2016 rasen die Weißhelme wieder einmal zu einem Einsatz, schauen dann in einer mit Schutt beladenen Straße durch die Gegend, bis einer plötzlich eine Heldentat vollbringt à la „Schaut mal, neben meinen Füßen liegt ja ein Kind“. Das lag zwar die ganze Zeit nicht da, aber einen Videoschnitt später ist es im Bild – man hat es offensichtlich zwischenzeitlich im Dreck deponiert – und kann dann augenblicklich „gerettet“ werden – durch „Helfer“, die sich offenbar blitzartig umgruppiert haben und nun ganz anders um die „Fundstelle“ stehen. Dass die dem Kind angediehenen „Rettungsmaßnahmen“ ebenfalls unsäglich sind, versteht sich leider von selbst.

Ein weiteres Weißhelm-Video zeigt eine ähnliche „Rettung“, bei

Quellen: Screenshots YouTube

der die deponierten Kinder sogar mit ziemlich sauberer Kleidung und sauberem Gesicht aus dem Schutt kommen.

Dieser Fall des Missbrauchs von Kindern für Propagandavideos ist in der Welt der Weißhelme und ihrer Verbündeten der Normalfall. Ähnlich erging es beispielsweise auch dem „Jungen auf dem orangen Sitz“, der im Rahmen einer solchen Propagandaaktion des französisch geführten AMC „aus den Trümmern befreit wurde“ und dann erst einmal zum Filmen und Abfotografieren auf den Sitz gesetzt wurde.

Selbst in dem von den „Rettern“ veröffentlichten Video ist zu sehen, wie der Junge namens Omran aus PR-Gründen dort mindestens eine Minute ohne jegliche medizinische Versorgung sitzen muss. Handeln so Rettungskräfte? Offenbar machte nicht einmal dieses oft gezeigte Video die Berichterstatter über diesen Fall stutzig – falls sie denn überhaupt ein Interesse daran hatten, stutzig zu werden.

Kinder werden von den Weißhelmen bevorzugt als Statisten für Propagandavideos missbraucht. Damit wollen sie auf die Tränendrüse zugunsten der „Rebellen“ drücken. Immer wieder veröffentlichen sie Bildmaterial von jungen Männern, die kleine Kinder durch die Gegend tragen und angeblich retten. Dabei haben die „im Schutt grabenden Helfer“ oft auch noch blütenweiße T-Shirts an. Diese Männer tragen fremde Kinder durch die Gegend, nicht ihre eigenen. In einem Gebiet, das von Kämpfern aus dem Al-Qaida-Umfeld besetzt ist, die den Weißhelmen nahe stehen. Genauso, wie diese Jihadisten die ganze Zivilbevölkerung als Geiseln und menschliche Schutzschilde halten, werden in ihren Filmen die Kinder ihrer Geiseln als Statisten missbraucht und dabei potentiell verletzt.

Sarin und Chan Scheichun

Über die letzte große angebliche Chemiewaffenattacke in Chan Scheichun wird Monate danach noch gestritten. Diese fand einen Monat nach der weitgehend ignorierten Aufdeckung des bereits angesprochenen Giftgasvideoskandals durch die schwedischen Mediziner statt und daraufhin feuerte der neue US-Präsident Trump Marschflugkörper auf Syrien ab – nach eigenen Angaben insbesondere wegen der Bilder leidender Kinder. Dabei ist dieses Propagandastück der Weißhelme längst entlarvt. Allein die Frage nach dem Sinn eines solchen Angriffs für die syrische Regierung sollte schon zu denken geben. Wieso sollte der sich auf der Siegerstraße befindende Präsident Assad politischen Selbstmord begehen?

Quelle: Screenshot Twitter

Da melden die Weißhelme zuerst einen Angriff von Jets. Später machen westliche Politiker daraus Hubschrauber, auch für einen UN-Resolutionsentwurf. Denn der gezeigte, angeblich abgeworfene Behälter kann höchstwahrscheinlich nicht aus Kampffliegern abgeworfen werden. Nur passt das nicht mehr zu den Erstangaben der Weißhelme. Eine eventuelle Spitzfindigkeit, dass der Resolutionsentwurf ja auch Jets enthalte beziehungsweise nicht ausschließe, hilft hier auch nicht. Wozu die Hubschrauber?

Da twittert ein „Arzt“ während der angeblich chaotischen Notsituation im Krankenhaus und bietet Interviews an. Der Arzt ist übrigens Brite und wurde in Großbritannien angeklagt, zwei Journalisten in Syrien entführt zu haben (John Cantlie und Jeroen Oerlemans) und setzte sich nach Syrien zu Al Qaida ab. Die in den Weißhelm-Videos gezeigten angeblichen medizinischen Maßnahmen sind wie immer haarsträubend und haben mit der Behandlung von Sarin-Opfern gar nichts zu tun. Wieder wird mit dem massiven Einsatz von Kindern Stimmung gemacht. Zumindest ein Teil der Kinder könnte wie bei dem bereits genannten Sarmin-Zwischenfall nur betäubt gewesen sein.

Quellen: Screenshots YouTube

Der angebliche Ausgangsort – ein kleiner Einschlagskrater – passt nicht zu den angeblichen Fundorten der Opfer, denn das Giftgas müsste sich anders ausgebreitet haben. Die Deformierung des angeblichen Giftgasbehälters im Krater zeigt, dass der Behälter durch aufgelegte Explosivstoffe vom Boden aus gesprengt und in der Mitte stark eingedrückt wurde und nicht infolge eines Abwurfs aus der Luft

Publiziert auf Free21 am 26.11.2017, 21:19 Uhr, von Jens Bernert auf www.rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung GmbH CC-BY-NC-ND 4.0

Quelle: Screenshot Twitter

aufplatzte oder explodierte. Und so weiter. Die angeblich hochgiftigen Sarin-Giftgasproben nimmt ein Mann mit Sandalen direkt an der „Giftgasquelle", offenbar ohne selbst dabei Schaden zu nehmen. Weitere Bilder zeigen völlig ungeschützte Weißhelme im angeblichen Umgang mit hochgiftigem Sarin.

Diese Proben aus dem „Rebellen"-White-Helmets-Gebiet Idlib, von dem selbst der US-amerikanische Think Tank Atlantic Council zu berichten weiß, dass es unter Kontrolle der Al Qaida und der Ahrar al-Sham steht, erreichen dann über den türkischen Verbündeten und die teils unterwanderte, teils unter Druck gesetzte OPCW die „freie Welt". Diese finanziert wiederum die Absender der Giftgasproben – die White Helmets, aber auch die „Rebellen" – und geht mit den angeblich aus Chan Scheichun stammenden Proben gegen Syrien und Russland vor. Ob die Proben, die über die Türkei für eine Untersuchung zur Verfügung gestellt wurden, überhaupt aus Chan Scheichun stammen, darf bezweifelt werden. Allerdings: Vor dem Giftgas der „Rebellen" in Idlib warnt mittlerweile auch die US-Regierung in einer Reisewarnung für Syrien.

Wie üblich kann niemand Luftüberwachungsdaten für den fraglichen Ort und die fragliche Zeit des von den Weißhelmen behaupteten Ereignisses vorlegen, die eine Anwesenheit syrischer oder russischer Flugzeuge oder Hubschrauber belegen. Dass westliche Politiker immer wieder lauthals forderten, Syrien solle die Einsatzpläne und Logbücher seiner Luftwaffe an dem Tag in der Region offen legen, kann hier nur als Nebelkerze gedeutet werden. Man will selbst keine Überwachungsdaten – vergleichsweise „harte" Beweise – vorlegen, aber dem Wort der Syrer und ihren Einsatzplänen und Logbücher plötzlich glauben, quasi das erste Mal in dem Konflikt? Das ergibt keinen Sinn.

Politisch lässt sich „Chan Scheichun" auch so erklären, dass die Falken der Westlichen Wertegemeinschaft mit dem Ereignis den neuen Präsidenten Trump, der zunächst eine moderate Politik gegen Russland und Syrien angekündigt hatte, zum militärischen Einschreiten im Syrienkrieg zwingen wollten. Was ihnen auch bis zu einem gewissen Grad gelang. Bekanntlich gab Trump beim Nachtisch den Einsatzbefehl – ausdrücklich wegen der Bilder leidender Kinder.

Gefälschter Luftangriff auf Hilfskonvoi von UN und Syrischer Roter Halbmond

Der September 2016 war eine harte Zeit für die „Rebellen". Die USA und Russland hatten sich darauf geeinigt, dass man – im Wesentlichen Russland und Syrien – auch mit dem Segen des Westens gegen Al Qaida bomben darf und bomben soll und für die anderen, angeblich moderaten Rebellen eine Feuerpause gilt. Wobei letztere sich weigerten, sich von ihren Al-Qaida-Kollegen zu separieren. Die prowestlichen „Rebellen" hatten ein ganz schlechtes Standing. Nach dem angeblichen „Angriff auf den Hilfskonvoi" durch die syrische Regierung oder Russland waren die armen „Rebellen" wieder in Gänze die Opfer und Helden. „Rein zufällig" war der von White Helmets, AMC und anderen „Aktivisten" gemeldete Angriff so etwas wie die Lösung des gordischen Knotens für die Al-Qaida-geführten Rebellen und den verbündeten Westen.

Der im Wesentlichen von der arabischen Variante des Roten Kreuzes betreute Hilfskonvoi startete im Gebiet der syrischen Regierung und sollte Versorgungsgüter in die von den „Rebellen" gehaltenen Gebiete bringen. Um die Ankunft des Konvois zu verhindern, hätten die Syrer ihn also gar nicht erst losschicken sollen… Eine Tatsache, die in den westlichen Medien nicht thematisiert wurde. Genauso wenig wie die dreifache Sinnlosigkeit, zuerst einen Konvoi nicht aufzuhalten, um ihn dann militärisch völlig sinnlos anzugreifen und dadurch seinen Gegnern zu neuem Ansehen und neuer Stärke zu verhelfen.

Dass wieder niemand Daten zu Flugbewegungen zum fraglichen Zeitpunkt und fraglichen Ort vorlegen konnte, entspricht den üblichen Rahmenbedingungen der White-Helmets-Geschichten. Auch die Schadbilder weisen nicht auf eine Bombardierung durch (syrische oder russische) Kampfflugzeuge oder gar Erdbeben-Fassbomben abwerfende Hubschrauber hin, denn Bombentrichter gibt es wieder einmal keine. Ein in den Medien viel gezeigter Weißhelm ist oder war ein militanter Kämpfer – dazu später mehr. Weitere Ungereimtheiten komplettieren das schiefe Bild.

Einen „Bombenkrater" gab es übrigens doch, einen lächerlich gefälschten. Diese Fälschung bestätigte versehentlich indirekt ausgerechnet die zum Syrienkrieg gegründete britische Propagandatruppe Bellingcat. Ein kleinerer Teil einer vor längerem explodierten russischen Bombe wurde in ein Loch gelegt und ein paar Medikamentenpackungen dazugeworfen. Das sollte der Beweis für einen Luftangriff durch Russland oder Syrien sein. Selbst wenn die Bombe ein Blindgänger gewesen wäre, hätte man sie gefunden und nicht nur das abgerissene Hinterteil, das zudem – durch die frühere Explosion – noch komplett deformiert war. Wäre die Bombe kein Blindgänger gewesen und tatsächlich explodiert, wäre das vorgefundene Bild der Zerstörung in dem Gebäude ein völlig anderes, bombengemäßes.

Weißhelme und verbündete Terrorgruppen kappen Wasserversorgung von Damaskus

Seit Weihnachten 2016 hatten die „Rebellen" einen Großteil der Wasserversorgung von Damaskus lahm gelegt. Die Badische Zeitung schrieb dazu am 4.1.2017: „Die UNO hat aber schon am ersten Weihnachtsfeiertag darauf hingewiesen, dass die fast fünf Millionen Bewohner von Damaskus seit drei Tagen ohne Trinkwasser sind. Der bis heute andauernden Unterbrechung der Wasserversorgung vorausgegangen war ein Angriff der Nusra-Front, die dem Terrornetzwerk al-Qaida nahesteht. Dieser galt den 18 Kilometer westlich der syrischen Hauptstadt liegenden Quellen, die Damaskus seit römischen Zeiten mit Wasser versorgen. Dem Überfall auf die Quellen folgte deren Verunreinigung mit Diesel, woraufhin das Wasser in der Hauptstadt abgestellt werden musste."

Quelle: Screenshot Google-Bildersuche

Quelle: Dokument der „Rebellen"

Quellen: Screenshots YouTube

Auch die White Helmets waren an der Aktion beteiligt. Sie setzten ihre Unterschrift unter das Dokument beziehungsweise den Erpresserbrief der Terrorgruppen, in dem diese Forderungen stellten, die erfüllt werden sollten, damit das Kriegsverbrechen beendet und die Wasserversorgung für Millionen Menschen im Raum Damaskus wieder angestellt wird.

Weisshelme bei IS und Al Qaida

In einem Propagandavideo der im Westen als „Islamischer Staat" (IS, ISIS, ISIL, ISIG) und im Nahen Osten als „Daesh" bezeichneten Terroristengruppe sind Weißhelme zu sehen. Die Aufnahmen zeigen auch als Reporter den britischen Journalisten John Cantlie, der IS-Gefangener war oder gewesen sein soll (und von dem oben erwähnten Chan-Scheichun-Arzt Shajul Islam laut britischen Medien bereits zuvor einmal entführt worden sein soll). Er trat in dieser Zeit in einigen Propagandavideos des IS auf, darunter auch in dem erwähnten, welches aus Aleppo stammt („From Inside Halab"). Es wurde im Februar 2015 veröffentlicht.

Bestens bekannt bei den Weißhelmen und ihren „Rebellen"-Brüdern ist der aus Saudi-Arabien stammende Al-Qaida-Führer Abdullah Al Mouhaisni (Muhaysni), der die White Helmets besucht und sie als Mujahedeen auf dem Pfad zu Gott preist und als Märtyrer feiert. Ähnlich begeistert von der Weißhelmtruppe ist Abu Jaber Al-Sheikh (ebenfalls Al Qaida, Al Nusra, HTS), ein weiterer Extremistenprediger in Syrien, der die White Helmets als „Verdeckte Soldaten unserer Revolution" feiert.

Diverse kritische Beobachter des Syrienkonflikts haben weitere radikale Verbindungen von Weißhelmen in verschiedenen von diesen selbst produzierten Beiträgen in Netzwerken entdeckt und dies wiederum in Netzwerken offen gelegt. Der Weißhelm Ammar Al-Selmo, den so viele Medien zum oben erwähnten Angriff auf den Hilfskonvoi wiedergaben, war auch schon als bewaffneter Kämpfer gegen die syrische Regierung im Internet zu sehen. Die Al-Qaida-nahe Terrorgruppe Ahrar al-Sham ehrt gerne ihre befreundeten Weißhelme. Vielleicht gibt es auch personelle Überschneidungen. Und einige Weißhelme haben beste Verbindungen zum Terroristen- und Kopfabschneider-Business.

Ein Rebellen-Scharfschützen-Weißhelm wirft bei dem Blogger Dominic aus der Schweiz Fragen auf hinsichtlich der Glaubwürdigkeit dieses „neutralen" Gesprächspartners eines Journalisten der SRF-Rundschau.

Quellen: Screenshots Twitter

Medien: Jaber Albakr war Mitglied der White Helmets

Der mutmaßliche Jihadist Albakr, der angeblich Anschläge in Deutschland geplant hatte und sich nach Angaben der Behörden mysteriöserweise in seiner Zelle in einem sächsischen Gefängnis selbst erhängt hat, soll Mitglied der Weißhelme gewesen sein. Die Deutsche Welle berichtet am 16.10.2016 in einem englischsprachigen Artikel, der auf Angaben der britischen Nachrichtenagentur Reuters basiert, dass Jaber Albakr laut seinem Bruder Alaa Albakr wahrscheinlich in Berlin radikalisiert worden war und für den Jihad nach Syrien zurückgereist sei. Letztes Jahr hätte er begonnen, Jihadistenlieder zu singen. Auch habe er Jihadistenvideos online gepostet. Vor sieben Monaten sei er dann in die Türkei gereist und habe später zwei Monate in Syrien verbracht, bei den White Helmets in der Al-Qaida-Hochburg Idlib. Erstaunlicherweise haben es diese Aussagen zu dem brisanten Fall weder in einen deutschsprachigen Artikel der Deutschen Welle noch in einen anderen Bericht eines deutschen Massenmediums geschafft.

Quellen: Screenshots Twitter

Weißhelme bei der Exekution von Gefangenen

Die Weißhelme sind auch an Hinrichtungen von syrischen Soldaten und Zivilisten beteiligt und räumen, offenbar zufrieden damit, die Leichen ab. Bilder zeigen, wie ein Mann erschossen wird, und geköpfte Gefangene. Nach der Ermordung der Opfer zeigen die White Helmets beim Abtransport auch schon mal das Victory-Zeichen. Die entsprechenden Videos haben Weißhelme übrigens selbst veröffentlicht.

Die Weißhelme nehmen auch an Folterungen von Kriegsgefangenen durch ihre Extremistenkollegen um Al Qaida teil, wie aus von den Jihadisten veröffentlichen Filmen ersichtlich ist.

Publiziert auf Free21 am 26.11.2017, 21:19 Uhr, von Jens Bernert auf www.rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung GmbH CC-BY-NC-ND 4.0

Quellen: Screenshots Twitter

Resümee

Die Weißhelme sind nicht neutral, wie sie und ihre Gönner immer wieder behaupten. Sie werden vom Westen finanziert, und Weißhelme und westliche Regierungen sagen das auch öffentlich. Ihre Geschichten und Bilder sind eine permanente Anklage gegen die syrische Regierung und Russland und die großen Stories kommen immer zum richtigen Zeitpunkt für deren Gegner. Kritik an den „Rebellen" um Al Qaida und Co., mit denen die White Helmets eng verbunden sind, findet dagegen nicht statt.

Was stattfindet, ist eine einseitige Propaganda der Weißhelme, die zudem unlogisch und handwerklich äußerst schlecht gemacht ist. Die Erdbeben-Fassbomben-Lüge der Weißhelme ist eine Verhöhnung des menschlichen Geistes und man muss kein Geologe sein, um bei solchen Ausführungen in lautes Gelächter auszubrechen. Stattdessen hat man ihnen im Westen Auszeichnungen verliehen wie den Right Livelihood Award oder indirekt den Oscar, um sie zu heiligen. Zwei Bundestagsabgeordnete forderten gar den Friedensnobelpreis für die Weißhelme.

Quellen: Screenshots Twitter

Die gelieferten Geschichten der Weißhelme sind nicht einmal besonders gut. Sie stecken voller offensichtlicher Fehler. Bezüglich der Kritik an den White Helmets sollte man beachten, dass von Seiten der Propagandisten gerne eine falsche Logik vorgebracht wird: Danach hat der Kritiker doch bitte eine komplette Theorie und sämtliche Fakten zu liefern und sobald einer dieser Fakten angreifbar ist oder erscheint oder durch Propaganda unbrauchbar gemacht wurde, wird die ganze Kritik als ungültig erklärt. Tatsächlich ist es so, dass ein einziger Fehler genügt, um eine falsche Geschichte oder Theorie zum Einsturz zu bringen und die Weißhelme, die bevorzugt mit Kinderopfern auf die Tränendrüse drücken, liefern solche Fehler am laufenden Band.

Anmerkungen:

[1] Syria Civil Defense <*http://syriacivildefense.org/*>

[2] <*http://blauerbote.com/2017/10/06/syrienkrieg-wissenschaftler-und-andere-experten-klaeren-auf/*>

Quellen: Screenshots Twitter und YouTube

Quellen:

James Le Mesurier auf Twitter: <*https://twitter.com/USARinwar*>

Al Jazeera: Q&A: Syria's White Helmets <*http://www.aljazeera.com/news/2015/08/qa-syria-white-helmets-150819142324132.html*>

CNN: Syria war: White Helmets group says aid center hit by barrel bomb <*http://edition.cnn.com/2016/10/06/middleeast/syria-white-helmets-center-destroyed/index.html*>

GlobalResearch: Syria: Consign "Barrel Bombs" to the Propaganda Graveyard <*https://www.globalresearch.ca/syria-consign-barrel-bombs-to-the-propaganda-graveyard/5569653*>

YouTube Oslo Freedom Forum 2017: The White Helmets <*https://www.youtube.com/watch?v=zvE6kluIQiQ*>

Vimeo: Lieutenant-general Sir Graeme Lamb; and James Le Mesurier, director of Mayday Rescue, Syria Civil Defence <*https://vimeo.com/132521006*>

Syria Civil Defence: Our Partners <*http://www.syriacivildefense.org/our-partners*>

US Department of State Daily Press Briefing April 27, 2016: <*https://2009-2017.state.gov/r/pa/prs/dpb/2016/04/256667.htm*>

21centurywire: John Pilger Exposes White Helmets as UK Propaganda Construct in Syria <*http://21stcenturywire.com/2017/05/26/john-pilger-exposes-white-helmets-as-uk-propaganda-construct-in-syria/*>

Pads Ansichten: Die Inszenierungen der Weißhelme <*https://peds-ansichten.de/2016/11/die-inszenierungen-der-weisshelme/*>

Blauer Bote Magazin: Syrienkrieg: Wissenschaftler und andere Experten klären auf <*http://blauerbote.com/2017/10/06/syrienkrieg-wissenschaftler-und-andere-experten-klaeren-auf/*>

Nachdenkseiten: Wie die westliche Heuchelei die Welt noch gefährlicher macht <*http://www.nachdenkseiten.de/?p=35619*>

Web.de: Syrien-Konflikt und die Chancen auf Frieden unter Baschar al-Assad: Nahost-Experte klärt auf <*https://web.de/magazine/politik/syrien-konflikt/syrien-konflikt-chancen-frieden-baschar-al-assad-nahost-experte-klaert-31996720*>

Blauer Bote Magazin: Katar gesteht Überfall auf Syrien mit USA, Saudi-Arabien, Türkei <*http://blauerbote.com/2017/10/29/katar-gesteht-ueberfall-auf-syrien-mit-usa-saudi-arabien-tuerkei/*>

Telepolis: Unbeschreibliche Zerstörung <*https://www.heise.de/tp/features/Was-Sie-ueber-Aleppo-hoeren-ist-bestenfalls-ein-kleiner-Teil-der-Wahrheit-3610881.html?seite=2*>

Free21

Das Magazin als Druck-Abo:

Erscheinung jeden 2. Monat

10 Magazine pro Abonnent und Ausgabe

10,-/Ausgabe

free21abo.de

The White Helmets on Twitter: Arrived at the scene of the blast *<https://twitter.com/syriacivildef/status/634141737884209153?lang=de>*

Christian Science Monitor: Looking for Obama's agenda in Syria *<https://www.csmonitor.com/Commentary/the-monitors-view/2013/0414/Looking-for-Obama-s-agenda-in-Syria>*

Blauer Bote Magazin: Syrien: Frankreich präsentierte Falschbilder *<http://blauerbote.com/2016/09/29/syrien-frankreich-praesentierte-falschbilder/>*

The White Helmets on Twitter: Russia strike in Homs today *<https://twitter.com/syriacivildef/status/649229566255439872>*

Blauer Bote Magazin: England: ARD traf den Mann, der sich „Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte" nennt *<http://blauerbote.com/2016/04/24/england-ard-traf-den-mann-der-sich-syrische-beobachtungsstelle-fuer-menschenrechte-nennt/>*

HinterDerFichte Blog: Die Kleber-SWP-Lüge vom Luftangriff auf Flüchtlingslager *<http://hinter-der-fichte.blogspot.de/2016/05/am5.html>*

YouTube Shaam Network: White Helmets Video: *<https://www.youtube.com/watch?v=cGtapfJmuOE>*

Blauer Bote Magazin: Bild weist versehentlich nach: Angeblicher Luftangriff auf Flüchtlingslager in Syrien ist eine Fälschung *<http://blauerbote.com/2016/05/06/bild-weist-versehentlich-nach-angeblicher-luftangriff-auf-fluechtlingslager-in-syrien-ist-eine-faelschung/>*

YouTube White Helmets Video: *<https://www.youtube.com/watch?v=x8pxmPYVQfc>*

Ärzte ohne Grenzen: Angriffe auf Krankenhäuser in Syrien *<https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/angriffe-krankenhaeuser-syrien-un-resolution>*

Propagandaschau: ARD: Kriegspropaganda über einen angeblichen Luftangriff Russlands auf eine Klinik in Syrien *<https://propagandaschau.wordpress.com/2015/10/22/ard-propaganda-ueber-einen-angeblichen-luftangriff-russlands-auf-eine-klinik/>*

YouTube White Helmet Video Luftangriff durch Flugzeug: *<https://www.youtube.com/watch?v=XuMMByJb_1E>*

Blauer Bote Magazin: Kind für Propagandavideo ermordet *<http://blauerbote.com/2017/03/24/kind-fuer-propagandavideo-ermordet/>*

The Indicter: White Helmets Movie: Updated Evidence From Swedish Doctors Confirm Fake 'Lifesaving' and Malpractices on Children *<http://theindicter.com/white-helmets-movie-updated-evidence-from-swedish-doctors-confirm-fake-life-saving-and-malpractices-on-children/>*

RT Deutsch: Wie die ARD vergeblich versuchte, RT Deutsch der Fake News zu überführen *<https://deutsch.rt.com/gesellschaft/49053-ard-fake-news/>*

YouTube White Helmet Video "rasen zum Einsatz" *<https://www.youtube.com/watch?v=N8A0NCAxmJw>*

YouTube White Helmet Video "Rettung von deponierten Kinder" *<https://www.youtube.com/watch?v=vDahN6tv1dA>*

Propagandaschau: Vanessa Beeley: Das „Aleppo Media Centre" wird vom französischen Außenministerium, der EU und den USA finanziert *<https://propagandaschau.wordpress.com/2016/09/22/vanessa-beeley-das-aleppo-media-centre-wird-vom-franzoesischen-aussenministerium-der-eu-und-den-usa-finanziert/>*

YouTube Newzzer Ro "Junge auf dem orangen Sitz" *<https://www.youtube.com/watch?v=PiI-HQ0jDEg>*

Blauer Bote Magazin: Untersuchung des Chan-Schaichun-Giftgasangriffs in Syrien *<http://blauerbote.com/2017/04/09/untersuchung-des-chan-schaichun-giftgasangriffs-in-syrien/>*

Rubikon News: Giftgasmassaker war Inszenierung der USA *<https://www.rubikon.news/artikel/giftgasmassaker-war-false-flag-operation>*

The Guardian: British doctor charged over double kidnap in Syria appears in court *<https://www.theguardian.com/uk/2012/oct/17/british-doctor-shajul-islam-court>*

Daily Mail: 'Russia airstrikes are killing women and children... but MISSING ISIS': Struck off Brit NHS doctor accused of kidnapping Western hostages is treating bomb victims in Syria *<http://www.dailymail.co.uk/news/article-3711118/Russia-airstrikes-killing-women-children-MISSING-ISIS-Struck-Brit-NHS-doctor-accused-kidnapping-Western-hostages-treating-bomb-victims-Syria.html>*

Heise.de: Giftgasangriff auf Khan Scheichun: Der OPCW-Bericht löst die Rätsel nicht *<https://www.heise.de/tp/features/Giftgasangriff-auf-Khan-Scheichun-Der-OPCW-Bericht-loest-die-Raetsel-nicht-3875667.html>*

Heise.de: Syrien: Das Herrschaftsmodell der Opposition *<https://www.heise.de/tp/features/Syrien-Das-Herrschaftsmodell-der-Opposition-3301542.html>*

b's weblog: Die USA geben in einer Reisewarnung bekannt, dass der "Islamische Staat" und Al Qaida chemische Waffen benutzen *<https://blog.fdik.org/2017-10/s1508664050>*

Blauer Bote Magazin: Syrien: Ost-Aleppo wurde von Al Qaida beherrscht *<http://blauerbote.com/2017/03/18/syrien-ost-aleppo-wurde-von-al-qaida-beherrscht/>*

YouTube White Helmet Video "militanter Kämpfer" *<https://www.youtube.com/watch?v=S_DUCjGosZQ>*

Propagandaschau: Die Dummheit der NATO-Propagandisten von 'Bellingcat' entlarvt die Wahrheit hinter dem Angriff auf einen syrischen Hilfskonvoi *<https://propagandaschau.wordpress.com/2016/09/27/die-dummheit-der-nato-propagandisten-von-bellingcat-entlarvt-die-wahrheit-hinter-dem-angriff-auf-syrischen-hilfskonvoi/>*

Fortsetzung urs1798: Al-Kaida und Verbündete verhindern die Wasserversorgung von Millionen von Menschen in Damaskus *<https://urs17982.wordpress.com/2016/12/31/al-kaida-und-verbuendete-verhindern-die-wasserversorgung-von-millionen-von-menschen-in-damaskus/>*

YouTube Xendrius: 2017 This ISIS Video Proves White Helmets Work for ISIS (White Helmet Propagandavideo) *<https://www.youtube.com/watch?v=eVQzkxqHVNY>*

The Guardian: British hostage John Cantlie appears in new Isis video *<https://www.theguardian.com/world/2015/feb/09/british-hostage-john-cantlie-isis-video-aleppo>*

Blauer Bote Magazin: Angela Merkel und Al-Qaida-Chef trauern um Weißhelme *<http://blauerbote.com/2017/08/20/angela-merkel-und-al-qaida-chef-trauern-um-weisshelme/>*

Autor:

Jens Bernert

Jahrgang 1974, ist studierter Geograph und Politikwissenschaftler mit Abschluss der Universität Mannheim und arbeitet seit zehn Jahren als Software-Entwickler im Java-Umfeld. In seiner Freizeit bloggt er unter anderem in seinem Weblog „Blauer Bote Magazin" meist zu aktuellen politischen und zeitgeschichtlichen Themen. Außerdem macht er als DJ Underpop — in leider immer größeren Abständen — Mannheim und Heidelberg unsicher.

Dieser Text wurde zuerst am 14.11.2014 auf www.rubikon.news unter der URL ‹https://www.rubikon.news/artikel/die-lugen-der-weisshelme› veröffentlicht. Lizenz: [Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung GmbH CC-BY-NC-ND 4.0

‹http://www.free21.org/?p=28468›

Publiziert auf Free21 am 26.11.2017, 21:19 Uhr, von Jens Bernert auf www.rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung GmbH CC-BY-NC-ND 4.0

Die geheimen JFK-Akten

Es ist eine Farce, ein Fiasko, ein Hohn: 25 Jahre hatten Regierungen und Behörden der Vereinigten Staaten Zeit, sämtliche amtlichen Dokumente im Zusammenhang mit der Ermordung John F. Kennedys öffentlich zugänglich zu machen.

von Mathias Broeckers

Doch was das National Archiv eine Stunde vor Ablauf der Frist am 26. Oktober auf seine Server hochlud, ist nur ein Bruchteil des Materials, das laut Gesetz zum Stichtag vollständig veröffentlicht sein sollte. Darunter auch 3100 Dokumente – vor allem aus den Akten der CIA und des FBI – die bis dato noch kein Historiker zu Gesicht bekommen hat. Anders als die Medien über die Veröffentlichung berichten, nach denen nur ein kleiner Teil der JFK-Akten noch zurückgehalten wurde, ist es tatsächlich der größte Teil.

Die ersten Forscher haben noch in der Nacht der Veröffentlichung durchgezählt [1] und kamen gerade mal auf 52 Dokumente [2], die bisher tatsächlich geheim waren; der Rest der Veröffentlichung sind bereits bekannte Akten, die bisher nur redigiert und ohne Namensnennungen verfügbar waren.

Donald Trump hat den Geheimdiensten nun eine Frist von 180 Tagen gesetzt, die Nichtfreigabe der restlichen Dokumente zu begründen – wenn sie die „nationale Sicherheit" bedrohen oder Namen noch lebender Personen enthalten, bleiben sie weiter gesperrt. Historikern und Forschern bleibt dann nur die Möglichkeit, im Namen des „Freedom of Information Act" vor Gericht zu klagen und diese Begründungen überprüfen zu lassen. Was sie bisher auch schon getan haben, und oft ohne Erfolg – wie etwa Jeff Morley, der seit mehr als zehn Jahren die Freigabe der „Operational Files" von George Joannides [3] einklagt, einem leitenden CIA-Offizier, der eine Anti-Castro-Studentengruppe in Miami dirigierte. Diese fiel dadurch auf, dass sie schon wenige Stunden nach dem Attentat eine Pressekampagne startete, die Oswald als Kommunisten und Agenten Fidel Castros porträtierte. Da dieser in Dallas noch verhört wurde, öffentlich nichts über ihn bekannt und dies der erste „News"-Fetzen über den vermeintlichen Täter war, landete die Behauptung weltweit in den Medien und legte den ersten Grundstein für die offizielle Legende.

Welche Rolle die CIA bei dieser Medienkampagne spielte, könnte die Akte Joannides zeigen – aber sie bleibt bisher weiter gesperrt. Ebenso wie die Akte von William Harvey [4], dem Attentats-Spezialisten der CIA, die von David Atlee Philipps, der mit Lee Harvey Oswald vor dem Attentat gesehen wurde, oder von E. Howard Hunt, der auf dem Sterbebett vor einigen Jahren ein merkwürdiges Geständnis abgelegt hatte. Was 54 Jahre nach dem Attentat und lange nach dem Tod dieser CIA-Agenten noch so sicherheitsbedrohlich sein soll, dass es für die historische Forschung Tabu bleiben muss, erschließt sich dem gesunden Menschenverstand nicht. Auch das Argument, dass die Geheimdienste oder das FBI kein Interesse daran haben, sich mit Inkompetenz oder illegalen Aktivitäten bloßzustellen, sollte nach einem halben Jahrhundert längst verjährt sein.

Als Staatsanwalt Jim Garrison 1967 verdächtige CIA-Mitarbeiter aus dem Umfeld von Lee Harvey Oswald angeklagt hatte, brachte die CIA in einem berühmten Memo [5] den Begriff „Verschwörungstheorie" als Diffamierung für jeglichen Zweifel an der Einzeltäterthese in Umlauf. Der bis dahin neutrale Begriff wird zu einem Kampfbegriff der psychologischen Kriegsführung. Und nichts anderes ist diese skandalöse und gesetzeswidrige Teilveröffentlichung der JFK-Akten: Sie stiftet weitere Verwirrung statt Aufklärung und sie schürt Verdächtigungen, statt zur Wahrheitsfindung beizutragen. Sie füttert Verschwörungstheorien durch Veröffentlichung von Informations-Schnippseln weiter an, statt sie durch vollständige Offenlegung zu beenden.

Wäre Lee Harvey Oswald tatsächlich der verwirrte Einzeltäter, als der er im Lexikon steht, wäre das ganze Tarnen und Täuschen schon seit über 50 Jahren unnötig gewesen. Dass zum Stichtag der gesetzlich vorgeschriebenen Offenlegung nur eine neue, gigantische Nebelkerze gezündet wurde, räumt letzte Zweifel aus. Hier geht es um mehr als um einen einsamen Irren oder um Vertuschung von „Behördenversagen", hier geht es um einen regime change von innen: die Beseitigung eines Präsidenten, der den Vietnamkrieg beenden, den Kalten Krieg stoppen und die CIA in tausend Stücke zerschlagen wollte. Kein US-Präsident hat sich in den letzten 50 Jahren um eine Offenlegung der Akten und die Aufklärung des Mordes bemüht. Und auch Trump frisst den Geheimdiensten aus der Hand und hat die Lektion gelernt: Wer als Präsident aus der Reihe tanzt, dem blüht Dallas.

Quellen:

[1] <https://whowhatwhy.org/2017/10/28/happened-thursday-jfk-records/>

[2] <http://readersupportednews.org/opinion2/277-75/46528-focus-trump-promised-the-jfk-files-but-the-big-dogs-ate-his-homework>

[3] <http://www.broeckers.com/2017/03/20/regime-change-von-innen/>

[4] <https://www.heise.de/tp/features/Der-amerikanische-James-Bond-liquidierte-nicht-nur-auslaendische-Staatschefs-3453935.html>

[5] <http://www.jfklancer.com/CIA.html>

Mehr zum Thema in der aktualisierten Neuauflage von "JFK – Staatsstreich in Amerika": ‹https://www.westendverlag.de/buch/jfk-staatsstreich-in-amerika-2/›

Autor:

Mathias Bröckers

geboren 1954 ist ein deutscher freier Journalist, der vorallem für die taz und Telepolis schreibt. Ab 2001 hat er mehrere Bücher über den 11. September geschrieben.

www.broeckers.com

Dieser Text wurde zuerst am 30.10.2017 auf www.broeckers.com unter der URL ‹http://www.broeckers.com/2017/10/30/die-geheimen-jfk-akten-8-eine-farce-ein-fiasko-ein-hohn/› veröffentlicht. Lizenz: Mathias Broeckers

‹http://www.free21.org/?p=28295›

Wer profitiert eigentlich vom **Konflikt in Katalonien?**

Mit der Unabhängigkeitserklärung durch das katalanische Parlament hat der Konflikt zwischen den Separatisten in Barcelona und der spanischen Zentralregierung in Madrid am vergangenen Freitag [27.10.2017] einen neuen Höhepunkt erreicht. Nachdem es einige Wochen lang so ausgesehen hatte, als ob beide Seiten bemüht seien, die Wogen zu glätten, droht die Auseinandersetzung nun in offene Gewalt umzuschlagen.

von Ernst Wolff

Da schon jetzt feststeht, dass keiner der Kontrahenten als Sieger aus diesem Konflikt hervorgehen wird, stellt sich die Frage: Wem nützt er? Die Antwort ist schwer zu glauben: Der größte Nutznießer der gegenwärtigen Entwicklung ist niemand anderes als der Schuldige an der Misere – die Finanzindustrie.

Kein europäisches Land wurde stärker von der Finanzelite geplündert

Die separatistische katalanische Bewegung konnte nur deshalb so stark werden, weil die sozialen Gegensätze in Spanien in den vergangenen Jahren explodiert sind. Das wiederum ist vor allem auf die hemmungslosen Aktivitäten des immer mächtiger gewordenen und vor Kriminalität strotzenden spanischen Bankensektors zurückzuführen.

Kein anderes Land in Europa hat eine derartige Plünderungsorgie durch die Finanzelite erlebt wie Spanien. Ab 2001 ließen Spekulanten nach der Liberalisierung des Bodenrechtes innerhalb von nur sieben Jahren vier Millionen Wohnungen hochziehen. Die Folge: 2008 platzte die bis dahin größte Immobilienblase in Europa und stürzte Spanien in seine schwerste Krise der Nachkriegszeit.

Kurz darauf geriet das Land dann auch noch in den Strudel der Eurokrise und wurde unter die Zwangsverwaltung der Troika aus EZB, EU und IWF gestellt. Zusammen mit der Zentralregierung in Madrid erlegte die Troika der arbeitenden Bevölkerung ein Sparprogramm auf, das den Lebensstandard breiter Einkommensschichten drastisch senkte. Das Ergebnis war eine gewaltige Volksbewegung gegen die Austerität, die vom Staat mit aller Härte unterdrückt wurde.

Die Banken wurden mit Samthandschuhen angefasst

Anders wurde mit den Banken umgegangen: 2011 wurden sechs praktisch bankrotte regionale Sparkassen von der Regierung verstaatlicht und zur Gruppe Bankia zusammengeschlossen. Zu ihrem Chef wurde mit Rodrigo Rato (ehemaliger Chef des IWF und von 1996 bis 2004 spanischer Superminister für Wirtschaft und Finanzen) genau der Mann ernannt, der die Immobilienblase als zuständiger Minister juristisch ermöglicht hatte.

Die Rettung der Bankia-Gruppe kostete die spanischen Steuerzahler 22,4 Milliarden Euro. Da der anschließende Börsengang enttäuschend verlief, muss ein großer Teil des Geldes als verloren gelten. Rato wird den Verlust nicht mehr als Bankia-Chef miterleben: Er trat nach einem Jahr von seinem Posten zurück, kassierte eine Millionenabfindung und wurde 2017 wegen Untreue zu einer Gefängnisstrafe von viereinhalb Jahren verurteilt.

Eine weitere Fusion – die der Bankia mit der Banco Mare Nostrum - wird die spanischen Steuerzahler mit zusätzlichen 1,1 Milliarden Euro belasten. Erst vor kurzem hatte die Großbank Santander 51 Prozent ihres Immobilien-Portfolios zu einem Drittel des Buchwertes an die US-amerikanische Investmentgesellschaft Blackstone verkauft und den amerikanischen Finanzgiganten damit zum größten privaten Immobilienbesitzer Spaniens gemacht – zu einer Zeit, da zehntausende durch die Krise verarmte Spanier mit Zwangsräumungen zu kämpfen haben.

Im Juni dieses Jahres übernahm die Großbank Santander die Banco Popolar Espanol für den symbolischen Preis von einem Euro, nachdem es zum ersten Mal in Spanien zur Anwendung des seit 2016 in der EU gesetzlich vorgeschriebenen „Bail-in" gekommen war. D.h.: Die Aktionäre der Banco Popolar wurden um 1,3 Milliarden Euro und die Halter bestimmter (nachrangiger) Anleihen um zwei Milliarden Euro erleichtert.

Händeringend gesucht: Eine Ablenkung von den wahren Schuldigen

Diese Bail-in-Regelung ist in doppelter Hinsicht ein politischer Sprengsatz: Zum einen bringt sie zahlreiche Kleinaktionäre um ihr Geld und sorgt damit für zusätzlichen Unmut innerhalb der arbeitenden Bevölkerung, zum anderen wird sie ein juristisches Nachspiel haben, da einige Hedgefonds bereits angekündigt haben, gegen den Verlust ihrer Gelder zu klagen.

Ein solcher Prozess ist für die Banken natürlich sehr gefährlich, da er ein Schlaglicht auf ihre kriminellen Aktivitäten werfen und der Öffentlichkeit vor Augen führen würde, dass kein anderes Land der Eurozone in den vergangenen zehn Jahren eine derartige Konzentration im Finanzsektor erlebt hat wie Spanien: Von den 55 Banken, die während des Baubooms Kredite vergaben, sind nur noch 13 als selbständige Einheiten erhalten. Sechzig Prozent aller Spareinlagen entfallen auf die drei größten Bankengruppen des Landes, die fünf größten Banken, die 1998 noch über einen Marktanteil von 34 Prozent verfügten, haben diesen inzwischen auf 62 Prozent ausgeweitet – alles mit voller Unterstützung der EU und der Zentralregierung in Madrid.

Was kann der Finanzelite in dieser Situation Besseres passieren, als dass eine regionale politische Gruppierung sie aus der Schusslinie nimmt, indem sie die Wut und die Aufmerksamkeit der gesamten spanischen Bevölkerung (und der europäischen Öffentlichkeit) auf einen langsam eskalierenden und möglicherweise auf einen Bürgerkrieg hinauslaufenden Konflikt zwischen Separatisten und Nationalisten lenkt...?

Autor:

Ernst Wolff

1950 geboren, wuchs in Südostasien auf, ging in Deutschland zur Schule und studierte in den USA. Er arbeitete in diversen Berufen, u.a. als Journalist, Dolmetscher und Drehbuchautor. Die Wechselbeziehung von Wirtschaft und Politik, mit der er sich seit vier Jahrzehnten beschäftigt, ist für ihn gegenwärtig von höchster Bedeutung.

‹http://www.free21.org/?p=28276›

Publiziert auf Free21 am 05.11.2017, 16:51 Uhr. Von Ernst Wolff. Lizenz: Ernst Wolff

Aufgedeckt: Wie die Banken **Geld aus Luft erzeugen**

Bei jeder Kreditvergabe erzeugen Banken Geld aus dem Nichts. In den Lehrbüchern steht es anders. Doch der deutsche Finanz-Professor Richard Werner hat es 2014 empirisch nachgewiesen. Jetzt publiziert endlich auch die Deutsche Bundesbank auf ihrer Website die Wahrheit. Das muss Konsequenzen haben. Es kann doch nicht sein, dass die Nationalökonomen die Geldschöpfung der Banken ignorieren und ratlos zusehen, wie eine Krise entsteht und 10 Jahre andauert.

von Wolfgang Freisleben

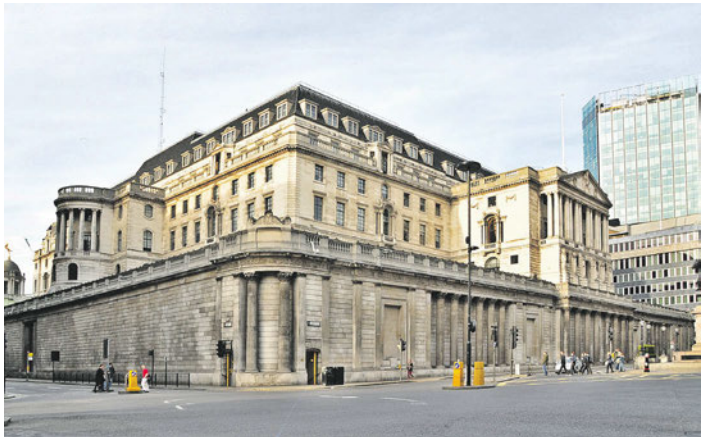
Jetzt steht die Welt der Ökonomen Kopf. Denn nun schreibt endlich auch die deutsche Bundesbank auf ihrer Website Klartext und hat mit dem Märchen über die Geldschöpfung aufgeräumt. Die neue Darstellung lautet:

> „Wenn eine Bank einen Kredit gewährt, kann sie diesen … dadurch finanzieren, dass sie den entsprechenden Betrag an Buchgeld selbst schafft. Sie verbucht auf der Aktivseite ihrer Bilanz den gewährten Kredit als Forderung an den Kreditnehmer, auf der Passivseite ihrer Bilanz schreibt sie dem Kreditnehmer den Kreditbetrag auf dessen Konto als Sichteinlage gut."

Neu an dieser Darstellung ist das Eingeständnis, dass hier eine Geldschöpfung (-entstehung) bei den Geschäftsbanken ohne irgendwelche Voraussetzungen – wie Verfügung über ausreichende Spareinlagen – durch Kreditvergabe stattfindet.

Mit anderen Worten: Die Banken scheffeln Geld aus dem Nichts/aus Luft, indem sie nach Unterschrift unter einen Kreditvertrag „Buchgeld" auf einem Kundenkonto als „Sichteinlage" gutschreiben. Mit einer simplen Buchungszeile am Computerbildschirm – wie ich in meinem Buch „Das Amerika Syndikat" ausführlich analysiert habe.

Dieses Geld wird auch Giralgeld oder Fiatgeld (engl. fiat money) genannt. Letzteres abgeleitet vom lateinischen Bibelzitat aus der Schöpfungsgeschichte „Fiat lux!"; zu deutsch: „Es werde Licht!".



Bank of England: Rückte 2014 mit der Wahrheit heraus, nachdem die BBC den Beweis von Professor Werner dokumentiert hat (Foto: Eluveitie, CC 3.0)

Fiatgeld ist ein Objekt ohne inneren Wert, das als Tauschmittel dient. Das Gegenteil von Fiatgeld ist Warengeld, das z.B. als Gold, Silber oder auch Tabak und Reis, neben dem äußeren Tauschwert auch einen inneren Wert besitzt, der unabhängig von Regierungserlässen ist, solange damit bezahlt werden darf.

Betrug in Reinkultur bei der Verrechnung von Zinsen und Spesen

Die Buchgeldschöpfung ist also ein ziemlicher Schwindel. Und damit auch die Behauptung von Banken über angebliche „Refinanzierungkosten" oder sonstige Aufwendungen bei der angeblichen Beschaffung des Gelds für den Kredit.

Das betrifft natürlich auch die Fremdwährungskredite. Da verrechnen die Banken ungeniert Konvertierungspesen, einen für den Kunden ungünstigen Wechselkurs bei jedem Roll-over-Termin usw. Das aber ist Betrug in Reinkultur.

Bis sich die hochoffizielle Message von den genannten Zentralbanken aber bis zu den Sachverständigen, Richtern und Staatsanwälten durchgesprochen hat, wird noch viel Wasser den Rhein und die Donau hinunterfließen. Und unzählige Bankkunden werden weiter geschädigt.

Buchgeld schafft eine Bank auch, wenn sie dem Kunden einen Vermögenswert abkauft und den Zahlbetrag auf dessen Konto gutschreibt. Der Kunde kann den gutgeschriebenen Betrag für Überweisungen nutzen oder auch in bar abheben. Typischerweise vergüten die Banken ihren privaten Kunden für Sichteinlagen auf dem Girokonto nur niedrige oder gar keine Zinsen.

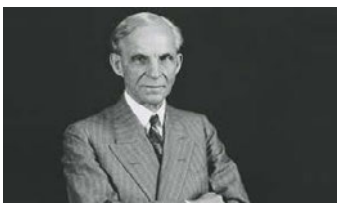
Aus Sicht der Bank ist diese Sichteinlage auf dem Kreditkonto des Kunden eine Verbindlichkeit – sie schuldet dem Kontoinhaber dieses Geld. Ab dem Moment der Verwendung befindet sich das Geld dann im Wirtschaftskreislauf. Eine Gelderzeugung aus Luft, aus dem Nichts. Mit einer einzigen Buchungszeile.

Zahlt der Kunde das Geld an die Bank zurück, verschwindet es auch bei der Bank.

„… hätten wir eine Revolution noch vor morgen früh"

Mit der neuesten Darstellung der Geldschöpfung seitens der Deutschen Bundesbank, immerhin erst 3 Jahre (!) nach der Bank von England, ist der Schwindel aufgeflogen, über den der berühmte Autoindustrielle Henry Ford 1946 sagte: „Würden die Menschen das Geldsystem verstehen, hätten wir eine Revolution noch vor morgen früh."

Die gibt es zwar (noch) nicht. Aber wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Bürger aller westlichen Länder Jahrzehnte lang in eine ungebührliche „Zinsknechtschaft" hineingezwungen wurden:



Autokonstrukteur Henry Ford: „Wenn die Menschen das wüssten, gäbe es eine Revolution …"

Zinsen in ungerechtfertigter Höhe für eine einzige Buchungszeile am Computer für Geld aus dem Nichts. Und zusätzlich noch Gebühren. Beides nicht zu knapp, natürlich.

Kein Wunder, dass sich Banken an ihrem jeweiligen Standort regelrechte Paläste bauen. Und überdurchschnittliche Gehälter für ihre Angestellten zahlen – Schweigeprämie inklusive. Wäre das alles maßvoll, könnten auch die Kreditzinsen niedriger sein.

Bisherige Lehrmeinungen waren irreführende Märchen

Die bisherige falsche Lehrmeinung, auch vom früheren Vorstandsdirektor der Bundesbank bzw. der EZB, Otmar Issing, in seinem Buch über Geldtheorie vertreten, lautete: Die Bank nimmt als „Intermediär" Spargelder herein und verleiht diese als Kredite. Mit diesem Märchen ist jetzt Schluss. Es wurde auch nie empirisch nachgewiesen.

Die neue Erkenntnis stand zwar im Monatsbericht der Bundesbank schon im April 2017. Aber es wird dauern, bis es sich zaghaft in den Elfenbeintürmen der Ökonomen verbreiten wird. Die Story vom Geld muss nämlich erst neu geschrieben werden.

Jetzt sind alle Geldtheoretiker jedenfalls gezwungen endlich anzuerkennen, was der an der Universität Southampton in England lehrende deutsche Finanz-Professor Richard Werner schon 2014 empirisch nachgewiesen hat. Er hatte sich nämlich mit 3 kleineren deutschen Banken zur empirischen Beweisführung über den tatsächlichen Ablauf einer Kreditеinräumung sowohl im Geldfluss als auch in der Buchhaltung der Bank verabredet.

In seiner Begleitung war ein Team der öffentlich-rechtlichen englischen TV-Anstalt BBC. Es dokumentierte einwandfrei und unwiderlegbar den Nachweis, dass jede Geschäftsbank mit der Kreditvergabe eben Geld aus dem Nichts fabriziert („schöpft"). Damit war das Geheimnis der permanenten weltweiten wundersamen Geldvermehrung in Höhe mehrerer Billionen Dollars, Euros und anderer Währungen pro Jahr gelüftet.

Das Buch von Dr. Wolfgang Freisleben, Das Amerika Syndikat, aus 2016

Ehe der Professor über diesen Nachweis eine umfassende Geldtheorie-Studie fertiggestellt hatte, preschte die Bank von England (BoE) vor und veröffentlichte in ihrem Quartalsbericht vom März 2014 die wahre Story der Geldschöpfung. Zugleich offenbarte sie, dass weltweit nur 3 % des alljährlich erzeugten neuen Geldes in Höhe von derzeit insgesamt rund 218 Billionen Dollar von Zentralbanken stammen. Und 97% oder fast 212 Billionen Dollar von den privaten Geschäftsbanken im Wege der Kreditvergabe aus dem Nichts erzeugt wurden.

Eine weltweite Blamage für die Ökonomen

Für die Ökonomen ist das natürlich mehr als peinlich. Es ist überdies ein neuerlicher Beweis für ihre Ignoranz – die nicht zu unterschätzen ist.

Zumal es ja nach dem Börsen-Crash 1929 schon Aufregung um das Geldsystem gab und führende Köpfe der internationalen Hochfinanz Klartext redeten. Sir Josiah Stamp, Direktor der Bank of England 1928–1941, erläuterte z. B. 1927 in einem Vortrag an der University oft Texas:

„Das moderne Bankensystem erzeugt Geld aus dem Nichts. Dieser Prozess ist vielleicht der erstaunlichste Taschenspielertrick, der jemals erfunden wurde. Bankgeschäfte wurden immer als ungerecht und sündhaft empfunden … Die Bankiers besitzen die Erde. Wenn Sie ihnen diese wegnehmen, ihnen aber die Macht zur Geldschöpfung lassen, dann werden sie mit einem Federstrich genug Geld schöpfen, um die Erde wieder zurückzukaufen … Wenn Sie ihnen diese große Macht nehmen, dann werden alle großen Vermögen, wie z.B. meines, verschwinden; und dann wäre dies eine bessere Welt, in der man glücklicher leben könnte … Aber, wenn Sie weiterhin die Sklaven der Bankiers sein und die Kosten Ihrer eigenen Sklaverei bezahlen wollen, dann lassen Sie es zu, dass die Bankiers weiterhin Geld schöpfen und die Kreditvergabe kontrollieren."

Marriner S. Eccles, Präsident des US-Federal Reserve Systems 1934–1948, erläuterte in einem Interview am 30. September 1940: „Wenn es in unserem System keine Schulden gäbe, dann gäbe es auch kein Geld."

Am 24. Juni 1941 wiederholte er vor dem Bank- und Währungskomitee des Repräsentantenhauses in Washington: „Geld wird nur aus dem Recht geschaffen, Kredite zu geben."

Mit der jüngsten Offenbarung der Bundesbank ist nun eine Reformation der Makroökonomik überfällig. Denn Geld und Kredit haben in der Weltwirtschaft einen immensen Einfluss auf die Güter- und Dienstleistungswirtschaft.

Doch die Ökonomen haben das bisher nicht berücksichtigt, weil sie nichts von den Geheimnissen des Geldes verstehen. Ihre Lehrbuch-Theorien wurden allerdings schon angezweifelt, als sie weder vor der Subprime-Krise und dem Zusammenbruch des Weltfinanzsystems warnten; noch für die folgenden 10 Jahre kompetente Ratschläge für eine nachhaltige Erholung der strauchelnden Wirtschaft in den Industriestaaten parat hatten.

Auch Star-Ökonomen wie Milton Friedman, der „Vater" des Monetarismus, oder Wirtschaftsnobelpreisträger wie Josef Stiglitz haben sich der Realität nie gestellt. Warum nicht? Weil sie für Studien bezahlt werden. Und die müssen den Geldgebern natürlich genehm erscheinen.

Selbstverständlich hat die Bankenwelt aber kein Interesse daran, dass jeder weiß, dass die Banken Geld selber aus Luft erzeugen und dafür Zinsen verlangen. Und dann womöglich Kreditkunden exekutieren, ihnen ihre Wohnhäuser und sonstige Wertgegenstände abnehmen und versteigern, um ihr zuvor wertloses Luftgeld in reale Güter umzuwandeln. Debt Asset Swap kann man das nennen.

Unterstütze Free21.org
donate
Vereins-Spenden-Konto:
Empfänger: VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, **IBAN:** DE84430609671185902100, **Verwendungszweck:** FREE21 oder **per Paypal:** verein@free21.org

Autor:

Wolfgang Freisleben

Dr. Wolfgang Freisleben ist Ökonom, Publizist und Zeitungsverleger. Er betreibt die Medienplattform www.freisleben-news.at. Anfang 2017 ist sein Buch „Das Amerika-Syndikat. Wie die souveränen Staaten Europas zur Kolonie der USA verkommen" auf den Markt gekommen.

Dieser Text wurde zuerst am 19.09.2017 auf www.freisleben-news.at unter der URL ‹http://www.freisleben-news.at/aufgedeckt-wie-die-banken-geld-aus-luft-erzeugen/› veröffentlicht. Lizenz: Wolfgang Freisleben

‹http://www.free21.org/?p=28153›

Sanktionen – der kleine Krieg

Und immer leiden die Schwächsten am meisten.

von Jochen Mitschka

Sanktionen sind Gewaltakte, die immer ganz besonders den Zivilisten, und unter diesen den Schwächsten grausame Schäden zuweisen. Eine halbe Million toter Kinder im Irak, noch nicht gezählte Tote und Leidende in Syrien, bedingt durch Sanktionen, ernste finanzielle Probleme mittelständischer Häuslebauer in Russland, die internationale Kredite aufnahmen, sprechen eine deutliche Sprache. Trotzdem fordert auch Deutschland immer wieder „Sanktionen", angeblich als nicht tödliche Maßnahmen, sozusagen als Ersatz für kriegerische Maßnahmen, um ein missliebiges Regime in die Knie zu zwingen. Nur um dann mit Katzenjammer einzugestehen, dass manche Sanktionen der eigenen Wirtschaft am meisten schaden.

Dabei muss zwischen Sanktionen unterschieden werden, die von der UNO, und die von Staaten oder Staatengruppen gegen Feinde verhängt werden. Die Wenigsten wissen, dass Sanktionen, die nicht durch die UNO abgesegnet wurden, aggressive Akte sind, durchaus vergleichbar mit bewaffneten Angriffen. Ganz besonders, wenn solche Sanktionen mit Waffengewalt durchgesetzt werden.

„Nach der Konzeption des Kapitels VII der UN-Charta ist die kollektive Sanktionierung verbotener Gewalt beim UN-Sicherheitsrat monopolisiert. Dieser stellt gemäß Artikel 39 UN-Charta fest, ob „eine Bedrohung oder ein Bruch des Friedens oder eine Angriffshandlung" durch einen Staat vorliegt. Trifft er eine solche Feststellung, wofür es nach Artikel 27 UN-Charta der Zustimmung von neun Sicherheitsratsmitgliedern, einschließlich der fünf Ständigen Mitglieder, bedarf, dann hat der Sicherheitsrat drei Optionen: Er kann nur Empfehlungen abgeben, nichtmilitärische Sanktionen beschließen oder militärische Sanktionen durchführen. Als nichtmilitärische Maßnahmen sieht Artikel 41 der UN-Charta insbesondere verschiedene Formen des Embargos (Handel, Verkehr, Kommunikation) vor…."[1]

Mit anderen Worten sind Sanktionen „verbotene Gewalt", die beim UN-Sicherheitsrat monopolisiert wurden. Werden solche Sanktionen ohne die UNO verhängt und durchgesetzt, handelt es sich um Gewaltakte gegen den sanktionierten Staat. Aber das Gewaltmonopol der UNO wird spätestens seit dem illegalen Jugoslawienkrieg, dem Irakkrieg, der Invasion von Afghanistan oder der Bombardierung von legitimen staatlichen Militärkräften, Infrastruktur (und auch Terroristen) in Syrien verwässert.

Wir befinden uns daher durchaus in einer Abwärtsspirale, zurück zum Faustrecht vorheriger Jahrhunderte, nur diesmal mit den Mitteln des 21. Jahrhunderts. Dies voraus gestellt, schauen wir uns einige Sanktionen und die Folgen an:

In einem Fernsehshow „60 Minuten" am 12. Mai 1996, sechs Jahre nach den Sanktionen gegen Irak eingeführt wurden, fragte Lesley Stahl die US-Außenministerin Madeleine Albright: „Wir haben gehört, dass eine halbe Million Kinder gestorben sind. „Ich meine, das sind mehr Kinder, als in Hiroshima umkamen. Und – sagen Sie, ist es den Preis wert?" Albright: „Ich glaube, das ist eine sehr schwere Entscheidung, aber der Preis – wir glauben, es ist den Preis wert." (Foto: Flickr, CCo)

Irak

Die ersten Sanktionen gegen den Irak wurden vom UN-Sicherheitsrat im August 1990 verhängt, als Reaktion auf den Einmarsch der irakischen Armee nach Kuwait. Dann folgte der US geführte Irak-Krieg, zur „Befreiung von Kuwait" (2/1991), die Sanktionen blieben und wurden verschärft. Dann folgte das Programm „Öl für Nahrungsmittel" [2].

> „Dem Irak wurde zugestanden, bestimmte Produkte unter dem Öl-für-Lebensmittel-Programm zu importieren. Ein UNICEF-Report recherchierte 1998, dass die Sanktionen eine Zunahme von 90.000 Todesfällen pro Jahr (IAC), insbesondere bei Kleinkindern und Babys, zur Folge hatten." [3]

Als im Verlaufe dieser Sanktionen 500.000 Kinder starben, waren das Kollateralschäden, „die aber notwendig waren". Der offensichtlich von den USA provozierte Krieg gegen den Irak, die Korruption in dem UNO-Projekt „Öl für Nahrungsmittel" und das Leid der Bevölkerung andererseits waren so extrem, dass ein deutscher UN-Karrierediplomat, der zu dem Zeitpunkt stellvertretender UN-Generalsekretär war, Hans-Christof von Sponeck, vom überzeugten Soldaten zum Friedenspolitiker wurde.

Syrien

Nun treffen wieder Sanktionen die Armen und vom Krieg gebeutelten, nämlich die Syrer. Und die Bundesregierung ist eilfertig dabei. Ein interner Bericht der UNO, zu dem „The Intercept" Zugang hatte, enthüllt, dass die von den USA und der EU verhängten Sanktionen die einfachen Syrer treffen und die Arbeit der Hilfsorganisationen zunichtemachen, und somit die schlimmste humanitäre Katastrophe seit dem 2. Weltkrieg verursachen.

Trotzdem machen die heuchlerischen Politiker dieser Länder weiter damit, den Kampf gegen die mörderischen Terroristen in Aleppo als größte humanitäre Katastrophe zu beschreiben, und die Terroristen vor der endgültigen Vertreibung zu schützen. Und statt die Ursache der Flucht aus Syrien zu beenden, bietet die Regierung großzügig Asyl an, was gerade diejenigen nutzen können, die bisher zur gebildeten Mittelschicht des Landes gehörten. Also jene, die das Land jetzt eigentlich dringend benötigt.

Der inoffizielle Bericht der UNO beschreibt, wie die Sanktionen und der Krieg jeden Sektor der Wirtschaft Syriens destabilisiert haben, die Wirtschaft eines Landes, das einmal fast vollkommen Selbstversorger war, und keinerlei Auslandsschulden hatte. Nun wird Syrien zu einem Land das Hilfe benötigt. Aber die Hilfe ist kaum möglich, weil die Sanktionen Ausrüstungen zur Blutverarbeitungs-Sicherheit, medizinische Geräte, Nahrungsmittel, Treibstoff, Wasserpumpen, Ersatzteile für Kraftwerke undvieles andere mehr verhindern. Wo werden die Syrer wohl beim Wiederaufbau ihre Kraftwerke und Fabri-

ken kaufen? Sicher nicht in den Ländern, die sie jetzt im wahrsten Sinne des Wortes vor die Hunde gehen lassen.

In dem 40-seitigen Papier der UNO, das erstellt wurde, um die Auswirkungen auf die nicht geleistete humanitäre Hilfe festzustellen, wird beschrieben, dass die Maßnahmen der USA und der EU das „weitreichendste Sanktionsregime sei, was jemals verhängt wurde". In dem Papier wird detailliert ein komplexes System von „unberechenbaren und zeitraubenden" Finanz-Restriktionen und Lizenz-Erfordernissen beschrieben. Der Bericht stellt fest, dass die Sanktionen der USA „außergewöhnlich hart hinsichtlich der Lieferung von Humanitärer Hilfe" sind.

US-Sanktionen gegen syrische Banken haben die Überweisung von Geld in das Land praktisch unmöglich gemacht. Selbst wenn eine Überweisung legal ist, sind die Banken außerhalb von Syrien sehr zurückhaltend, die Überweisung auszuführen, aus Angst vor Bestrafungen in Millionenhöhe wegen dem Verstoß gegen die Sanktionen. Dies hat zum Entstehen eines inoffiziellen und unregulierten Netzwerkes von Geldwechselgeschäften geführt, die es für Extremistengruppen wie ISIS und Al-Kaida einfach machen, ihre Gelder zwischen den dringend benötigten Zahlungen der Menschen zu verstecken. Die Schwierigkeiten bei der Überweisung von Geld hält auch Hilfsorganisationen davon ab, ihre lokalen Angestellten zu bezahlen, das „zu verzögerter oder ausgebliebener Lieferung von Humanitärer Hilfe sowohl in den von der Regierung, als auch den besetzten Gebieten geführt hat", wie der Bericht feststellt.

Handelsrestriktionen sind noch verworrener. Artikel, die mehr als 10% Produktionsanteil aus den USA haben, auch Arzneimittel und -Geräte, dürfen nicht nach Syrien exportiert werden. Hilfsorganisationen, die diese Sanktionen überwinden wollen, müssen eine spezielle Lizenz beantragen, aber die Bürokratie ist ein Alptraum, der höhere Anwaltskosten erfordert, wie der Wert der Artikel darstellt.

Syrien wurde zum ersten Mal mit Sanktionen im Jahr 1979 belegt, als die USA die syrische Regierung als staatlichen Sponsor von Terrorismus bezeichnete. In den Folgejahren wurden immer mehr Sanktionen hinzugefügt, aber nie so extrem, wie 2011 und in den Folgejahren.

Im Jahr 2013 wurden die Sanktionen für die von der „Opposition" besetzten Gebieten teilweise aufgehoben. Ungefähr zu dieser Zeit begann die CIA, mit direkten Waffenlieferungen im Wert von fast 1 Milliarde jährlich, an die Aufständischen. Dadurch wurde der Konflikt weiter angeheizt, während die Sanktionen der USA erfolgreich Humanitäre Hilfe verhinderte.

Eine interne UNO-E-Mail, die The Intercept einsehen konnte, beschuldigt die USA und die EU, Sanktionen verhängt zu haben, die zu Nahrungsmittelengpässen und drastischer Verschlechterung der Gesundheitsversorgung der Syrer geführt haben. Im August warnte ein wichtiger UNO-Beamter, dass die Sanktionen innerhalb von 18 Monaten zu einer Verdoppelung des Benzinpreises und zu einem Ausfall der Weizenproduktion um 40% seit 2010 geführt hatten, wodurch der Weizenmehlpreis um 350% und der Reispreis um 650% angestiegen sind. Die E-Mail nennt als „Hauptfaktor" für die Erosion des Gesundheitssystems in Syrien die Sanktionen. Fabriken, die Arzneimittel zur Selbstversorgung hergestellt hatten, waren durch die Kämpfe zerstört, oder wegen den Restriktionen welche die Rohstofflieferungen unmöglich machten, geschlossen worden, so die E-mail.

Der Mitarbeiter eines Hilfswerkes in Damaskus erklärte The Intercept, dass Autos, Busse, das Wasserversorgungssystem und die Elektrizitätswerke überall im Land dringend repariert werden müssten, aber dass es Monate [für die Hilfsorganisation] dauern würde, bis die notwendigen Teile beschafft würden, aber dass keine Zeit für Warten mehr übrig bleibt. Deshalb neigen die Hilfsorganisationen dazu, billige chinesische Waren zu kaufen, oder von Großhändlern, die über eine Lizenz verfügen, aber

(Foto: Havaar.org)

jeden beliebigen Preis verlangen können. Und wenn der Preis unerschwinglich ist, bricht das System zusammen, und noch mehr Menschen sterben durch verunreinigtes Wasser, verhinderbaren Seuchen, und leiden unter einer allgemeinen Reduzierung der Lebensqualität.

Solche Bedingungen wären für jedes Land eine Katastrophe. Im vom Krieg geplagten Syrien, in dem geschätzte 13 Millionen Menschen von Humanitärer Hilfe abhängig sind, verursachen die Sanktionen ein Chaos.

In einer E-Mail an The Intercept leugnet das Außenministerium der USA, dass die Sanktionen Zivilisten schaden würden. Dort heißt es:

> „... US-Sanktionen gegen [Syriens Präsidenten Bashar al-Assad], seine Unterstützer, und das Regime, vorenthalten diesen Akteuren Ressourcen, die für eine weitere blutige Kampagne von Assad gegen seine eigene Bevölkerung genutzt werden könnte ... "

Ansonsten werden in der E-Mail die gleichen Behauptungen wiederholt, die für die Sanktionen gegen den Irak in den 1990er Jahren verwendet wurden. Die USA halten die damaligen Sanktionen immer noch für angemessen, obwohl ein Bericht der UNICEF von 1999 festgestellt hatte, dass die Sterberate von Kindern im Alter bis 5 Jahre sich verdoppelten, und deshalb 500.000 Kinder starben. Die E-Mail beschreibt:

> „... Die wahre Verantwortlichkeit für die schlechte humanitäre Situation liegt bei Assad, der wiederholt den Zugang für Hilfslieferungen verweigert und Hilfsorganisationen angegriffen hatte. Er hat die Möglichkeit jederzeit das Leiden zu beenden, sollte er seiner Verpflichtung nachkommen, vollen, uneingeschränkten Zugang für humanitäre Hilfe in den Gebieten zu erlauben, die von der UNO festgelegt wurden ..."

Derweil haben die USA in den Gebieten, die von der ISIS kontrolliert werden, einige der Taktiken angewandt, die sie bei Assad verurteilen. So haben z.B. von den USA unterstützte Kräfte Manbij belagert, eine Stadt im nördlichen Syrien, nicht weit von Aleppo entfernt, in der zehntausende von Zivilisten leben. US-Luftangriffe warfen den ganzen Sommer über Bomben ab und töteten bei einem einzigen Angriff 125 Zivilisten. Die USA flogen auch Luftangriffe, um ISIS aus Kobane, und im Riak aus Ramadi und Fallujah zu vertreiben, was zerstörte Gemeinden zur Folge hatte. In Fallujah mussten sich die Einwohner Suppe aus Gras zubereiten, und mindestens 140 Menschen starben an Nahrungsmangel und medizinischer Versorgung während der Belagerung.

Publiziert auf Free21 am 15.10.2017, 19:20 Uhr, von Jochen Mitschka, Lizenz: Jochen Mitschka

Darüber hinaus haben die Sanktionen keines ihrer Ziele erreicht. Jedoch haben sie in den 5 Jahren des Krieges über 80% der Syrer in Armut gestürzt. Vor dem Krieg waren es lediglich 20%. Ferdinand Arslanian, ein Wissenschaftler am Zentrum für Syrien-Studien an der Universität von St. Andrews, sagt, dass die Reduzierung des Lebensstandards und die Abhängigkeit der Menschen von Hilfsleistungen, das Regime sogar stärken.

> „... Hilfeleistung ist jetzt ein essentieller Teil der Syrischen Wirtschaft, und Sanktionen geben dem Regime die Möglichkeit, Waren zu monopolisieren. Jeder wird von der Regierung abhängig. Das war schon so im Irak mit dem Projekt „Nahrung für Öl“ ... Sanktionen haben einen furchtbaren Effekt auf die Menschen, viel mehr als auf das Regime, und Washington weiß das aus dem Irak...“

So Joshua Landis, Direktor des Zentrums für Studien des Mittleren Ostens an der Universität von Oklahoma. ...

Nordkorea

Nun wurden die Sanktionen gegen Nordkorea auf Druck der USA wieder einmal verschärft. Und wieder werden in erster Linie die einfachen Menschen betroffen sein, jene, für die der Westen ja angeblich die Kriege führt. Aber diesmal konnten sich die USA im UNO-Sicherheitsrat nicht durchsetzen.

> „Der Vorschlag Russlands und Chinas liegt weiterhin auf dem Tisch. Laut diesem sollen die USA und Südkorea auf weitere Manöver verzichten. Nordkorea werde im Gegenzug die Atom- und Raketentests einstellen. Der Vorschlag wird von den USA als unannehmbar bezeichnet. Die Vereinigten Staaten waren jedoch nicht in der Lage, ihren eigenen Resolutionsentwurf durchzubringen.“ [4]

Mit anderen Worten. Die USA sind nicht bereit, ihre ständige Drohung mit Krieg gegen Nordkorea zu beenden, bzw. zumindest auf Manöver zu verzichten, in denen immer wieder der Angriff auf das Land geübt wird. Ganz zu schweigen von Friedensverhandlungen ohne Vorbedingungen mit Pjöngjang, welche die Machthaber des Landes seit Jahrzehnten fordern. Und wieder werden die Menschen in dem Land diejenigen sein, die die Zeche zu bezahlen haben. Aber Anderseits gelang es den USA auch nicht, ihre menschenverachtenden, inhumanen Extremsanktionen durchzusetzen. Dazu gehörten z.B. die Deportation von Arbeitsmigranten, das gewaltsame Abfangen von nordkoreanischen Schiffen im freien Seegebiet, das irgendwie an Freibeutertum erinnert, und ein absolutes Öl-Embargo.

Iran

In meinem Essay über den Iran [5] berichte ich u.a., wie erste Sanktionen des Sicherheitsrates mit gefälschten „Beweisen“ begründet wurden, und wie Sanktionen der USA das Land und alle mit dem Iran in Beziehung stehenden Staaten bedrohte. Wodurch genau das Gegenteil des angeblichen Zwecks der Sanktionen erreicht wird. Nicht die „Demokratie“ wird gestärkt, sondern der Zusammenschluss des Landes unter konservativen aber streitbaren islamistischen Kräften, gegen einen externen Feind, der es bedroht. Mehr darüber in dem Essay.

Russland

Auch im Fall von Russland hat sich der Wirtschaftskrieg der USA gegen das Land nicht als Stärkung des „Demokratisierungsprozesses“ erwiesen. Vielmehr rückten die Russen hinter ihrer Regierung zusammen und Putin konnte endlich ein lange geplantes Programm zur Stärkung der eigenen Wirtschaft durchsetzen. Heute steht Russland besser gerüstet für die kommenden Stürme auf den Wirtschafts- und Finanzmärkten dar als vorher. Geschadet haben die Sanktionen in erster Linie den europäischen Interessen. Denn Russland wurde Asien in die Arme getrieben. Gleichzeitig wurde eine neue Blockbildung befeuert, denn die beiden Herausfordererstaaten der monopolaren Weltordnung, China und Russland, haben begriffen, dass sie nur gemeinsam in der Lage sind, ihre Interessen als gleichberechtigte Mitspieler in einer multipolaren Welt durchzusetzen. [6]

Nun hatten die USA angedroht, eine weitere Serie von Sanktionen gegen Russland zu verhängen. Und diesmal wurde ganz offen mitgeteilt, dass es auch darum ging, US-Flüssiggas nach Europa zu verkaufen, obwohl dieses wesentlich teurer ist. Was nun selbst die willigsten Transatlantiker in Europa auf Distanz zu den Plänen gehen ließ. Auch hier könnten die USA an die Grenzen ihres „Exzeptionalismus“ gestoßen sein. Denn durch weitere Sanktionen werden die Verbraucher in Europa so stark getroffen, dass es durchaus auch zu Folgen für die herrschenden Transatlantiker kommen könnte.

Fazit

Die Liste der von den USA oder seinen Verbündeten mit Sanktionen bedrohten oder belegten Länder wächst monatlich. Dies ist nicht nur ein Zeichen von Schwäche des Hegemons, der immer mehr zu Zwangsmaßnahmen greifen muss, um seine Herrschaft durchzusetzen, sondern es sollte auch eine Warnung für die Welt sein, dass die USA als Handelspartner wenn möglich besser gemieden werden sollte. Denn schon morgen können diese Geschäfte bedroht werden, sollte man gleichzeitig mit einem Land in wirtschaftlicher Beziehung stehen, welches von den USA sanktioniert wird. Milliardenschwere Strafen gegen schweizerische Banken sind nur ein Beispiel, wie nicht nur der sanktionierte Staat und seine Bürger unter den US-Sanktionen, die nichts anderes als ein Wirtschaftskrieg sind, zu leiden haben.

Quellen:

[1] *<http://www.bpb.de/apuz/28036/gewalt-und-gewaltverbot-im-modernen-voelkerrecht>*

[2] *<http://archiv.friedenskooperative.de/ff/ff03/1-74.htm>*

[3] *<https://de.wikipedia.org/wiki/Zweiter_Golfkrieg#Wirtschaftssanktionen>*

[4] *<https://deutsch.rt.com/international/57193-sanktionen-gegen-nordkorea-deutlich-abgeschwaecht-usa-koennen-sich-nicht-durchsetzen/>*

[5] *<https://www.academia.edu/s/cd0f8aba79/iran-20170911pdf>*

[6] *<https://jomenschenfreund.blogspot.de/search/label/BRICS>*

Der Link zum Bericht:
<https://www.documentcloud.org/documents/3115191-Hum-Impact-of-Syria-Related-Res-Eco-Measures-26.html#document/p1>

Der Link zum Artikel im Intercept:
<https://theintercept.com/2016/09/28/u-s-sanctions-are-punishing-ordinary-syrians-and-crippling-aid-work-u-n-report-reveals/>

Autor:

Jochen Mitschka

wohnt in der Nähe des alten Bundesdorfes Bonn, hat vor vielen Jahren mal Betriebswirtschaft studiert, dann aber über 20 Jahre in unterschiedlichen Funktionen in der Pharmaindustrie gearbeitet. Lebte und arbeitete u.a. in Frankreich, Belgien, Italien, und ist überzeugter Europäer, lehnt aber die undemokratische, autoritäre und ausschließlich transatlantisch orientierte EU-Politik ab.

‹http://www.free21.org/?p=28115›

Trump und der Sezessionismus

Während die Neokonservativen eine „Weltrevolution“ durchsetzen wollten, indem sie ihre „Demokratie“ durch Krieg exportierten, gründet Präsident Trump seine Außenpolitik auf dem Respekt der Souveränität der Staaten. Infolgedessen hat er jegliche Unterstützung der USA für Separatismus abgebrochen. Thierry Meyssan bringt hier die Mehrdeutigkeiten der US-amerikanischen Stellungnahme zu Sezessionen in Erinnerung und legt dann die gemeinsamen Punkte der Ereignisse in Kenia, Irak und Spanien offen.

von Thierry Meyssan

In den vergangenen Jahren hat die CIA Sezessionsbewegungen zugunsten der Luos in Kenia, Kurden im Irak und Katalanen in Spanien unterstützt. Diese Gruppen, die noch vor kurzem glaubten, künstliche neue unabhängige Staaten schaffen zu können, wurden von den Vereinigten Staaten seit Donald Trumps Ankunft im Weißen Haus im Stich gelassen und befinden sich am Rand des Zusammenbruchs.

USA: die Sezession nur im Dienst der organisierten Plünderung

Die Vereinigten Staaten hatten schon immer eine veränderliche Haltung zum Völkerrecht der Selbstbestimmung.

Im Jahr 1861 duldete Washington nicht, dass die südlichen Staaten des Landes beanspruchten, weiterhin in einer Konföderation leben zu wollen, während jene vom Norden eine Föderation verhängen wollten, mit Zöllen und einer gemeinsamen Zentralbank. Sofort nach seiner Ankunft im Weißen Haus unterdrückte Präsident Abraham Lincoln die Sezession. Es war erst später, im Laufe des darauffolgenden Bürgerkrieges, dass die moralische Frage bezüglich der Sklaverei nach und nach die beiden Lager kennzeichnete. Es ist heute sehr einfach die Millionen Toten dieses Krieges zu vergessen und die Konföderierten als Rassisten zu verurteilen, obwohl zu Beginn des Konflikts das Thema Sklaverei keinen Belang hatte und auch die Föderativen Staaten Sklaven besaßen.

Während des Baus des Panama-Kanals, kurz vor dem ersten Weltkrieg, erfand Washington ein panamaisches Volk, unterstützte dessen separatistische Bewegung gegen Kolumbien und war das erste Land, das Panamas Unabhängigkeit anerkannte. Washington baute einen wichtigen militärischen Stützpunkt auf und eignete sich de facto die Baustelle des Kanals an, vor den Augen der französischen Investoren. Was die Pseudo-Unabhängigkeit betrifft, wird Präsident Omar Torrijos, der die Souveränität des Kanals 1977 neu verhandelt hatte, sie nie sehen und wurde in einem Flugzeugabsturz ermordet. Der Stabschef, General Manuel Noriega, erlebte sie auch nicht, als Washington beschloss, ihn am Ende des Krieges gegen die Sandinisten (Iran-Contra) loszuwerden. Unter Anklage, für den Tod eines US-Soldaten im Jahr 1989 verantwortlich zu sein, wurde er von der US-Armee gefangen genommen und sein Land während der Operation „Gutes Recht“ (sic) verwüstet. Washington hat daher keine moralische Autorität in Sachen Völkerrecht zur Selbstbestimmung.

Senator Obama und sein Cousin Raila Odinga

Kenia: der „gute Gebrauch“ des Rassismus

Kenia ist erst seit 53 Jahren unabhängig. Trotz des Einflusses der kommunistischen Partei während des Unabhängigkeitskampfes bleibt die Bevölkerung in Stämme geteilt. Daher ist der Konflikt zwischen Uhuru Kenyatta, dessen Präsidentschaft ausläuft, und seinem ewigen Herausforderer, Raila Odinga, vorerst eine Rivalität zwischen den Kikuyus, die 22 % der Bevölkerung ausmachen und den Luos die lediglich einen Anteil von 13 % repräsentieren, die aber zusammen mit den Kalendschin 24 Prozent der Wahlberechtigten ausmachen. In den letzten Jahren wechselte die Mehrheit bei jeder Umkehr der kurzlebigen Luos-Kalendschin-Allianz. Historisch gesehen waren es hauptsächlich die Kikuyus, die die Unabhängigkeit des Landes erhalten haben und die die beispiellose Barbarei der britischen Unterdrückung in den 1950er Jahren zu spüren bekamen [1]. Daher sind sie diejenigen, die die Präsidentschaft im Jahr 1964 mit Jomo Kenyatta gewonnen haben. Dieser ernannte einen Luo-Führer, Oginga Odinga, zum Premierminister, der sich an seiner Seite gegen die Apartheid und die Monopolisierung der landwirtschaftlichen Nutzflächen durch Siedler eingesetzt hat. Aber dieses Tandem funktionierte nicht, und wir finden uns ein halbes Jahrhundert später wieder in einem Konflikt, der nach wie vor andauert und jetzt ihre Kinder betrifft.

Jede politische Lesart dieser Rivalität erreicht schnell ihre Grenzen, weil die Führer der beiden Lager mehrmals ihre Stellungnahme und Bündnisse geändert haben, und die einzige permanente Gegebenheit ihre ethnischen Unterschiede waren. Keine Demokratie kann in einer ethnischen oder Stammes-Gesellschaft funktionieren, und es dauert mindestens hundert Jahre, um von einer Clan-Zugehörigkeit zu einer privaten persönlichen Verantwortung zu kommen. Jeder muss daher Kenia für das nehmen was es ist: eine im Wandel befindliche Gesellschaft, in der die ethnischen Regeln oder die Demokratie nicht voll funktionsfähig sind.

Im Jahr 2005 schließt der Kikuyu-Präsident ein Bündnis mit China. Als Reaktion darauf unterstützt die CIA seinen Luo Gegner. Als die CIA entdeckte, dass ein US-Parlamentarier ein Luo ist und sein Vater Berater von Oginga Odinga war, organisiert sie für ihn eine Reise nach Kenia, um Raila Odinga zu unterstützen. Mit der Einmischung in die lokale Politik wird der Senator von

Publiziert auf Free21 am 21.11.2017, 18:32 Uhr, von Thierry Meyssan auf www.voltairenet.org, Lizenz: Voltairenet.org, CC BY-NC-ND 3.0

Illinois, Barack Obama, in 2006 Wahlkampagnen mit Raila machen, und selbst behaupten, sein Cousin zu sein [2].

Als die Vereinigten Staaten mit dem Versenden von rassistischen Kurzmitteilungen (SMS) an die Luos während der Verkündung der Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen eine großangelegte Provokation organisierten und die Veranstaltungen ausarteten, hatte das mehr als tausend Tote und 300 000 Vertriebene zur Folge, wurde diese Operation aus dem Gedächtnis gelöscht.

Die Pentagon-nahe Cambridge Analytica (CA), die an der Kampagne von Ted Cruz, und dann an der von Donald Trump in den Vereinigten Staaten teilgenommen hatte, hat Uhuru Kenyatta während seiner Präsidentenkampagnen in den Jahren 2013 und 2017 (d.h. während Steve Bannon kurz Aktionär des Unternehmens war) beraten [3]. Odinga appellierte unterdessen an Aristotle Inc., ein Unternehmen, das im Zusammenhang mit der Ermordung von Chris Msando stehen könnte, der Nummer 2 der IT-Abteilung der Wahlkommission, der von Unbekannten am 29. Juli getötet wurde [4].

Das heißt jedenfalls, dass, im Zusammenhang mit der Störung der IT-Abteilung der Wahlkommission, Raila Odinga nun in der Lage war, die Präsidentschaftswahl im Jahr 2017 zu annullieren und sich weigerte zu erscheinen, als die Wahl wiederholt wurde. Die Idee war nämlich, eine Sezession des Luo Gebietes einzuleiten. Odinga hätte dann die Annexion der Luo-Gebiete von Ost- und Zentralafrika beansprucht, im Namen der einst von seinem Vater, dem Ker (geistigen Führer) der Luos, Oginga Odinga, realisierten Arbeit.

Doch plötzlich hielt sich die Botschaft der Vereinigten Staaten von ihrem ehemaligen Schützling fern. Da er die zweite Präsidentschaftswahl boykottiert hatte und sich plötzlich ohne Schutz befand, hat Raila Odinga gerade eine neue Annullierung und eine dritte Abstimmung gefordert.

Irakisch-Kurdistan: wie in Israel und in Rhodesien, Unabhängigkeit für die Siedler

Im Rahmen der Umgestaltung des Erweiterten Nahen Osten hatte das Pentagon seit dem 11. September 2001 vor, den Irak in drei unabhängige Staaten zu zerstückeln, darunter einen für die kurdische Bevölkerung. Eine Variante dieser Idee entstand nach dem Vorschlag des Council on Foreign Relations, im Jahr 2006, nämlich das Land in drei autonome Regionen aufzuteilen [5] ; ein Projekt, das in parteiübergreifender Weise von Joe Biden (Dem.) und Sam Brownback (Rep.) vor den US-Senat gebracht wurde. Jedoch setzte sich der israelische Generalstab für eine tatsächliche Unabhängigkeit dieser drei Einheiten ein, um dort Raketen nahe der nördlichen Grenzen von Syrien und der westlichen Grenzen von Iran in Position bringen zu können.

Das Wort „kurdisch“ bezeichnet Nomaden, die im gesamten Nahen Osten lebten und sich dort bewegten. Im 19. Jahrhundert werden einige von ihnen in der aktuellen Türkei sesshaft, in einem Gebiet, wo sie zur Mehrheit wurden. Während der Operation Desert Storm 1991 schufen die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich zwei Flugverbotszonen, von denen einer ein Refugium für die Kurden gegen Präsident Saddam Hussein wurde. Da die irakische Gesellschaft sich in Stämme gliedert, folgten die sunnitischen Kurden der Barzani-Familie, während die schiitischen Kurden der Familie Talabani folgten und die kurdischen Jesiden dem Baba Sheikh (geistiger Führer). Mit der Konsolidierung der Bevölkerung in der Flugverbotszone, entsteht eine Rivalität zwischen den Barzani und den Talabani. Die ersten appellierten an Präsident Saddam Hussein, damit er sie von den zweiten befreie, aber dieser verfolgte eine andere Agenda. Wie auch immer, anlässlich des Sturzes von

Ein Soldat der kurdischen „Armee“ Peshmerga. (Foto: Fllickr.com, Kurdishstruggle, CC BY-SA 2.0)

„Saddam“ im Jahr 2003 platzierten die Vereinigten Staaten die Barzani an die Spitze der Region, die jetzt „Irakisch-Kurdistan“ heißt. Während des Krieges gegen Syrien instrumentalisierte die CIA insbesondere das Irakische Kurdistan, um die Dschihadisten mit Waffen zu beliefern. Im Jahr 2014, als sie das Kalifat organisierte, erlaubte sie den Barzani die Verwirrung zu nutzen, um neue Gebiete zu erobern. Ihre Hochburg erweitert sich schrittweise um 80 %, durch ihre Annexion von arabisch-muslimischen und christlichen Bevölkerungen. Nebenbei erlaubten die Barzani den Dschihadisten, jesidische Kurden zu versklaven oder zu töten.

Als Präsident Trump - die imperialistische Politik seines Landes undrehend – beschloss, Daesh zu zerstören und als seine Armee tatsächlich mit der Arbeit begann, forderten die nicht-kurdischen, unter dem Joch der Barzani lebenden Bevölkerungen, wieder an Bagdad angeschlossen zu werden. Präsident Massoud Barzani, der die Unmöglichkeit, Wahlen während des Krieges abzuhalten, vorschob, um sich noch nach dem Ende seiner Amtszeit an der Macht zu halten, organisierte ein Referendum zur Unabhängigkeit. Es handelte sich für ihn darum, seine Macht zu legalisieren und seine territorialen Eroberungen anerkennen zu lassen.

Während des Referendums versicherten die Barzani Unterstützung von 80 Staaten zu genießen, darunter die Vereinigten Staaten und Frankreich, die ihnen zu Hilfe kommen würden, falls der Irak und seine Nachbarn die Unabhängigkeit ablehnen sollten. Die Verbündeten der Barzani sagten gleichzeitig, dass es nicht der richtige Zeitpunkt für Unabhängigkeit wäre, aber enthielten sich, um der Position der Barzani zu widersprechen, mit Ausnahme von Israel, das öffentlich die Unabhängigkeit unterstützte. Viele Staaten waren subtiler und schickten hochrangige Vertreter vor Ort, und zeigten mehr mit der Geste als mit Worten, dass sie die Barzani wohl unterstützten.

Aber als nach einer manipulierten Wahl die Barzani bekannt machten, dass das Volk die Unabhängigkeit mit 92 % unterstütze und also de facto ihre Diktatur, drohten der Irak, die Türkei und der Iran militärisch zu intervenieren. Aber keiner der 80 von den Barzani zitierten Staaten reagierte. In der Zwischenzeit hat sich nämlich Präsident Trump sowohl gegen das Projekt der Teilung des Irak als auch gegen die Anerkennung der Eroberungen der irakischen Kurden entschieden.

Plötzlich ist der Ballon geplatzt. Die Türkei und der Iran bereiteten sich gemeinsam vor, in den neuen Staat einzufallen, aber wurden durch die irakische Intervention überrascht. Innerhalb von 48 Stunden befreiten die Truppen von Bagdad die von Erbil annektierten Gebiete, während mehr als 100.000 kurdische Siedler die Flucht ergriffen. Die Truppen von Bagdad unterliessen es jedoch, weiter auf Erbil vorzustoßen und erkannten damit die Legitimität der historischen Ansprüche des kurdischen Volkes an, aber verweigerten die Ansprüche der Barzani auf ein angebliches Kurdistan auf arabischem Gebiet. Sehr viele irakische Kurden haben sich geweigert, die Unabhängigkeit des Pseudo-Kurdistan zu unterstützen. Zuerst war es der Fall der Jesiden, die ihre eigene autonome Provinz, das Ezidikhan, am 25. Juli ausriefen [6], dann war es noch der Fall der

einst am stärksten von Saddam Hussein unterdrückten Bezirke von Germian und Suleimaniah, die die Wahl boykottierten [7], und dann noch von Schiiten und der Talabani Familie, die General Qasem Suleimaniah von den Hütern der Revolution, willkommen hießen, als er kam um die Befreiung der annektierten arabischen Gebiete vorzubereiten, und schließlich die Siedler, die nach Kirkuk ausgezogen waren und die heute in der Situation der französischen „pieds-noirs" während der Unabhängigkeit von Algerien sind. Isoliert, ist Massoud Barzani jetzt gerade zurückgetreten, wahrscheinlich zu Gunsten seines Neffen, Nechirvan Barzani.

Katalonien: falsche Sezessionisten und echte Komplottierer

Man denkt, dass die katalanische Unabhängigkeit im Widerstand gegen den Faschismus geschmiedet wurde. Das ist nicht wahr. Die erste katalanische Unabhängigkeits-Partei, Estat Català, wurde in 1922, d.h. kurz vor den Diktaturen von Miguel Primo de Rivera und Francisco Franco in Spanien gegründet.

Man denkt, dass ihr Gründer, Francesc Macià (der „Großvater") einen unabhängigen Staat schaffen wollte, der zuvor nie existiert hatte, um die Region von Barcelona vor dem Faschismus zu retten. Das ist nicht wahr. Er wollte Andorra, den Südosten von Frankreich und einen Teil von Sardinien annektieren, weil seiner Meinung nach „Katalonien" durch Andorra, Spanien, Frankreich und Italien unterdrückt wird.

Catalonia Today, Das Magazin in englischer Sprache von Carles Puigdemont, für seine englischsprachigen Fans.

Man denkt, dass die katalanischen Separatisten Pazifisten sind. Das ist nicht wahr. Im Jahr 1926 versuchte Francesc Macià einen Putsch, nachdem er hunderte italienische Söldner angeworben und eine Armee zusammengebracht hatte.

Man denkt, dass die katalanischen Separatisten historisch links stehen. Das ist nicht wahr. 1928 gründete Francesc Macià in Havanna, mit Hilfe des kubanischen Pro-US Diktators, Gerardo Machado, die revolutionäre separatistische Partei Kataloniens.

Die katalanischen Separatisten wurden nie von den anti-imperialistischen Staaten unterstützt und vor allem nicht von der UdSSR während des Spanischen Bürgerkrieges (obwohl Francesc Macià Unterstützung aus Moskau im Jahre 1924 einholte und dann die Unterstützung von Bucharin und Zinoviev bekam). Macià hat höchstens Allianzen mit Mitgliedern der Zweiten Internationale geschmiedet. Da Carles Puigdemont sich direkt auf Macià (und nicht auf seinen ehemaligen Chef Jordi Pujol) beruft und implizit damit das Projekt der Annexion von Andorra und eines Teils von Frankreich und Italien unterstützt, hat er nie versucht, seine angelsächsischen Verbündeten zu verbergen. Als Journalist schuf er eine monatliche Schrift, um seine Sponsoren über die Entwicklung seines Kampfes auf dem Laufenden zu halten. Sie ist natürlich nicht auf Katalanisch oder Spanisch, sondern auf Englisch: Catalonia Today, für die seine rumänische Frau, Marcela Topor, Chefredakteurin wurde. In gleicher Art belebt er Vereine zur Förderung der Unabhängigkeit Kataloniens, aber nicht in Spanien, sondern im Ausland, die er von George Soros finanzieren lässt [8].

Die katalanischen Unabhängigkeitsanhänger, wie die Ihnen ähnlichen Luos und kurdischen Iraker, haben die Änderung im Weißen Haus nicht verstanden. Unter Berufung auf das Parlament, wo sie die Mehrheit der Sitze inne haben, obwohl sie nur eine Minderheit der Stimmen bei den Wahlen gewonnen haben, verkündeten sie die Unabhängigkeit nach der Volksabstimmung vom 1. Oktober 2017. Sie glaubten, die Unterstützung der Vereinigten Staaten und daher die der Europäischen Union zu haben. Aber Präsident Trump hat sie nicht mehr unterstützt, wie er es mit den Luos und den irakischen Kurden getan hat. Und infolgedessen ist die Europäische Union ablehnend gegenüber dem neuen Staat geblieben.

Schlussfolgerung

Die oben genannten Beispiele des Sezessionismus haben keinen Bezug zu der Entkolonialisierung, die das Recht der Völker auf Selbstbestimmung hervorbrachte. Darüber hinaus sind in diesen drei Fällen diese Staaten nicht lebensfähig, außer mit einer Annexion von anderen Territorien, die nichts verlangt haben, wie es Raila Odinga und Carles Puigdemont anstreben und wie es Massoud Barzani vorausgesehen hatte.

Es ist üblich zu sagen, dass Präsident Trump psychisch krank ist, dass er die nostalgischen rassistischen Konföderierten unterstützt und keine Außenpolitik hat. Jedoch können wir erkennen, dass es ihm vorerst gelungen ist, die Operationen seiner Vorgänger zu stoppen und die relative Stabilität in Kenia, Irak und Spanien aufrecht zu erhalten. Dies sollte beachtet werden.

Quellen:

[1] Web of Deceit: Britain's Real Foreign Policy, Mark Curtis, Random House, 2008.

[2] „Die afrikanische politische Erfahrung von Barack Obama", von Thierry Meyssan, Übersetzung Horst Frohlich, Voltaire Netzwerk, 13. März 2013: *<http://www.voltairenet.org/article177864.html>*

[3] "Uhuru hires data firm behind Trump, Brexit victories", Gideon Keter, The Star (Nairobi), May 10, 2017: *<https://www.the-star.co.ke/news/2017/05/10/uhuru-hires-data-firm-behind-trump-brexit-victories_c1557720>*

[4] "Canadian working with Kenya opposition party detained, to be deported", The Globe and Mail, August 5, 2017. "An American working for the Kenyan opposition describes his harrowing abduction and deportation", Robyn Dixon, Los Angeles Times, August 10, 2017: *<https://beta.theglobeandmail.com/news/world/canadian-working-with-kenya-opposition-party-detained-to-be-deported/article35889001/?ref=http://www.theglobeandmail.com&>*

[5] "Unity Through Autonomy in Iraq", Joe Biden & Leslie H. Gelb, The New York Times, May 1, 2006: *<http://www.nytimes.com/2006/05/01/opinion/01biden.html>*

[6] "Establishment of the Provisional Government of Ezidikhan", Voltaire Network, 25 July 2017: *<http://www.voltairenet.org/article198055.html>*

[7] «Le Kurdistan n'a pas besoin de grands propagandistes», Aras Fahta & Marwan Kanie, Le Monde, 18 mai 2017

[8] "George Soros financió a la agencia de la paradiplomacia catalana", Quico Sallés, La Vanguardia, 16 de agosto de 2016: *<http://www.lavanguardia.com/politica/20160816/403969314802/george-soros-diplocat-financio.html>*

Autor:

Thierry Meyssan

Französischer Intellektueller, Präsident und Gründer des Réseau Voltaire und der Konferenz Axis for Peace. Er veröffentlicht Analysen über ausländische Politik in der arabischen, lateinamerikanischen und russischen Presse.

www.voltairenet.org

Dieser Text wurde zuerst am 1.11.2017 auf Voltairenet.org unter der URL ‹http://www.voltairenet.org/article198582.html› veröffentlicht. Lizenz: Voltairenet.org, CC BY-NC-ND 3.0

‹http://www.free21.org/?p=28405›

Publiziert auf Free21 am 21.11.2017, 18:32 Uhr, von Thierry Meyssan auf www.voltairenet.org, Lizenz: Voltairenet.org, CC BY-NC-ND 3.0

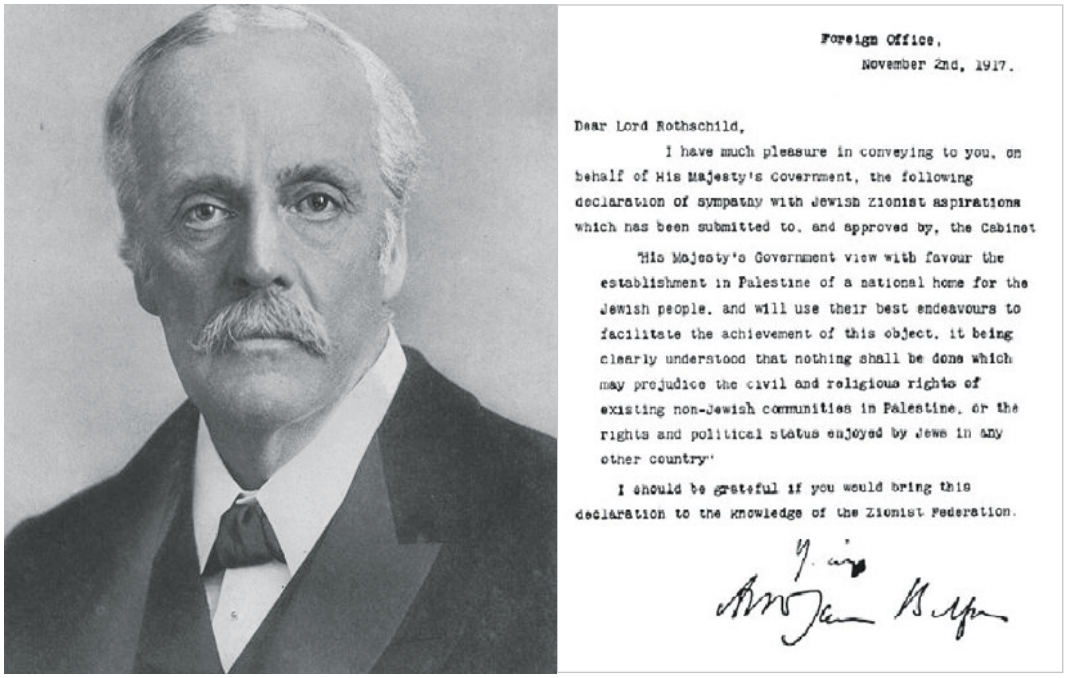
Alternativer Geschichtsunterricht, der fesselt

Es gibt Bücher, ja auch Sachbücher und historische Bücher, die schlägt man auf – und nach wenigen Zeilen des Lesens möchte man sie gar nicht mehr aus der Hand legen. Zu diesen Werken gehört sicherlich Rolf Verlegers „Hundert Jahre Heimatland? Judentum und Israel zwischen Nächstenliebe und Nationalismus." **Eine Rezension von Heiko Flottau**

Bemerkenswert an dem Titel ist zunächst einmal das große Fragezeichen. Denn nach dem gut 250 Seiten umfassenden alternativen Geschichtsunterricht wird dem Leser klar, warum hinter dem Wort Heimatland im Titel ein Fragezeichen steht: Israel, jedenfalls nicht dieses Israel, ist keineswegs die politische Heimat des Autors. Vom gängigen Narrativ der deutschen Staatsraison, die Israels Sicherheit zu garantieren habe, und vom Recht Israels, sich gegen sein feindliches Umland verteidigen zu dürfen, bleibt am Ende nicht viel übrig. Rolf Verleger zerzaust diese Lesart wie der Wind einen Baum im Herbst, der nach dem Sturm einem kahlen Gerüst in einer öden Landschaft ähnelt.

Aber aufgepasst: der Autor ist weder ein Holocaustleugner noch ist er ein Selbsthasser, wie Kritiker von Israels Mainstreampolitikern gerne genannt werden. Über seine Familie schreibt der Autor: „Mein Vater war 1942 in Auschwitz, seine Frau und seine drei Kinder wurden dort umgebracht. Er hat überlebt. Meine Mutter wurde 1942 mit ihren Eltern von Berlin nach Estland deportiert. Sie allein hat überlebt. … 1948 heirateten meine Eltern. Mein Vater wollte wieder Kinder haben, jüdische Kinder." Bewusst, schreibt Rolf Verleger weiter, hätten sich seine Eltern für Deutschland entschieden, wo sein Vater „eigentlich gern" gewohnt habe. Der Autor selbst wurde Psychologe, war bis 2017 Professor an der Universität Lübeck und von 2006 bis 2009 Mitglied im „Zentralrat der Juden in Deutschland". Davon später.

Gleich zu Beginn seines Buches lässt der Autor keinen Zweifel daran, wie er den israelisch-palästinensischen Konflikt sieht. Sozusagen als Antidote zum westlichen, insbesondere deutschen pro-israelischen politischen Glaubensbekenntnis zitiert er den jüdischen Schriftsteller Issac Deutscher (1907 – 1967), der die Verantwortung für den Holocaust bei der westlichen Zivilisation und deren „degeneriertem Nachfolger", dem Nationalsozialismus, sieht. „Doch es waren die Araber",



Foreign Office,
November 2nd, 1917.

Dear Lord Rothschild,

I have much pleasure in conveying to you, on behalf of His Majesty's Government, the following declaration of sympathy with Jewish Zionist aspirations which has been submitted to, and approved by, the Cabinet

His Majesty's Government view with favour the establishment in Palestine of a national home for the Jewish people, and will use their best endeavours to facilitate the achievement of this object, it being clearly understood that nothing shall be done which may prejudice the civil and religious rights of existing non-Jewish communities in Palestine, or the rights and political status enjoyed by Jews in any other country'

I should be grateful if you would bring this declaration to the knowledge of the Zionist Federation.

Bild von Balfour und seine Deklaration, Übersetzung siehe Extra-Kasten unten

schreibt Deutscher im Jahre 1967, „die schließlich den Preis für das Verbrechen zahlen mussten, die der Westen an den Juden begangen hat. Man lässt sie auch heute noch zahlen, denn das Schuldbewusstsein des Westens ist natürlich pro-israelisch und anti-arabisch." Dieses fünfzig Jahre alte Diktum gilt auch noch heute, da gut 2,6 Millionen Palästinenser im Westjordanland und etwa zwei Millionen im Gazastreifen von israelischen Grenzzäunen, Mauern und Kontrollposten eingepfercht leben müssen.

„Verehrter Lord Rothschild,

ich bin sehr erfreut, Ihnen im Namen der Regierung Seiner Majestät die folgende Erklärung der Sympathie mit den jüdisch-zionistischen Bestrebungen übermitteln zu können, die dem Kabinett vorgelegt und gebilligt worden ist:

Die Regierung Seiner Majestät betrachtet mit Wohlwollen die Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina und wird ihr Bestes tun, die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern, wobei, wohlverstanden, nichts geschehen soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte der bestehenden nicht-jüdischen Gemeinschaften in Palästina oder die Rechte und den politischen Status der Juden in anderen Ländern in Frage stellen könnte.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Erklärung zur Kenntnis der Zionistischen Weltorganisation bringen würden.

Ihr ergebener Arthur Balfour"

Rolf Verleger bricht noch ein zweites Tabu, indem er dem viel propagierten „christlich-jüdischen" Kulturraum eine islamisch-jüdische Kultur entgegenstellt – nämlich jene, die der jüdische, im muslimischen Spanien und später in Ägypten beheimatete jüdische Philosoph Moshe Ben Maimon, bekannt als Maimonides (etwa 1135–1204) mit geprägt hat. Wer etwa weiß schon, dass das jüdische Glaubensbekenntnis „Groß ist der lebendige Gott" haarscharf

Free21

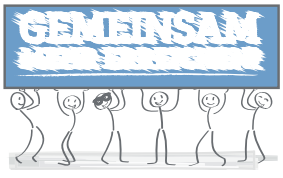
STAMM TISCHE

Du vermisst den direkten **Gedankenaustausch** mit Menschen fernab der sozialen Medien über Themen, die uns alle betreffen? **Werde aktiv!** Gründe einen Stammtisch auch in Deiner Stadt. **Interesse?** Dann schreib an hardy@free21.org

Der Free21-Stammtisch in Karlsruhe:

Im „Stammtisch-Prinzip" treffen sich Free21-Leser und Interessierte im Raum Karlsruhe zum geopolitischen und gesellschaftskritischen Gedankenaustausch. Willkommen sind alle Menschen, die die Vision einer friedlichen und freien Welt haben.

Nächster Stammtisch am 29.01.2018, 19 Uhr in der „Süßen Marie Veganerie" Rüppurrer Straße 106 76137 Karlsruhe

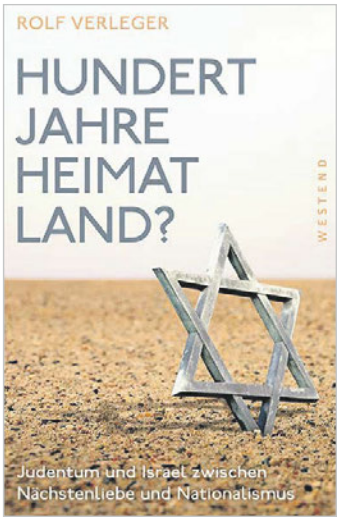


dem muslimischen entspricht, welches lautet „Allahu akbar" – Gott ist groß bzw. Gott ist der Größte.

Die deutsche politische Wirklichkeit ist indessen von Isaac Deutscher und Maimonides weit entfernt. Kleinkrämerischer politischer Opportunismus beherrscht die Szenerie, historische Analysen, wie sie Rolf Verleger bietet, sind nicht erwünscht. Als etwa Rolf Verleger in Berlin eine Laudatio auf den Dirigenten Daniel Barenboim halten sollte und neben anderen prominenten Gästen der damalige Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit eingeladen und, zunächst, zugesagt hatte, warf die jüdische Lobby ihren Public Relations Apparat an und machte Wowereit klar, so vermutet der Autor, was eine Teilnahme an der Preisverleihung für Wowereit und andere mögliche Ersatzleute für ihre „weitere politische Karriere bedeuten würde". Wowereit sagte „aus Termingründen" ab. Dass diese politischen Erpressungsversuche immer wieder stattfinden und, leider, Erfolg haben, beweist der Autor an einer Liste ähnlicher Vorfälle. Der Fall Barenboim ist exemplarisch, denn der weltberühmte Maestro setzt sich mit dem von ihm gegründeten West-Östlichen Diwanorchester, in dem Israelis und Palästinenser zusammen musizieren, für ein friedliches Zusammenleben der beiden Völker ein.

Liest man Rolf Verlegers Ausführungen über den „Zentralrat der Juden in Deutschland", dessen Mitglied er von 2006 bis 2009 war, so kommt man um die Feststellung nicht herum, dass diese Vereinigung nicht recht an einem Ausgleich mit den Palästinensern interessiert ist. Der Rat wurde 1950 gegründet, als noch kaum vorstellbar war, dass es wieder jüdisches Leben in Deutschland geben würde. Daher, vermutlich, der Name „Zentralrat der Juden in Deutschland, eine Formulierung, die, im Gegensatz zur Grundhaltung des Autors, wenig Identifikation mit dem neuen, demokratischen Deutschland erkennen lässt. Inzwischen gibt es glücklicherweise wieder jüdisches Leben in Deutschland, allein in Berlin leben 20 000 Juden mit israelischem Pass. Rolf Verleger ist deshalb der Meinung, dass der Name eigentlich nicht mehr die reale Situation im Lande wiedergebe und plädiert für eine Änderung in „Zentralrat der deutschen jüdischen Gemeinden."

Zum Konflikt zwischen Rolf Verleger und dem Zentralrat kam es, nachdem, wie der Autor schreibt, das Gründungsmitglied Heinz Galinski 1988 wieder Vorsitzender des Zentralrats geworden sei und damit glücklicherweise eine Epoche begonnen habe, in welcher der Zentralrat „eine Rolle als Kontrollinstanz für die Einhaltung der Menschenrechte" übernommen habe (welche er bis zu Galinskis Tod 1992 innehatte). Diese Rolle habe der Zentralrat später aber leider aufgegeben, weil er sich „vorbehaltlos mit der Politik des Staates Israel" identifiziere und so seine Rolle als moralische Instanz" aufgegeben habe. Denn Israels Politik verletze „in vielfältiger Weise die Menschenrechte der palästinensischen Bevölkerung".



Nach diesen eher aktuell-politischen Ausführungen folgen im Buch überaus lesenswerte Kapitel über „Nationalismus und Nächstenliebe in jüdischer Tradition" und über „Das Judentum aus dem Osten und das Empire aus dem Westen" – Ausführungen, die in die berühmt-berüchtigte Balfour-Erklärung von 1917 münden, an deren hundertsten Jahrestag am kommenden 2.November Israelis und Palästinenser in ganz unterschiedlicher Form erinnern werden.

Die historischen Ausführungen des Autors sind von aktueller Bedeutung – etwa dann, wenn er daran erinnert, dass in der Epoche der im Alten Testament beschriebenen Herrschaft der Könige stets Propheten aufgetreten seien, welche gegen eine „blinde Verabsolutierung weltlicher Macht und für Mildtätigkeit und Nächstenliebe zu allen Menschen predigten". Wer würde angesichts dieser historischen Vorlage nicht sofort an die Unterdrückung der Palästinenser durch den von Premier Benjamin Netanjahu so charakterisierten „jüdischen Staat Israel" denken?

Auch eine andere historische Richtigstellung hat einen aktuellen Bezug. Der Begriff von den Juden als „auserwähltem Volk" bedeute nicht, schreibt Rolf Verleger, dass Juden, historisch gesehen, wertvoller seien als „die Äthiopier im Süden, die Philister im Westen, die Syrer im Norden". Auserwählt heiße dagegen vor allem, „sich an das Gesetz Gottes halten zu müssen und die eigenen schlechten Eigenschaften besiegen zu können". Diese Forderung hat, im Übrigen, im später entstandenen muslimischen Konzept des Dschihad ihre Entsprechung, welches in seiner ursprünglichen Bedeutung ebenfalls den Kampf jedes Einzelnen gegen seine eigenen schlechten Charakterzüge beinhaltet.

Sprung in die Gründerzeit Israels, in die Epoche jüdischer Emigration aus dem Zarenreich (dessen jüdischer Bevölkerung der Autor ein überaus lehrreiches Kapitel widmet), Sprung in die historische Zäsur des Zionismus, welche die Region bis heute in Unruhe versetzt. Der frühe Zionist Leo Pinsker (1821-1891), vor allem aber der Wiener jüdische Journalist Theodor Herzl (mit seiner Schrift „Der Judenstaat" von 1896) versuchten, dem allgemeinen europäischen Antisemitismus mit dem jüdischen Nationalkonzept des Zionismus – der Einwanderung möglichst

Publiziert auf Free21 am 23.11.2017, 13:02 Uhr, von Heiko Flottau auf www.nachdenkseiten.de, Lizenz: Lizenz: IQM e.V./Albrecht Müller

Rolf Verleger, Januar 2010. Foto: Justus Nussbaum, CC BY-SA 3.0

vieler Juden nach Palästina – zu begegnen. Beide verdrängten indessen zumindest in der Öffentlichkeit die Tatsache, daß Palästina kein menschenleeres Land war, sondern seit Jahrhunderten von Arabern, Palästinensern, bewohnt wurde. Herzls Konzept war, wie Rolf Verleger zurecht betont, ein durchaus imperialistisches. Er wolle die Finanzen der Türkei regeln, schrieb Herzl, er wolle ein Stück des Walles gegen asiatische Barbarei bauen, der zukünftige jüdische Staat werde ein Vorposten westlicher Kultur im Orient sein . Zu Recht entzaubert Rolf Verleger Theodor Herzl, die Ikone des politischen Zionismus. Vergessen habe dieser, „was das Land seit tausendzweihundert Jahren geprägt" habe – nämlich „die islamische und christliche Bevölkerung und die beiden dem Islam heiligen Moscheen in Jerusalem". Im Übrigen war sich Herzl insgeheim durchaus bewusst, dass Palästina nicht menschenleer war; in seinen Tagebüchern empfiehlt er nämlich nichts anderes als eine ethnische Säuberung des Landes, denn die einheimische Bevölkerung will er außer Landes verbringen, indem er ihr in den „Durchgangsländern" Arbeit verschaffe. Nur: diese Durchgangsländer gab es nicht, es gab nur das zusammenhängende Osmanische Reich, das keineswegs bereit war, ein Stück seines Territoriums abzugeben.

Geflissentlich übersehen hatte Herzl die frühen Proteste gegen ein solches Konzept – vorgetragen etwa von Asher Ginsberg (1856-1927), der unter seinem angenommenen jüdischen Namen Achad haAm nach einem Besuch der frühen jüdischen Siedlungen 1891 gefordert hatte, die Einwanderer müssten den Einheimischen mit Respekt begegnen. Doch das Gegenteil war der Fall. Rolf Verleger zitiert Ahad haAm wie folgt: „Was tun unsere Brüder in Palästina? Knechte waren sie in den Ländern der Diaspora" , in Palästina aber behandelten sie „die Araber mit Feindschaft und Grausamkeit, berauben sie ihrer Rechte, beleidigen sie grundlos und prahlen obendrein mit ihren Taten …"

Doch es war nicht ausschließlich der europäische Antisemitismus, der Menschen wie Theodor Herzl über die Gründung eines „Judenstaates" in Palästina nachdenken ließ. Hinzu kamen die imperialen Interessen Großbritanniens. Antisemitismus wie Imperialismus bündelte der britische Außenminister Lord Balfour vor einhundert Jahren, am 2.November 2017, in einem Brief an den jüdischen Bankier Lord Rothschild. Die Regierung Seiner Majestät betrachte die „Einrichtung eines nationalen Heims in Palästina für das jüdische Volk mit Wohlwollen". Dabei sollten, selbstverständlich, die Rechte der einheimischen Bevölkerung nicht verletzt werden.

Der verborgene Antisemitismus in dieser Erklärung: seit 1905 waren, wie der Autor berichtet, über 100 000 jüdische Flüchtlinge aus dem Zarenreich nach England gekommen, durch diese Zuwanderung und durch die natürliche Geburtenrate sei die jüdische Einwohnerzahl bis 1919 auf 250 000 gestiegen. Gegen diese Immigration habe sich bereits 1902 die britische „Brothers League" gebildet, welche den Slogan „England for the English" verkündet habe.

Der Imperialismus in der Balfour-Erklärung: Großbritannien hatte sich 1882 in Ägypten festgesetzt, hatte die Aktienmehrheit des Suezkanals von Frankreich erworben, hatte die arabischen Golfemirate von Kuwait bis Oman unter seiner Kontrolle und wollte dieses koloniale Besitztum entlang des Persischen Golfes nun durch einen weiteren Posten in Palästina sichern – vor allem auch, um den Zugang zu seinem indischen Kolonialreich zu schützen. Zudem hatten Großbritannien und Frankreich 1916 in dem von Mark Sykes und Francois Georges-Picot ausgehandelten Geheimabkommen in Hinblick auf die bevorstehende Niederlage des Osmanischen Reiches das gesamte territoriale Erbe des Vielvölkerstaates unter sich aufgeteilt. In diesem Erbe war Palästina jener Landstrich, in den Großbritannien die aus dem Zarenreich eingewanderten Juden verbringen wollte.

Indessen, im Kabinett von Premier David Lloyd George , in welchem 1917 Lord Balfour Außenminister war, gab es auch Edwin Samuel Montagu, zur Zeit der Balfour-Erklärung Staatssekretär für Indien. Der jüdische Politiker hatte ein feines Gespür dafür, was Antisemitismus bedeutete. In einem Memorandum, welches Autor Rolf Verleger ausführlich zitiert, wandte sich Montagu gegen die Balfour-Erklärung. „Ich möchte zu Protokoll geben", heißt es da, „dass die Politik der Regierung Seiner Majestät antisemitisch ist…" Zur Begründung schrieb Montagu: „Wenn man den Juden sagt, ihre Heimat sei Palästina, dann wird sofort jedes Land danach trachten, seine jüdischen Bürger loszuwerden" Er, Montagu, lehne einen Beschluss ab, der aus allen jüdischen Mitbürgern „Fremde und Ausländer per Implikation" mache.

Schließlich, zur Gegenwart, die deutsche Staatsraison, welche die Sicherheit Israels, von Angela Merkel immer wieder beschworen, zu garantieren habe. Rolf Verleger sieht das, gelinde gesagt, etwas anders. „Da Israel", schreibt der Autor zum Schluss, „gezielt und geplant durch Vertreibung und Landraub an der arabischen Bevölkerung entstanden ist (Kapitel 14), sind nun auch Vertreibung und Landraub deutsche Staatsraison. Das ist grotesk." Und der Holocaust ? Verleger argumentiert, dass eine arabische Familie, die etwa in Haifa seit Hunderten Jahren gewohnt habe und 1948 von den Zionisten vertrieben worden sei, nicht für den Judenmord der Nationalsozialisten zur Rechenschaft zu ziehen sei.

Anmerkung des Rezensenten: Vielleicht trifft die jüdische Philosophin Hannah Arendt (1906-1975) mit ihrem Diktum aus den ersten Nachkriegsjahren am besten die Situation. Arendt, eigentlich dem Zionismus nicht abgeneigt, argumentierte, dass ein rein jüdischer Staat mit den Interessen der Palästinenser nicht zu vereinbaren sei. Vielmehr müsse man an eine Föderation von Juden und Arabern denken. Igle sich aber ein neuer Judenstaat im Nahen Osten ein und mache sich durch eine solche Haltung die Araber endgültig zu Feinden, so werde Israel stets in einer „Wagenburgmentalität" leben.

Prophetische Worte, bis auf den heutigen Tag.

Quellen:

Rolf Verleger: „Hundert Jahre Heimatland? Judentum und Israel zwischen Nächstenliebe und Nationalismus." 255 S., Westend Verlag Frankfurt a.M. Oktober 2017: *<https://www.westendverlag.de/buch/hundert-jahre-heimatland/>*

Autor:

Heiko Flottau

war von 1985 bis 1992 und von 1996 bis 2004 Nahostkorrespondent der Süddeutschen Zeitung, mit Sitz in Kairo, von 2005 bis 2009 freier Journalist in Kairo. Foto von Ridvan Yumlu-Schiessl/Flickr, Lizenz CC BY 2.0

Dieser Text wurde zuerst am 6.10.2017 auf www.nachdenkseiten.de unter der URL ‹http://www.nachdenkseiten.de/?p=40448#more-40448› veröffentlicht. Lizenz: Lizenz: IQM e.V./Albrecht Müller

‹http://www.free21.org/?p=28440›

Die **Paradise Papers** sind ein weiteres Beispiel für die Erosion der Demokratie

„Zur Hölle mit den Reichen!“ [1] – so betitelte gestern [6.11.2017] der bis in die Haarspitzen echauffierte Verleger Jakob Augstein seine wöchentliche Kolumne bei SPIEGEL Online. „Gut gebrüllt, Löwe“, mag man ihm da entgegnen. Doch das eigentliche Problem liegt tiefer. Auch wenn eine personalisierte Kritik an „den Reichen“ sicher emotional verständlich ist, so führt diese Debatte doch in eine Sackgasse. Bei all der Aufregung sehen wir offenbar den Wald vor lauter Bäumen nicht. Daher sollten wir anfangen, unseren Blick neu zu fokussieren.

von Jens Berger

(Foto: Pixabay, CCo)

Die populäre Sichtweise sieht in etwa folgendermaßen aus: Es gibt einige, wenige skrupellose Superreiche, die mit Hilfe dubioser Kanzleien und Beratungsfirmen ihre Ersparnisse in sogenannten Steueroasen verstecken. Dabei werden „Schlupflöcher“ genutzt und Gesetze clever „umgangen“. Nun sei es an der Politik, diese Schlupflöcher zu schließen und Umgehungsmöglichkeiten zu verhindern. Wäre dies eine Fabel, so wären wir die weißen und die Reichen die schwarzen Schafe, während die Politik sich als ehrenwerter Schäfer darum kümmert, dass es der gesamten Herde gut geht. Welch´ schönes, welch´ naives Bild.

Die reale Fabel unserer Welt sieht eher folgendermaßen aus: Wir sind nach wie vor die Herde und die Politik nimmt nach wie vor die Rolle des Schäfers ein; sie ist jedoch ein vom Wolf eingesetzter Schäfer, dem es nicht um das Wohl der Herde, sondern um das Wohl des Wolfes geht. Jakob Augstein beschwert sich darüber, dass die Gesetze „für die Reichen“ gemacht wurden. Doch das ist sogar eine Verharmlosung. Die Gesetze werden nicht für, sondern von den Reichen gemacht. Die internationalen Steuergesetze sind ein schönes Beispiel dafür.

Auch wenn sich die Bilder des greisen, 2016 verstorbenen Curt Engelhorns oder des FDP-Großspenders [2] Paul Gauselmann emotional sicher gut eignen, um Steuerumgehung ein greifbares Gesicht zu verleihen, so sind die beiden prominenten Paradise-Papers-Namen doch eher Randerscheinungen. In der Mitte des Geschehens befinden sich internationale Großkonzerne, die nicht nur mit Hilfe von Steueroasen, sondern auch und vor allem mit tatkräftiger Unterstützung der EU und der USA ihre Steuerlast minimieren. Und das nicht illegal, sondern vollkommen legal. Denn die Gesetze wurden ja eben nicht für sie, sondern von ihnen gemacht.

Um zu verstehen, um was es konkret geht, ein kleines Beispiel, wie auch Sie ein Steuerprofi werden können. Sie sind Arzt und betreiben Ihre Praxis in einem Gebäude, das Ihnen gehört? Wunderbar. Gründen Sie eine Briefkastenfirma auf den Bermudas, vermieten Sie Ihr Haus für einen sehr niedrigen Mietzins an diese Briefkastenfirma, die dann die Praxis zu einem sehr hohen Mietzins an Sie als Arzt weitervermietet. Ihre Gewinne entstehen nun zu einem großen Teil nicht mehr in Deutschland, wo sie versteuert werden müssen, sondern auf den steuerfreien Bermudas. Willkommen im Klub der Cleveren.

Die Realität ist natürlich um einiges facettenreicher und komplizierter als dieses einfache Modell. Und wenn man bedenkt, dass bereits die Gründung einer Briefkastenfirma mit einem Notar als eingesetzten Treuhänder eine fünfstellige Summe kostet, wird schnell klar, dass diese Modelle doch eher etwas für den millionenschweren Schönheitschirurgen aus Blankenese als für den Landarzt aus Eutin sind. Aber im Kern geht es genau darum – Gewinne dort entstehen zu lassen, wo die Steuern am niedrigsten sind. Nun könnte man ja naiv denken, dass der Staat diese Steuerpraxis doch ganz einfach beenden könnte. Natürlich könnte er das. Wenn das Finanzamt beispielsweise Rechnungen aus Ländern wie den Bermudas, die sich nicht an allgemein akzeptierte Regeln halten, nicht mehr anerkennen würde, würde dieses Modell schnell kollabieren.

Doch so einfach ist die Sache natürlich nicht. Seit 2009 gibt es laut OECD gar keine Steueroasen mehr [3] – nach der Streichung von Liechtenstein, Andorra und Monaco von der schwarzen Liste erfüllen alle Staaten der Welt die Anforderungen der OECD. Ist es dann nicht seltsam, dass jährlich neue Leaks an die Öffentlichkeit kommen? Nein. Denn – und das steht auch im „Kleingedruckten“

Publiziert auf Free21 am 22.11.2017, 21:15 Uhr. Von Jens Berger auf ‹www.nachdenkseiten.de›. Lizenz: IQM e.V./Albrecht Müller

Free21

Das Magazin als Druck-Abo:

Erscheinung jeden 2. Monat

10 Magazine pro Abonnent und Ausgabe

10,-/Ausgabe

free21abo.de

zu den allermeisten Artikeln über die Paradise Papers – es geht bei den Enthüllungen ja nicht um illegale Praktiken. Es ist viel schlimmer. Es geht um legale Praktiken; Steuerumgehungsmodelle, die von unseren Repräsentanten in Berlin verabschiedet und höchstwahrscheinlich von Kanzleien und Beratungsunternehmen im Auftrag finanzkräftiger Akteure diktiert wurden.

Selbst die Bermudas sind nur eine schillernde Randerscheinung im großen Spiel. Mitten innerhalb der EU gibt es mit Luxemburg, Malta, Irland, Zypern und den Niederlanden gleich fünf Staaten, die mit fragwürdigen Steuergesetzgebungen die groß angelegte Umgehung von Steuern ermöglichen. Deutschland steht auf Platz 8 des Schattenfinanzindexes von Tax Justice [4] und wenn wir über exotische Steueroasen wie die Caymans, Jersey, Guernsey oder die Bermudas sprechen, dann sprechen wir nicht über souveräne Staaten, sondern über Kronkolonien und Überseegebiete des Vereinigten Königreichs von Großbritannien. Die wohl größte Steueroase der Welt ist Delaware, ein kleiner Bundesstaat mitten im Herzen der USA. Die Steuerumgehung ist kein Teufelswerk exotischer Inselstaaten, sondern von unseren repräsentativen Vertretern legitimiert.

Wenn Apple, Facebook, Google, Amazon und Co. global fast keine Steuern zahlen und selbst deutsche Industriegiganten wie VW oder Siemens sich ihre Steuerlast mit Hilfe von legalen Umgehungsmodellen kleinrechnen, die sowohl innerhalb der EU in den Niederlanden und Luxemburg, als auch in Inselstaaten wie den Bermudas zugelassen sind, so sind daran nicht die Unternehmen, sondern die Politik schuld. Würde der Finanzchef von VW ein legales Steuerminimierungsmodell nicht nutzen und „freiwillig“ höhere Steuern zahlen und damit die Gewinne der Konzerns schmälern, würde er sich sogar möglicherweise der Untreue strafbar machen, da er zum Schaden der Konzerneigner handelt. Auch wenn das nicht sonderlich populär sein dürfte – Unternehmen sind hier in einem Zielkonflikt. Es ist nicht die Aufgabe von Großkonzernen, artig Steuern zu zahlen und das Gemeinwesen zu stärken, sondern Gewinne zu erzielen und den Unternehmenswert zu mehren. An die Unternehmen für mehr „Steuerehrlichkeit“ zu appellieren, ist ungefähr so sinnvoll, wie einem Wolf eine vegane Ernährungsweise schmackhaft zu machen. Daher muss auch der Staat dafür sorgen, dass es zu einem optimalen Ausgleich der Interessen zwischen Unternehmensbesitzern und der Allgemeinheit kommt; eine Schäferrolle, der die Politik in unserer repräsentativen Demokratie jedoch nicht nachkommt. Und dies ist das Kernproblem.

Erst wenn wir dieses Problem verstanden und verarbeitet haben, lohnt es sich, ernsthaft über mögliche Folgen aus den unzähligen Leaks und Papers zu diskutieren. Es ist ja nicht so, dass es keine besseren Ansätze geben würde. So wäre der EU-Vorschlag, international agierende Unternehmen nicht mehr nach den ausgewiesenen nationalen Unternehmensergebnissen, sondern nach den nationalen Umsätzen zu besteuern, ein echter Durchbruch. Und auf den ersten Blick tut sich auf diesem Gebiet ja auch etwas. So haben die Finanzminister von Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien ein gemeinsames Papier [5] aufgesetzt, in dem sie ein solches Steuermodell für die „digitale Wirtschaft“ ankündigen. Doch der Teufel steckt hier mal wieder im Detail. Der Vorstoß der „großen Vier“ zielt auf eine EU-Gesetzesänderung, bei der jedes EU-Mitglied de facto ein Vetorecht hat und hat damit ohnehin nicht die geringste Chance, irgendwann einmal umgesetzt zu werden. Eine alternative Herangehensweise, bei der es keine nationalen Vetorechte gäbe, wurde wohlweislich vermieden. So ist das nun einmal in einer repräsentativen Elitendemokratie, in der die Repräsentanten offenbar nur darauf aus sind, die „verwirrte Herde auf Kurs zu halten“.

Empfehlung:

Vortrag von Prof. Rainer Maisfeld beim Pleisweiler Gespräch Oktober 2017: *<http://www.nachdenkseiten.de/?p=40899>*

Quellen:

[1] *<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/paradise-papers-zurhoelle-mit-den-reichen-kolumnea-1176640.html>*

[2] *<https://www.lobbycontrol.de/2012/09/gauselmann-raumtzahlungen-an-die-fdp-ein/>*

[3] *<http://www.oecd.org/countries/monaco/listofuncooperativetaxhavens.htm>*

[4] *<https://de.wikipedia.org/wiki/Schattenfinanzindex#Der_Index>*

[5] *<http://www.politico.eu/wp-content/uploads/2017/09/170907-joint-initiative-digital-taxation-signed-letter-by-4-ministers-1.pdf?utm_source=POLITICO.EU&utm_campaign=f4c9a1a0d0-EMAIL_CAMPAIGN_2017_09_11&utm_medium=email&utm_term=0_10959edeb5-f4c9a1a0d0-189850929>*

Autor:

Jens Berger

ist freier Journalist, Wirtschaftsexperte und politischer Blogger der ersten Stunde. Als Redakteur der NachDenkSeiten und Herausgeber des Blogs Der Spiegelfechter schreibt er regelmäßig zu sozial-, wirtschafts- und finanzpolitischen Themen.

Dieser Text wurde zuerst am 7.11.2017 auf www.nachdenkseiten.de unter der URL ‹http://www.nachdenkseiten.de/?p=40943› veröffentlicht. Lizenz: IQM e.V./Albrecht Müller

‹http://www.free21.org/?p=28415›

Varianten des Kapitalismus

Ein Vergleich des westlichen mit dem chinesischen Kapitalismus.

von Werner Rügemer

Bekanntlich bleibt der Kapitalismus nie derselbe. In den USA entwickelte sich der Kapitalismus in der Phase der ursprünglichen Akkumulation mit der Sklavenwirtschaft, danach mit der industriellen Ausbeutung der Arbeitskraft. Nach dem Ostküsten-Kapitalismus des 19. Jahrhunderts – mit Gewerkschaften – entwickelte sich seit dem 2. Weltkrieg der High-Tech-Westküsten-Kapitalismus in Kalifornien/Silicon Valley – ohne Gewerkschaften. In (West-)Deutschland folgte nach dem faschistischen der „rheinische" und danach der neoliberale Kapitalismus.

Der Kapitalismus kann auch religiös scheinbar ganz unterschiedlich eingekleidet werden, so gibt es etwa den christlichen, den islamistischen (wahabitischen, sunnitischen …) und den zionistischen Kapitalismus. Der größte Unterschied zu diesen Varianten des Kapitalismus besteht jedoch aus einer Kombination, die man die längste Zeit für unmöglich gehalten hätte: Kommunistischer Kapitalismus, wie er sich seit den 1980er Jahren in der Volksrepublik China entwickelt. [1]

I. Der westliche Kapitalismus

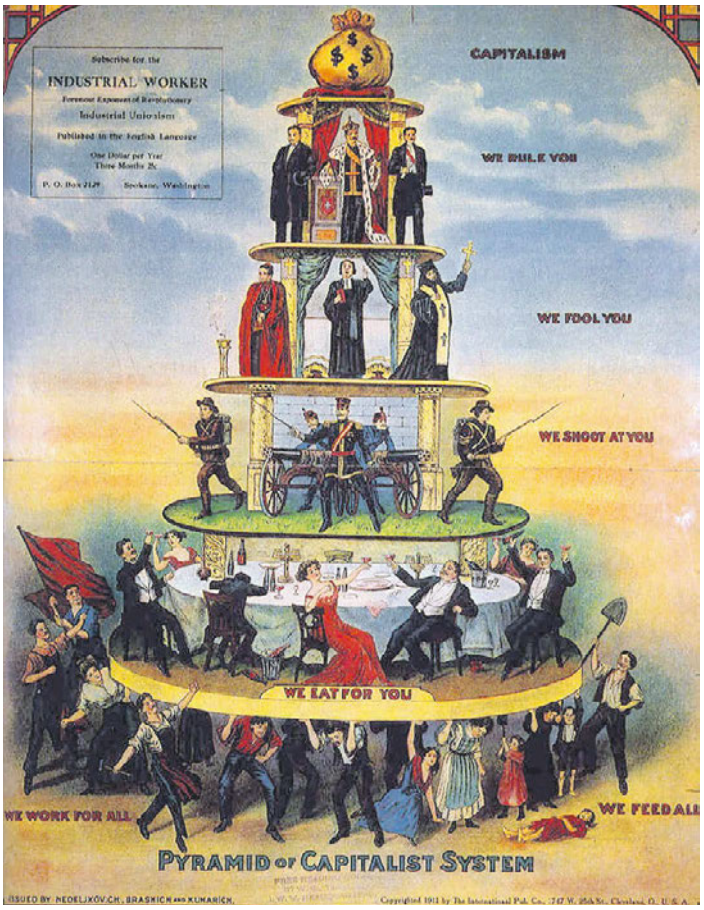
Bevor wir genauer auf den Kapitalismus in China eingehen, soll der westliche Kapitalismus kurz mit wichtigen Merkmalen skizziert werden. Dabei ist vor allem die immer noch führende Variante des US-Kapitalismus zu berücksichtigen. Sie führt immer noch, auch wenn an ihr viel liberale Kritik geübt wird, etwa wenn die deutsche Bundeskanzlerin Merkel ebenso wie die Europäische Kommission am US-Präsidenten Donald Trump herummäkeln, sich aber in allen wichtigen Fragen (Militär, Geheimdienste, Investitionen, Beratermandate) der US-Führung unterwerfen.

US-Führung im westlichen Kapitalismus

Jedes globale kapitalistische System ist hierarchisch geordnet. Im westlichen Kapitalismus führen die USA. In der Ebene darunter führt die Bundesrepublik die anderen EU-Staaten, unter denen ebenfalls weitere Über- und Unterordnung herrscht.

Insgesamt aber: Das kapitalistische Eigentum von US-Berechtigten in 180 Staaten der Erde, mit Schwerpunkten in den USA und Westeuropa (dort insbesondere in Großbritannien und Deutschland), ist immer noch ungleich größer als jedes andere national zu verortende kapitalistische Privateigentum. Die größten Kapitalorganisatoren der neuen Generation, die mächtiger sind als die immer noch öffentlich im Fokus stehenden Banken, also Blackrock, Vanguard, State Street usw. sind in US-Hand. Auch bei den globalen Kapitalorganisatoren der zweiten Liga (Private Equity-Investoren, „Heuschrecken") dominieren mit Blackstone, KKR, Carlyle u. Ä. solche mit Hauptstandort USA.

Ähnliches gilt für die zivilen Privatarmeen des US-Kapitalismus: Die Big Three der Rating-Agenturen (Standard & Poor's, Moody's, Fitch), die Big Four der Wirtschaftsprüfungsunternehmen (Price Waterhouse Coopers, Ernst & Young, KPMG, Deloitte), die das globale Kapitalrecht beherrschenden US-Wirtschaftskanzleien (Freshfields, White & Case, Baker McKenzie …), die Big Ten der Unternehmensberater (McKinsey, Bain …), die Big Five der PR-Agenturen (Hill & Knowlton, Marsteller …), die Presseagenturen, die populistische und populäre Massen-Kultur.



Pyramide des kapitalistischen Systems. Eine Publikation des Industrial Worker (IWW-Zeitung) von 1911, die für die Organisation der Arbeiter wirbt. Sie zeigt eine der Kritiken am Kapitalismus. (Lizenz: gemeinfrei)

Foto: Pixabay, CCo

Anspruch auf fremde Territorien

Der westliche Kapitalismus entstand mit dem Anspruch der Weltbeherrschung. Die einzelnen kapitalistischen Mächte – England, Frankreich, Belgien, Niederlande, Portugal, Spanien – eroberten Kolonien und beuteten sie aus. Am direktesten taten dies und tun dies weiter die USA: Sie haben seit Beginn kein Außenministerium, sondern nur ein State Department. Das ist der institutionelle Ausdruck dafür, dass der Staat Anspruch auf alles umgebende Territorium hat. So erfolgte die schrittweise, neokoloniale Eroberung zunächst des nordamerikanischen, dann des mittelamerikanischen, des karibischen Territoriums, dann darüber hinausgreifend der Philippinen usw. Wenn die USA irgendwo in der Welt eingreifen – durch Investitionen, Militär, Geheimdienste, Berater –, dann tun sie das im nationalen Interesse, also z. B. nicht, um der von ihnen gegründeten Bundesrepublik Deutschland etwas Gutes zu tun, sondern um diesen Staat als gewogenen Eckpfeiler ihrer Europapolitik zu nutzen.

Publiziert auf Free21 am 16.11.2017, 11:42 Uhr, von Werner Rügemer auf www.nachdenkseiten.de, Lizenz: IQM e.V./Albrecht Müller

Militärische Begleitung

Das westliche Kapitalismus-Modell besteht nicht einfach darin, auch im Ausland zu investieren („Globalisierung“). Die Investitionen werden zwar auch durch zivile Verträge und Handelsbeziehungen (z. B. Freihandelsverträge) abzusichern versucht. Dafür werden auch internationale Gremien und Organisationen gegründet (Weltbank, IWF, Bank for International Settlements, WTO, Europäische Kommission). Das wird aber prinzipiell nicht als ausreichend angesehen. Vielmehr werden die Investitionen und Verträge letztlich auch militärisch, geheimdienstlich und medial abgesichert, notfalls durch militärische Interventionen und durch unterschiedliche Formen von Kriegen. Das US-Kapital und die über die NATO eingebundenen West-Kapitaldemokratien verfügen über eine unvergleichlich mächtige militärische Begleitmacht, die sich u. a. in etwa 1.000 Militärstützpunkten rund um den Globus manifestiert – kein anderer Kapitalismus hat auch nur entfernt etwas Vergleichbares. Ähnliches gilt für die begleitende und unterstützende Geheimdienstmacht (ein Dutzend US-Geheimdienste, das die Geheimdienste der „befreundeten“ Staaten mehr oder weniger führt bzw. einbezieht), die zugleich über die am meisten entwickelten technologischen Möglichkeiten verfügt.

Kriege als verselbstständigtes Geschäftsfeld

Inzwischen – seit Vietnam – müssen US- und westliche Kriege nicht mehr unbedingt gewonnen werden, sondern sind, verbunden mit der militärisch relevanten Industrie, ein eigenes Geschäftsfeld: Es ist umso lukrativer, je länger sich militärische Auseinandersetzungen ungelöst in die Länge ziehen. Damit hängt auch die Privatisierung des Militärs und der militärischen Dienstleistungen zusammen (Privatarmeen, privatisierte Militärlogistik, an Privatfirmen ausgelagerte Geheimdienstleistungen, private Sicherheitsberatung).

Waffenhandel – ein boomender Geschäftszweig – Gewehr AG36 (Foto: KrisfromGermany, gemeinfrei)

Pervertierte Menschenrechte

Mit der US-Unabhängigkeitserklärung und mit der US-Verfassung (mit dem Recht auf Verfolgung des individuellen Glücks) wurde das Recht auf Sklavenhaltung und Arbeiterausbeutung beibehalten. Das galt zunächst auch für die europäischen Demokratien wie England und Frankreich, die in den Metropolen Elemente der Demokratie einführten. [2] Dieses Recht auf Ausbeutung der Arbeitskraft wurde in der Zwischenzeit lediglich modernisiert, z.T. menschenrechtlich angenähert (Anerkennung von Gewerkschaften und Arbeitsrechten). Dies gilt weiter gehend für die ehemaligen kapitalistischen Kolonialmächte in Europa.

Der westliche Kapitalismus legitimiert sich seit der „Globalisierung“ zunehmend mit „den Menschenrechten“. Gleichzeitig werden aber die Menschenrechte pervertiert. Die Sozial- und Arbeitsrechte gelten so gut wie nichts mehr, werden gar nicht mehr erwähnt. Es gelten nur noch ganz wenige, selektierte Rechte wie „freie Meinung“, „Versammlungsfreiheit“, „freie Wahl des Geschlechts“. Von den etwa 190 Arbeitsrechten, die von der Unterorganisation der UNO, der Internationalen Arbeitsorganisation ILO, beschlossen wurden, haben die USA nur 11 anerkannt, und dabei nicht die wichtigsten. Aber auch die EU-Staaten wie Deutschland, die etwa 85 Arbeitsrechte anerkannt haben, bringen in die öffentliche und internationale Auseinandersetzung – etwa gegen die Hauptfeinde Russland und China – nicht die Sozial- und Arbeitsrechte ein, sondern die paar ausgewählten Rechte, die oben genannt wurden.

Im Inneren des westlichen Kapitalismus werden die Sozial- und Arbeitsrechte, die auf den Allgemeinen Menschenrechten der UNO beruhen, immer weniger anerkannt, im Gegenteil: Der unterschiedlichen Verarmung der verschiedenen sozialen Klassen, Schichten, Regionen und Ethnien steht die galoppierende Selbstbereicherung der vor allem transatlantischen, kapitalistischen Privateigentümer und geförderten Oligarchen gegenüber.

Pervertiertes Völkerrecht

Ähnliches gilt für das Völkerrecht. Das UNO-Prinzip, dass jeder Staat gleichberechtigt ist und dass sich dies in den Beziehungen zwischen den Staaten ausdrücken muss, wird vom westlichen Kapitalismus in der Praxis unterlaufen. Insbesondere die USA haben ihren Anspruch als übergeordnete und sogar einzige Weltordnungsmacht nicht aufgegeben.

II. Der kommunistisch geführte Kapitalismus in China

Während in der US-amerikanischen „Revolution“ die feudalen und beginnenden kapitalistischen Verhältnisse beibehalten wurden, wurden durch die von Mao Tse Tungs kommunistischer Partei geführte Revolution die feudal-kapitalistischen Verhältnisse Chinas abgeschafft. Es galt das sozialistische Eigentum.

Änderung der Eigentumsverhältnisse

Damit wurden die Voraussetzungen geschaffen, um die jahrtausendealte Verarmung der vorrangig ländlichen Bevölkerung zu überwinden. In den 1970er Jahren sah die KP-Führung um Deng Xiao Ping ein, dass diese Errungenschaft nur gehalten werden kann, wenn kapitalistische Elemente in die Volkswirtschaft eingeführt werden. Bei dieser Einsicht spielte der absehbare Niedergang der Sowjetunion und der nach ihrem Muster angelegten sozialistischen Staaten eine wesentliche Rolle.

Diese „gemischte“ Wirtschaft aus privaten und staatlichen Unternehmen wird übergreifend, sowohl national wie international, durch die kommunistische Partei gelenkt, so jedenfalls der Anspruch, um die Volkswirtschaft insgesamt voranzubringen.

Internationale Arbeitsorganisation ILO (Grafik: Denelson83, CC BY-SA 3.0)

Keine militärische Begleitung

Die Internationalisierung der chinesischen Investitionen findet ohne militärische Begleitung statt. China unterhält keine Militärstützpunkte außerhalb des eigenen Territoriums. Dies beruht auf einer Tradition, die nicht erst von der kommunistischen Bewegung erfunden wurde. Die im Mittelalter errichtete Chinesische Mauer ist der Ausdruck dafür, dass China nicht andere Territorien angreifen, sondern das eigene Territorium schützen will.

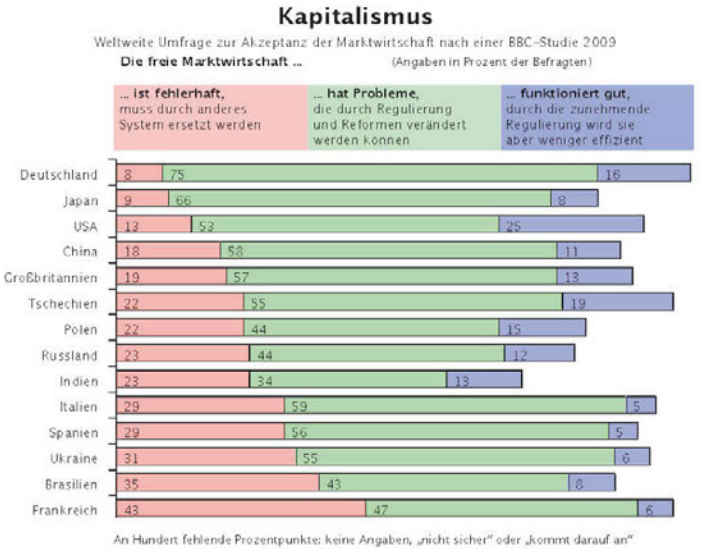
Die in den letzten Jahren verstärkte Aufrüstung wurde verursacht durch die Aufrüstung insbesondere der USA gegen China. Mit dem wirtschaftlichen Aufstieg Chinas spätestens seit etwa 2000 erklärten die USA China nicht nur zum Konkurrenten, sondern zum Systemfeind. Die konkrete Aufrüstung zu Lande, zu Wasser und in der Luft und die Entfachung militärischer Konflikte – mithilfe insbesondere der US-Vasallen Japan und Taiwan – begann unter US-Präsident Obama und wird unter Trump verschärft fortgeführt.

Langfristige Struktur-Investitionen

Im Unterschied zur kurzfristigen Gewinnerwirtschaftung bei westlichen Investitionen auch im Ausland setzen chinesische Investoren auf langfristige Infrastruktur-Investitionen (Bahnen, Häfen) und auf Erwerb von langfristig nutzbaren Unternehmen, um die eigene Wirtschaft zu differenzieren und zu komplettieren. Dazu gehören multinationale und transkontinentale Infrastrukturprojekte wie die „Neue Seidenstraße“ von der chinesischen Ostküste über Russland bis nach Duisburg in Deutschland.

Internationale Gleichberechtigung

Mit anderen Staaten werden neue Organisationen der Gleichberechtigung aufgebaut, etwa mit vergleichbaren Entwicklungsstaaten wie Brasilien, Indien, Russland, Südafrika (BRICS). Dazu werden



Kapitalismus-Umfrage der BBC von 2009 (Grafik: Ökologix, gemeinfrei)

auch internationale Institutionen aufgebaut, die die untergeordnete Rolle in den bisherigen, US- und westlich dominierten Institutionen wie Weltbank/IWF aufheben sollen: eigene Entwicklungsbank, eigene Ratingagenturen. Entgegen der Strategie der „einzigen Supermacht“ der USA und des US-geführten Westkapitalismus verfolgt die chinesische Partei- und Staatsführung den Aufbau einer multipolaren Weltordnung. [3]

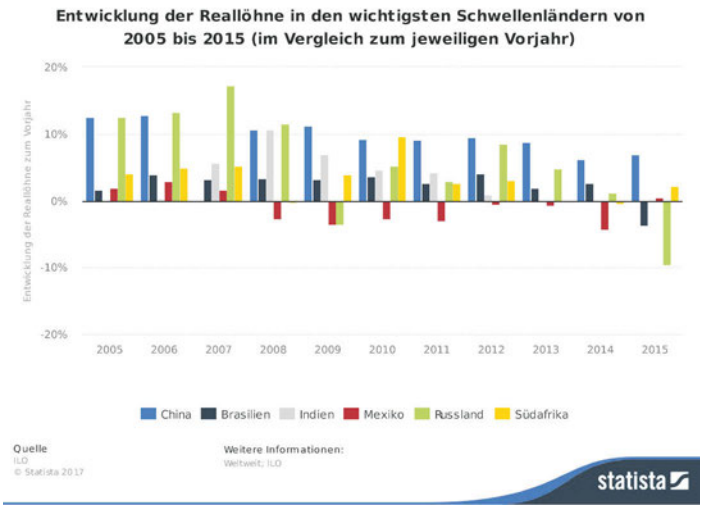
Staatliche Lenkung und Korruptionsbekämpfung

Der von der Kommunistischen Partei gelenkte Staat, der zudem nach Provinzen mit deren eigenen Kompetenzen untergliedert ist, koordiniert z.B. Wohnungsbau, Abbau von Überkapazitäten (Stahl), Arbeitsmigration, Arbeitsrechte, Finanzaufsicht.

Dazu gehört eine personalintensive Bekämpfung der Korruption: Man weiß, dass mit der Freigabe kapitalistischer Energien auch die Kriminalität und Korruption wachsen. Selbst höchste Partei- und Unternehmensfunktionäre werden verurteilt, abgesetzt, ins Gefängnis gesteckt. [4]

Innovationspotential

Aufgrund der nachholenden industriellen Entwicklung ist das technologische Innovationspotential der chinesischen Volkswirtschaft ungleich höher als im Westkapitalismus. China hat beispielsweise keine eigene hundertjährige Tradition des Baus von benzingetriebenen Motoren, etwa für Autos und Schiffe. Deshalb können Solarenergie und Elektroantriebe sehr viel schneller und flächendeckend eingeführt werden. [5] Der Ersatz der traditionellen Energiegewinnung aus Kohle ist allerdings langwierig.



Einkommenssteigerung für alle

China ist der einzige Staat der Erde, in dem das Einkommen und der Lebensstandard und die Rechte aller Klassen und Schichten wachsen, und zwar nachhaltig über Jahrzehnte, für Milliardäre, Millionäre, Mittelstand, Arme und Ärmste, auch z. B. für die Wanderarbeiter.

700 Millionen Arme und Ärmste wurden und werden schrittweise aus ländlicher Unterentwicklung befreit. Die durchschnittlichen Stundenlöhne chinesischer Arbeiter haben sich zwischen 2006 und 2016 inflationsbereinigt verdreifacht, von 1,20 auf 3,60 Dollar. Damit hat China andere „Schwellenländer“, die nicht kommunistisch regiert werden, überholt: Mexiko (2,10 Dollar), Thailand (2,20), Brasilien (2,70) und Indien (0,70). In derselben Zeit stagnierten oder fielen die Lohneinkommen in den westlichen Kapitalismen. [6] Westliche Unternehmen, die bisherige Niedriglöhne in China ausnutzten, wandern in andere, v. a. westlich geprägte Staaten und Territorien ab.

Arbeits- und Sozialrechte

China ist der einzige Staat, in dem die Zahl der voll Sozialversicherten (Rente, Krankheit) nachhaltig steigt. Mit 1,3 Milliarden Krankenversicherten ist fast die gesamte Bevölkerung erfasst, bei Renten sind es 870 Millionen. [7]

Die Mindestlöhne werden durch die Provinzregierungen stetig angehoben und sind inzwischen höher als in den neuen EU-Mitgliedstaaten der Peripherie. Wegen der gestiegenen Lohneinkommen

Publiziert auf Free21 am 16.11.2017, 11:42 Uhr, von Werner Rügemer auf www.nachdenkseiten.de, Lizenz: IQM e.V./Albrecht Müller

fördert der Staat die schrittweise Einführung der Viereinhalb-Tage-Woche bei gleichbleibendem Lohn: Gleichzeitig wird dafür der innerchinesische Tourismus gefördert. [8]

Die Gewerkschaften verstehen sich nicht als direkte Vertretung der Beschäftigten, sondern als Teil des Staates. Streiks sind meist spontan, viele gewerkschaftsähnliche Zusammenschlüsse sind nicht legalisiert. Inzwischen ist aber China das streikfreudigste Land der Erde. [9] Zahlreiche Streiks, die früher auch polizeilich verfolgt wurden, führen in der Regel zu Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und zu Lohnerhöhungen.

Die Arbeitsrechte wurden mit dem Arbeitsvertragsgesetz von 2007 nach klassisch-westeuropäischen und ILO-Standards kodifiziert, wobei die Strafen für Unternehmer bei Verletzung von Arbeitsrechten wesentlich schärfer sind als etwa in Deutschland. [10]

III. Chinesische Investoren in Deutschland

Wirtschaftsminister Gabriel hatte schon die Genehmigung erteilt, dass der chinesische Konzern Fujian Grand Chip Investment (FGC) die deutsche Technologiefirma Aixtron kaufen kann. Die Aixtron-Aktionäre hatten mehrheitlich zugestimmt, ebenso Geschäftsführung, Aufsichtsrat und Betriebsrat. Doch US-Geheimdienste intervenierten: Die Nationale Sicherheit der USA sei gefährdet, wegen der Aixtron-Filiale mit 100 Beschäftigten in Kalifornien. Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel zog die schon erteilte Genehmigung zurück. US-Präsident Barack Obama verbot im Dezember 2016 den Verkauf endgültig. Grundlage ist das Defense Production-Gesetz von 1950, das die zivile und militärische Produktion für den Koreakrieg sichern sollte.

Die 750 Beschäftigten im nordrhein-westfälischen Herzogenrath produzieren Anlagen für die Chip-Herstellung. Seit Jahren schreibt die Firma rote Zahlen. Die Arbeitsplätze sind bedroht. Die chinesische Übernahme wäre die Rettung gewesen. Nach dem Verkaufsverbot stürzte die Aktie ab. Der Verkauf von Beteiligungen soll Geld in die Kasse bringen. Firmenchef Martin Goetzeler bettelt nun um Hilfen bei der Bundesregierung. [11]

Die Deutsche Schutzgemeinschaft für Wertpapiere (DSW) kritisierte Gabriel als „Erfüllungsgehilfen von US-Wirtschaftsinteressen“. Das gilt nicht nur im Fall Aixtron. Bundesregierung und Europäische Kommission haben sich in die US-Politik gegen China einspannen lassen. Das hat mit den sogenannten Freihandelsabkommen TPP (USA mit pazifischen Staaten) und TISA (USA mit EU und weiteren 20 Staaten) zu tun: China ist ausgeschlossen, obwohl deutsche und europäische Interessen berührt sind. Nach der Kritik von US-Präsident Trump an den Freihandelsabkommen führen die Bundesregierung und die Europäische Kommission restriktive Maßnahmen gegen Investitionen aus China fort.

Aixtron weltweit (Quelle: Aixtron)

KUKA youBot auf dem RoboCup 2016 in Leipzig (Foto: Ubahnverleih, CCo)

Die Bundesregierung - Wirtschaftsminister Gabriel, der damalige Außenminister Steinmeier, und Kanzleramtschef Altmeier - hatte gemeinsam mit der Kommission 2016 ebenfalls versucht, den Verkauf des Augsburger Roboterherstellers Kuka an die chinesische Firma Midea zu verhindern: Wertvolle Technologie werde abgesaugt. Man suchte verzweifelt nach einem anderen Käufer – in der ganzen EU fand sich keiner. Schließlich ging Kuka an den chinesischen Käufer. Nur er eröffnet für das deutsche Unternehmen den größten Robotermarkt der Zukunft: China. Außerdem ließ Midea die bisherige Geschäftsführung vollständig bestehen und garantierte den Erhalt der 12.000 Arbeitsplätze in Deutschland bis 2023.

Selbst lange versunkene Schätze werden von chinesischen Investoren gehoben. Der Lastwagenhersteller Beiqui Foton Motors wurde zunächst belächelt, als er 2013 Know-how und Markenrechte des 1963 pleite gegangenen deutschen Autokonzerns Borgward wieder belebte. Foton verständigte sich mit dem Gründerenkel Christian Borgward. Vom ersten Modell BX7 wurden in Peking seit Juni 2016 bis Jahresende bereits 25.000 Stück produziert. Mittelfristig soll die Jahresproduktion auf eine halbe Million Autos gesteigert werden. In Aachen entstehen für die Modellentwicklung und Motorenforschung weitere Arbeitsplätze. Hier werden die kleineren Versionen BX5 und BX6 vorbereitet. 2017 soll das erste Elektroauto in Serie gehen. [12] 2018 soll ein Werk am ehemaligen Hauptsitz Bremen die Produktion beginnen. [13]

2016 kauften chinesische Investoren in der EU 170 Unternehmen. Schwerpunkt mit 34 Käufen war Deutschland, an zweiter Stelle lag Großbritannien mit 32, danach folgten Frankreich, Italien, Niederlande, Finnland, Norwegen, Luxemburg, Irland, Spanien, Schweden, Belgien und Österreich. Auch in Osteuropa wird, in viel kleinerem Umfang, investiert, so in Russland, Polen und Tschechien.

Während es in Deutschland vor allem um technologisch anspruchsvolle Produktion geht, geht es in Großbritannien vor allem um Finanzdienste, Hotels und Freizeitindustrie, in Frankreich auch um Weingüter. In der Schweiz wurde der Chemiekonzern Syngenta aufgekauft. China investiert in solche Bereiche, mit denen es die differenzierte Struktur entwickelter Volkswirtschaften nachbilden kann. Das geht auf die kaufkräftiger gewordene Bevölkerung im Reich der Mitte ebenso ein wie auf die Bedürfnisse der Volkswirtschaft. Sie soll auf hohem technologischem und sozialem Niveau stabilisiert werden.

Borgward BX 7 auf der IAA 2015 in Frankfurt, (Foto: Spielvogel, CCo)

Detroit: Aufgegebene Produktionsstätte des Luxuswagenherstellers Packard (Foto: Albert Duce, CC BY-SA 3.0)

Seit 2006 haben die Chinesen ihre Käufe in Europa schrittweise vervierfacht. Die Größenordnung ist aber ganz anders, als es die öffentliche Kritik nahelegt. 8.000 deutsche Unternehmen sind in China mit einer Investitionssumme von 60 Milliarden Euro vertreten, während chinesische Unternehmen in Deutschland nur mit 8 Milliarden Euro präsent sind: Das sind nur 0,3 Prozent der Investitionen ausländischer Unternehmen in Deutschland. [14]

Bundesregierung und EU betrachten dagegen die ungleich umfangreicheren US-Investitionen bisher als völlig unproblematisch. Auch sie haben ihren Schwerpunkt in Deutschland. Im Jahre 2016 haben allein die Private Equity-Investoren („Heuschrecken") wie Blackstone, KKR und Carlyle 171 mittelständische deutsche Unternehmen aufgekauft, etwa den schwäbischen Hausgerätehersteller WMF. Gegenwärtig will Partriarch Partners mehrere hundert Arbeitsplätze beim Autozulieferer Dura Automotive Systems im sauerländischen Plettenberg abbauen. [15] Nicht zu den 171 Aufkäufen zählen die Aktienpakete, die Großinvestoren wie Blackrock, State Street und Vanguard in den deutschen DAX- und anderen Konzernen übernommen haben, ebenso wenig sind die Internet-Giganten wie Facebook, Google und Microsoft berücksichtigt, auch nicht die Giganten der share economy wie Uber und Airbnb.

Im November 2016 verkaufte die Hamburger Firmengründerin Petra Vorsteher ihre Handelsplattform Smaato für 148 Millionen Euro an ein chinesisches Unternehmen. Das Angebot eines US-Investors habe sie dagegen abgelehnt, denn der habe „Synergien heben und Arbeitsplätze abbauen" wollen. [16]

Gerade bei den US-Investoren häufen sich Nachteile für die deutsche Volkswirtschaft: Abbau von Arbeitsplätzen, Steuerumgehung, gezielte Verletzung von Arbeitsgesetzen und einschlägigen Branchenregulierungen etwa im Taxigewerbe und in der städtischen Wohnraumbewirtschaftung. „Viele hoffnungsvolle deutsche Geschäftsmodelle wurden früh von US-Konzernen aufgesogen oder dominiert" [17], berichtete das manager magazin im Dezember 2016.

Chinesische Investoren haben eine langfristige Perspektive, sie wollen unternehmerische Substanz aufbauen, während US-Investoren auf kurzfristigen Gewinn drängen und die unternehmerische Substanz auszehren. Der Vergleich fällt eindeutig aus: „Von US-Erwerbern dagegen wurde nach der Übernahme oft nicht mehr investiert oder die Firmen wurden (zwischen verschiedenen Private Equity-Investoren, WR) hin- und hergeschoben", bilanziert Margot Schüller vom Giga-Institut für Asien-Studien. [18]

China wurde vom neuen US-Präsidenten Donald Trump als Hauptfeind bestätigt. Er führt damit die schon unter seinem Vorgänger Obama eingeleitete Verteufelung Chinas fort. Das ist angesichts des volkswirtschaftlichen Niedergangs der USA verständlich. Wie schon Obama will Trump diese Schwäche durch militärische Umkreisung und Bedrohung Chinas kompensieren, will es handelspolitisch isolieren und durch die Aufwertung Taiwans diplomatisch schwächen. Im Anschluss an die geheimdienstliche Überprüfung des Aixtron-Verkaufs vermutete sogar die Frankfurter Allgemeine Zeitung, dass es den USA unter dem „noblen Ziel" der Terrorismus-Bekämpfung um einen „verdeckten Wirtschaftskrieg" geht. [19]

Der Vorsitzende des Asien-Pazifik-Ausschusses der deutschen Wirtschaft, Hubert Lienhardt, erklärte: „Den deutschen Firmen, die von chinesischen Unternehmen übernommen worden sind, geht es sehr gut. Es kann nicht von Nachteil sein, wenn Deutschland und China stärker verwoben werden – auch mittelfristig machtpolitisch nicht." [20] Der Präsident des Unternehmerverbands Gesamtmetall Rainer Dulger stellte sich jetzt gegen ein von der Bundesregierung angedeutetes Investitionsverbot chinesischer Unternehmen in Deutschland. Es ist zu hoffen, dass die deutsche Unternehmerschaft auf diesem Wege weitergeht und sich nicht durch die US-Regierung dann doch wieder einschüchtern lässt – wie es schon unter Präsident Obama der Fall war. Da hatten die Spitzenvertreter der deutschen Unternehmen den US-geführten Russland-Boykott erst heftig kritisiert, waren aber dann eingeknickt. Sie nehmen bis heute den Verlust von Aufträgen und von zehntausenden Arbeitsplätzen in Kauf, in Deutschland und auch in der Ukraine, der angeblich geholfen werden soll.

Quellen:

[1]Der hier verfolgte Ansatz folgt nicht der in den USA entwickelten Theorie Varieties of Capitalism. Danach unterscheiden sich verschiedene Formen des Kapitalismus von Staat zu Staat nach den nationalen Regulierungen, je nach der staatlichen Eingriffstiefe und -art: Arbeitsgesetze, Sozialstaat, Kartellrecht, Börsen- und Finanzaufsicht. In der Bundesrepublik vertrat insbesondere der Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung und Berater von Bundeskanzler Schröder, Wolfgang Streeck, den US-Ansatz: Danach bestehe in der Bundesrepublik die Kapitalismus-Variante der „sozialen Marktwirtschaft". Dabei blieben die Eigentumsverhältnisse aber vollkommen ausgeblendet.

[2] Rainer Roth: Sklaverei als Menschenrecht. Über die bürgerlichen Revolutionen in England, den USA und Frankreich, Frankfurt/Main 2017

[3] Rede von Präsident Xi Ping beim Weltwirtschaftsforum Davos 17.1.2017, *<https://www.weforum.org/agenda/2017/01/full-text-of-xi-ping>*

[4] Chinas Reinigung von innen, Handels-

Publiziert auf Free21 am 16.11.2017, 11:42 Uhr, von Werner Rügemer auf www.nachdenkseiten.de, Lizenz: IQM e.V./Albrecht Müller

blatt 28.11.2016
[5] Die innovativsten Länder der Welt: China überholt alle, Handelsblatt 10.4.2017
[6] Wie lange bleibt China noch die Werkbank der Welt? Der Spiegel 12/2017, S. 57
[7] CRI online deutsch 14.12.2016
[8] China testet die Viereinhalb-Tage-Woche, FAZ 8.4.2016
[9] Ana Radic: Zehn Tage im Riesenreich, Mitbestimmung Juni 2016, S. 51f.
[10] Wolfgang Däubler: Arbeitsrecht in China, http://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/121122_arbeitsrecht_in_china.pdf
[11] Die Chinesen sollen lieber draußen bleiben, Wirtschaftswoche 2.1.2017
[12] Borgward findet eine Nische, Handelsblatt 2.1.2017
[13] Im Namen des Großvaters, Der Spiegel 1/2017, S. 143
[14] Shi Mingde: So sollte man einen Partner nicht behandeln, FAZ 2.11.2016
[15] Werner Rügemer: DURA – US-Investorin fliegt Werkvertragler ein, www.arbeitsunrecht.de 8.11.2016
[16] Plan C, manager magazin Dezember 2016, S. 32
[17] Markus Böschen/Christoph Nesshöver: Plan C, manager magazin Dezember 2016, S. 35
[18] Plan C S. 35
[19] Deutscher auf USA-Terrorliste wegen Exporten nach Iran, FAZ 1.12.2016
[20] „Ich sehe keinen Ausverkauf des deutschen Mittelstandes", Handelsblatt 1.4.2014

Autor:

Werner Rügemer

interventionistischer Philosoph. Er ist u.a. Mitbegründer von „Aktion gegen Arbeitsunrecht" (arbeitsunrecht.de) und „Gemeingut in BürgerInnenhand" (gemeingut.org). Soeben erschien von ihm das Buch: „Bis diese Freiheit die Welt erleuchtet. Transatlantische Sittenbilder aus Politik und Wirtschaft, Geschichte und Kultur"

Dieser Text wurde zuerst am 7.10.2017 auf den Nachdenkseiten unter der URL ‹http://www.nachdenkseiten.de/?p=40470#more-4047› veröffentlicht. Lizenz: IQM e.V./Albrecht Müller

‹http://www.free21.org/?p=28305›

Die Unabhängigkeit des Journalismus

Von Mark Twain stammt das bekannte Bonmot, dass „wir der Güte Gottes (...) jene drei unsagbar wertvollen Errungenschaften verdanken: Redefreiheit, Gewissensfreiheit und die Klugheit, uns weder der ersteren noch der letzteren jemals zu bedienen."

von Noam Chomsky

Eine wahrhaft unabhängige Presse weist eine sich der Macht und Autorität unterordnende Rolle zurück. (Foto: Stefano Ember / Shutterstock.com / CCo)

In seiner unveröffentlichten Einleitung zur Farm der Tiere, das sich „der literarischen Zensur" im freien England widmet, fügte George Orwell einen Grund für diese Klugheit an: Es gebe, schrieb er, „eine allgemeine stillschweigende Übereinkunft, dass ‚es nicht angeht', diese bestimmte Tatsache zu erwähnen." Die stillschweigende Übereinkunft stellt eine „verschleierte Zensur" auf der Grundlage „einer reinen Lehre, eines Corpus von Ansichten" dar, „von denen man annimmt, dass alle vernünftigen Menschen sie fraglos akzeptieren", und „jeder, der die vorherrschende Lehrmeinung infrage stellt, wird merken, dass er mit erstaunlicher Effektivität zum Schweigen gebracht wird", ganz ohne „ein behördliches Verbot".

Wir sind ständig Zeuge, wie man diese Klugheit in freien Gesellschaften walten lässt. Nehmen wir beispielsweise die Invasion in den Irak durch die USA und Großbritannien, eine Aggression ohne glaubwürdigen Vorwand, wie sie im Buche steht, das „schwerste internationale Verbrechen", wie es im Urteil des Nürnberger Kriegsverbrechertribunals definiert wurde.

Es ist erlaubt zu sagen, dass es ein „dummer Krieg" war, ein „strategischer Patzer", ja sogar „der größte strategische Fehler in der jüngsten Geschichte der amerikanischen Außenpolitik", wie Präsident Obama es ausdrückte, wofür ihn das liberale Lager in den höchsten Tönen lobte. Aber „es ginge nicht an" zu sagen, was es wirklich war: Das Verbrechen des Jahrhunderts – wenngleich man nicht so zurückhaltend wäre, hätte sich ein offizieller Feind ein deutlich geringeres Vergehen zuschulden kommen lassen.

Die vorherrschende Lehrmeinung tut sich nicht leicht damit, Figuren wie den General/Präsidenten Ulysses S. Grant zu integrieren, der der Meinung war, dass es nie zuvor „einen niederträchtigeren Krieg als den der USA gegen Mexiko" gegeben habe, bei dem sie sich das einverleibt hatten, was heute der amerikanische Südwesten und Kalifornien ist und der seine Scham darüber bekundete, dass er nicht „das moralische Rückgrat zurückzutreten" besessen habe, statt sich an diesem Verbrechen zu beteiligen.

Die Unterordnung unter die vorherrschende Lehrmeinung hat Konsequenzen. Die gar nicht mal so stillschweigende Botschaft lautet, dass wir nur kluge Kriege führen sollten, die keine Fehler darstellen, Kriege, die ihre Ziele erreichen – also nach vorherrschender Meinung erklärtermaßen gerechte und richtige Kriege, selbst wenn sie in Wirklichkeit „böse Kriege", Schwerverbrechen sind.

Es gibt zu viele Anschauungsbeispiele, um sie hier alle zu nennen. In einigen Fällen, wie dem des Jahrhundertverbrechens, ist der Umgang damit in angesehenen Kreisen praktisch ausnahmslos wie beschrieben.

Ein anderer bekannter Aspekt der Unterordnung unter die vorherrschende Lehrmeinung ist die beiläufige Aneignung der gängigen Dämonisierung offizieller Feinde.

Um ein beinahe willkürliches Beispiel aus der Ausgabe der New York Times herauszugreifen, die eben zufällig vor mir liegt – da warnt ein hoch kompetenter Wirtschaftsjournalist vor dem Populismus des offiziellen Dämons Hugo Chavez, der, nachdem er in den

späten 90er Jahren einmal gewählt war, „damit begann, jede demokratische Institution zu bekämpfen, die ihm im Weg stand."

Wenden wir uns einmal der Realität zu: Es war die US-Regierung, die (vorsichtig formuliert) mit enthusiastischer Rückendeckung der New York Times den Militärcoup voll unterstützte, durch den die Chavez-Regierung gestürzt wurde – ehe er kurz darauf durch einen Volksaufstand wieder rückgängig gemacht wurde.

Was nun Chavez angeht, so gewann er, was immer man von ihm halten mag, wiederholt Wahlen, die von internationalen Beobachtern als frei und fair bestätigt wurden. Unter den Beobachtern war auch die Carter Foundation, deren Gründer Ex-Präsident Jimmy Carter sagte: „Von den 92 Wahlen, die wir beobachtet haben, würde ich das Wahlverfahren in Venezuela als das beste der Welt bezeichnen."

Und Venezuela schnitt unter Chavez in internationalen Umfragen zum öffentlichen Rückhalt der Regierung und zum Zustand der Demokratie regelmäßig sehr gut ab (so das in Chile ansässige unabhängige Meinungsforschungsinstitut Latinobarómetro).

Es gab zweifellos demokratische Defizite während der Chavez-Jahre, wie etwa die Unterdrückung des RCTV Senders, die eine breite Missbilligung auslöste. Ich stimmte darin ein und war auch der Meinung, dass so etwas in unserer freien Gesellschaft ein Ding der Unmöglichkeit sei. Hätte ein prominenter Fernsehsender in den USA einen Militärcoup unterstützt, so wie das bei RCTV der Fall war, dann würde er nicht ein paar Jahre später unterdrückt werden, er würde nämlich gar nicht mehr existieren: Die Verantwortlichen säßen im Knast, so sie denn noch am Leben wären. Doch die reine Lehre wischt bloße Tatsachen mit leichter Hand beiseite.

Die Nicht-Bereitstellung angemessener Informationen ist ebenfalls folgenschwer. Vielleicht sollten die Amerikaner wissen, dass vom führenden US-Umfrageinstitut erhobene Umfragen ergaben,

dass die USA zehn Jahre nach dem Verbrechen des Jahrhunderts in den Augen der Welt als größte Gefahr für den Weltfrieden dastehen; gewiss nicht der Iran, der aber diesen Preis in den US-amerikanischen Kommentaren gewinnt.

Vielleicht hätte die Presse ja ihre Pflicht erfüllen und die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese Tatsache lenken können, statt sie ihr zu verbergen, zusammen mit einigen Überlegungen dazu, was das nun bedeutet, welche Lehren darin für die Politik liegen. Wieder einmal hat die Verletzung von Dienstpflichten Konsequenzen.

Beispiele wie diese, von denen es massenhaft gibt, sind schwerwiegend genug, doch es gibt andere, die noch viel folgenreicher sind. Zum Beispiel der Wahlkampf 2016 im mächtigsten Land der Weltgeschichte. Die Berichterstattung hatte gigantische Ausmaße – und war äußerst aufschlussreich.

Probleme wurden von den Kandidaten fast vollständig vermieden und kamen in den Kommentaren praktisch gar nicht vor, in Übereinstimmung mit dem journalistischen Grundsatz, dass „Objektivität" bedeutet, getreulich zu berichten, was die Mächtigen tun und sagen, und nicht, was sie ignorieren. Diesem Grundsatz bleibt man treu, selbst wenn das Schicksal der Menschheit auf dem Spiel steht, wie es tatsächlich der Fall ist: sowohl die wachsende Gefahr eines Atomkrieges als auch die ernste Gefahr einer Umweltkatastrophe sind Fakten.

Dieses Versäumnis erreichte am 8. November, einem wahrhaft historischen Tag, einen dramatischen Höhepunkt. An diesem Tag fuhr Donald Trump zwei Siege ein. Der weniger wichtige erhielt außerordentlich große Medienaufmerksamkeit: sein Wahlsieg, mit fast drei Millionen weniger Wählerstimmen als seine Gegnerin dank rückschrittlicher Besonderheiten des US-Wahlsystems.

Über den deutlich wichtigeren Sieg ging man praktisch stillschweigend hinweg: Trumps Sieg in Marrakesch, Marokko, wo sich rund 200 Nationen trafen, um das Pariser Klimaabkommen des vorigen Jahres mit etwas ernstem Inhalt zu füllen. Am 8. November kamen die Verhandlungen zum Stillstand. Der Rest der Konferenz war vor allem dem Versuch gewidmet, etwas Hoffnung zu retten, nachdem die USA sich nicht nur aus der ganzen Unternehmung zurückzogen, sondern sich sogar zum Ziel gesetzt haben, es durch eine deutliche Erhöhung des Verbrauchs fossiler Brennstoffe, den Abbau von Regulierungen und die Ablehnung der Zusicherung, Entwicklungsländer bei der Umstellung auf erneuerbare Energien zu unterstützen, zu sabotieren.

Bei Trumps wichtigstem Sieg standen ja nur die Zukunftsperspektiven für jegliche uns bekannte Form menschlichen Lebens auf dem Spiel. Entsprechend gab es praktisch keine Berichterstattung, man hielt am Prinzip der „Objektivität" fest, wie es die Gepflogenheiten und Glaubenslehren der Macht festlegen.

Eine wahrhaft unabhängige Presse weist eine sich der Macht und Autorität unterordnende Rolle zurück. Sie schlägt die Lehrmeinung in den Wind, stellt infrage, was „vernünftige Menschen fraglos akzeptieren", zerreißt den Schleier stillschweigender Zensur, stellt der breiten Öffentlichkeit die Informationen und die Bandbreite der Meinungen und Vorstellungen zur Verfügung, die eine Voraussetzung für eine sinnvolle Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben sind, und darüber hinaus bietet sie eine Plattform, damit Menschen in einen Dialog und eine Diskussion über die Probleme treten können, die sie betreffen. Dadurch wird sie ihrer Funktion als Grundlage einer wahrhaft freien und demokratischen Gesellschaft gerecht.

Autor:

Noam Chomsky

Jahrgang 1928, gilt als Begründer der modernen Linguistik und ist einer der meistzitierten Wissenschaftler der Moderne. Seit 1955 lehrte der US-Amerikaner als Linguistik-Professor am renommierten Massachusetts Institute of Technology. Inzwischen ist er emeritiert. Chomsky gehört zu den einflussreichsten kritischen Intellektuellen der Welt. Er hat mehr als 100 Bücher geschrieben, sein aktuelles ist „Requiem for the American Dream: The 10 Principles of Concentration of Wealth & Power". Chomsky ist ein scharfer Kritiker der US-amerikanischen Außenpolitik, der US-Ambitionen auf geopolitische Vorherrschaft und des globalen Kapitalismus neoliberaler Ausprägung, den er als Klassenkampf von oben gegen die Bedürfnisse und Interessen der großen Mehrheit bezeichnet.

Dieser Text wurde am 27.10.2017 auf www.rubikon.news unter der URL ‹https://www.rubikon.news/artikel/die-unabhangigkeit-des-journalismus› veröffentlicht. Lizenz: CC-BY-NC-ND 3.0

‹http://www.free21.org/?p=28266›

We're all living in America

Wer immer gedacht hat, soziale Netzwerke seien globale Netzwerke zum freien Meinungsaustausch, dem bewies Twitter gestern [26.10.17] das Gegenteil. Der US-Konzern kündigte unter Verweis auf „eine Einmischung in den Wahlkampf" die Werbekonten der russischen Medienkonzerne Russia Today [1] und Sputnik [2]. Dies kann man wohl unter der Kategorie „vorauseilender Gehorsam" verbuchen, müssen die Vertreter der großen Internetkonzerne doch in der nächsten Woche vor einem Senatsausschuss zum Thema aussagen [3].

von Jens Berger

Wie war das noch mit der Meinungsfreiheit, die westliche Medien wie eine Monstranz vor sich hertragen? Meinungsfreiheit gilt im Westen nur dann, wenn man die richtige Meinung hat. RT und Sputnik gehören offenbar nicht dazu. Doch dieses Thema geht uns alle an, da amerikanische Internetkonzerne in nahezu allen Bereichen des Netzes eine monopolartige Stellung haben. Wenn Twitter repräsentativ für die Branche ist, dann muss man spätestens seit gestern wohl folgern, dass das Netz amerikanisch ist. Eine mächtigere Waffe im Kampf um die Köpfe der Menschheit hat es noch nie gegeben.

> „Kein Cäsar, kein Kublai Khan, kein Napoleon, keine Königin Viktoria, kein Hitler und kein Stalin hatten je die Macht, global die Kommunikation zu kontrollieren."

Es ist schon bigott. Im April 2016 trat der Konzern Twitter an Russia Today mit einem einmaligen Angebot heran – RT solle speziell im Umfeld des US-Wahlkampfs auf Twitter werben und dafür bekämen die Russen dann auch professionelle Betreuung durch das Twitter-Team [4]. RT ging auf das Angebot ein und schaltete im Wahljahr 2016 insgesamt für 274.100 US$ Werbung bei Twitter. Werbung heißt in diesem Kontext, dass bestimmte Tweets von RT auch Twitter-Nutzern angezeigt werden, die RT nicht abonniert haben. Dabei handelte es sich um normale Artikel von RT. Genau die gleiche Praxis wird von fast allen größeren Medienkonzernen betrieben. Auch CNN, die deutschen Springer-Medien oder die BBC werben in dieser Form auf Twitter. Doch was westlichen Medien erlaubt ist, ist „dem Russen" offenbar noch lange nicht erlaubt.

Selbstverständlich gibt es zahlreiche Unterscheidungsmerkmale zwischen RT und anderen Medien – Ulrich Teusch hat dies erst gestern in einem sehr lesenswerten „FAQ" aufgearbeitet [5]. All dies kann jedoch Twitters Vorpreschen weder erklären noch rechtfertigen. Wenn kritische politische Inhalte ausländischer Medien, die Einfluss auf den Wahlkampf haben können, verboten sind, dann müsste Twitter auch die Werbeaccounts von Al Jazeera, BBC World oder der Deutschen Welle löschen, die zudem direkt oder indirekt vom Staat kontrolliert werden. Und wer kontrolliert eigentlich die Inhalte, die über amerikanische Akteure werbefinanziert über Twitter laufen – wer steht hinter Fox News oder Breitbart? Man kann nicht RT aussperren und Fox, Breitbart, Al Jazeera und die BBC weiter Werbung schalten lassen. Das sind doppelte Standards.

Aber denken wir ruhig weiter. Twitter ist kein US-Medium, das nur US-Nutzer hat und für das nur US-Gesetze gelten. Ist eine gesponsorte Fox-News-Meldung für den deutschen Konsumenten etwas anderes als eine gesponsorte RT-Meldung für den US-Konsumenten? Ist Al-Jazeera-Werbung für den saudischen Markt nicht pure Feind-PR? Wenn die USA per Gesetz jegliche ausländische Einmischung in den Wahlkampf verbieten, dann müssen Twitter, Facebook und Co. halt Filter einbauen, die US-Nutzern in dieser Zeit überhaupt keine Werbung mehr anzeigen. Denn wer kann garantieren, dass der Nutzer in Michigan sonst keine politisch relevanten gesponsorten Beiträge aus Kanada, Großbritannien oder Israel zu Gesicht bekommt? Die Idee, dass nur „der Russe" Anzeigen kauft, ist schließlich an Naivität kaum zu überbieten.

Wo fängt der Medienkonzern an, wo hört er auf? Sind gesponsorte Tweets des National Endowment for Democracy oder von USAid etwa keine politische Einflussnahme? Beide Think Tanks bezahlen selbstverständlich auch für gesponsorte Tweets – vor allem in Ländern, die sich anders als die USA nicht dagegen wehren können. Beide Organisationen werden aus dem Staatshaushalt bezahlt. Würde Twitter an sie die gleichen Maßstäbe anlegen wie an RT und Sputnik, müsste man die Geschäftsbeziehungen einstellen. Dann sollten auch Kündigungen an die BBC World Service, an Voice of America, Radio Free Europe und Radio Free Asia herausgehen, die sich technisch gesehen auch im Auftrag und auf Rechnung eines Staates in die Belange anderer Staaten einmischen.

Und denken wir noch einen Schritt weiter. Warum sind US-Gesetze für ein internationales Netzwerk maßgeblich? Würde Russland nun Gesetze erlassen, die US-Medienkonzernen jede Einmischung

Soziale Netzwerke (Grafik: ijmaki/pixabay, CC0)

Frei nach Martin Niemöller [7]:
Als Facebook rechtspopulistische Beiträge als FakeNews aussortierte, habe ich geschwiegen;
ich war ja kein Rechtspopulist.
Als Twitter den Russen die Accounts kündigte, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Russe.
Als Google Verschwörungstheoretikern die Monetarisierung ihrer YouTube-Filmchen untersagte, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Verschwörungstheoretiker.
Als sie meine Accounts sperrten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.

in den russischen Wahlkampf verbieten, müsste Twitter doch eigentlich auch die Werbeaccounts von Fox, CNN und Co. suspendieren. Denn warum sollen für ein internationales Netzwerk, dessen Nutzer global genauso verstreut sind wie die Rechner und Knoten, über die die Tweets verteilt werden, nur die Rechte eines Landes gelten?

We're all living in Amerika [6]. Twitter ist amerikanisch. Facebook ist amerikanisch. Google ist amerikanisch. YouTube ist amerikanisch. Alle Giganten des Internet entstammen dem Silicon Valley und sind an der Wall Street gelistet. Wenn das Beispiel Twitter Schule macht, dann ist dies der Tod des Internets, wie wir es kennen. Wenn US-Gesetze die Grundlagen für das globale Netz sind und die Interessen von US-Politik und US-Diensten die Geschäftsgrundlage für die Online-Kommunikation der gesamten Welt sind, dann ist dies eine Asymmetrie der Macht, die historisch einmalig ist. Kein Cäsar, kein Kublai Khan, kein Napoleon, keine Königin Viktoria, kein Hitler und kein Stalin hatten je die Macht, global die Kommunikation zu kontrollieren. Moderne Kommunikation findet zu einem großen Teil über das Netz, über Soziale Netzwerke statt. Wer diese Netzwerke kontrolliert, kontrolliert die Welt.

Quellen:

[1] **Twitter bans all RT advertising, citing 'election interference':** *<https://www.rt.com/news/407861-twitter-policy-rt-accounts/>*

[2] **Twitter's RT Ad Ban Violates First Amendment – Former Deputy Attorney General:** *<https://sputniknews.com/analysis/201710271058578579-twitter-rt-sputnik-ads-censorship/>*

[3] **Facebook, Google and Twitter have been asked to testify before Congress on Russia and the 2016 election:** *<https://www.recode.net/2017/9/27/16376228/facebook-google-twitter-testify-congress-senate-russia-presidential-election>*

[4] **Revealed: How Twitter pushed RT to spend big on 2016 US election,** *<https://www.rt.com/op-edge/407858-rt-twitter-us-election/>*

[5] **RT unter Beschuss – einige Fragen und Antworten:** *<http://www.nachdenkseiten.de/?p=40786#h14>*

[6] **Ramstein – Amerika (Official Video),** *<https://www.youtube.com/watch?v=Rr8ljRgcJNM>*

[7] **Was sagte Niemöller wirklich?:** *<http://martin-niemoeller-stiftung.de/martin-niemoeller/was-sagte-niemoeller-wirklich>*

Autor:

Jens Berger

ist freier Journalist, Wirtschaftsexperte und politischer Blogger der ersten Stunde. Als Redakteur der NachDenkSeiten und Herausgeber des Blogs Der Spiegelfechter schreibt er regelmäßig zu sozial-, wirtschafts- und finanzpolitischen Themen.

Dieser Text wurde zuerst am 27.10.2017 auf www.nachdenkseiten.de unter der URL ‹http://www.nachdenkseiten.de/?p=40791#more-40791› veröffentlicht. Lizenz: IQM, Albrecht Müller, CC-BY-SA 3.0

‹http://www.free21.org/?p=28335›

Fördermitglied für Free21 werden:

Werden Sie Teil des Netzwerkes!

Mit einer Fördermitgliedschaft ermöglichen Sie Free21 eine regelmäßige, sichere finanzielle Grundausstattung. Der Fördermitgliedsbeitrag beträgt 5,– Euro pro Monat. Eine jährliche Spendenbescheinigung gibt es selbstverständlich auch.

Ja, ich möchte jetzt Fördermitglied werden!

Bitte tragen Sie hier Ihre persönlichen Daten ein und schicken das Formular per Briefpost an:

Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., c/o Marika Matthaei, Karl-Lade-Str. 36a, 10369 Berlin
Eingetragen beim Amtsgericht Charlottenburg VR 34774B. St.Nr. 27/680/76987

Kontoinhaber
Vorname, Name:

Str., Nr.:

PLZ, Ort, Land:

E-Mail-Adresse:

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers:

IBAN:

BIC:

Gläubiger-Identifikations-Nr.:
DE84ZZZ00001969982
Mandatsreferenz-Nr.

SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige den VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V. (Gläubiger-ID: DE84ZZZ00001969982) Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften **in Höhe von monatlich 5,– Euro** einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

*Eine Fördermitgliedschaft können Sie auch unter **www.free21.org/verein** abschließen.*

Publiziert auf Free21 am 20.11.2017, 16:32 Uhr, von Jens Berger auf www.nachdenkseiten.de. Lizenz: IQM, Albrecht Müller, CC-BY-SA 3.0.

Zwei Drittel der AfD-Wähler sind „modernisierungsskeptisch“

So lautet der Befund einer Studie der Bertelsmann Stiftung zum Wahlverhalten verschiedener sozialer Milieus.

von Joachim Keiser

Doch bei sogenannten Studien der Bertelsmann Stiftung ist immer Vorsicht vor Meinungsmache und Verschleierung der gesellschaftlichen Verhältnisse geboten. So wird auch in deren jüngster Wahlanalyse die beliebte neoliberale Propagandafloskel von der Überholtheit des politischen Rechts-links-Schemas kolportiert. Stattdessen müsse man heute zwischen jenen differenzieren, die der sozialen und kulturellen Modernisierung positiv, und jenen, die ihr skeptisch gegenüberstehen.

Sieht man im politischen Gegensatz von rechts und links allerdings die Manifestation des grundsätzlichen gesellschaftlichen Antagonismus zwischen Arm und Reich, stellt sich die Frage, was daran überholt sein soll. Dass eine neoliberalisierte SPD nicht mehr als politisch links gelten kann, ist kein Beleg dafür, dass das politische Rechts-links-Schema obsolet ist. Die politische Entwicklung in anderen Ländern (Großbritannien, Frankreich, Spanien, USA), in welchen Politiker mit dezidiert linken Positionen erfolgreich sind, belegt das genaue Gegenteil. Wobei die Terminologie der Modernisierungsbefürworter und -skeptiker auch nur eine Metapher für Arm und Reich ist.

Erdmännchen in der westlichen Kalahari nahe Keetmanshoop. (Foto: wikipedia, CC BY-SA 2.0)

Aber natürlich ist es der Bertelsmann Stiftung als größtem und einflussreichstem neoliberalen Think Tank Deutschlands ein Anliegen, keinen politischen Diskurs über die soziale Polarisierung entstehen und die soziale Frage mittels der Setzung entsprechender Semantik aus dem öffentlichen politischen Bewusstsein verschwinden zu lassen. Wobei sich zu erinnern gilt, dass die Bertelsmann Stiftung wesentlich an der Ausgestaltung der Agenda 2010 und ihres Kernelements, des Hartz-IV-Systems, beteiligt war. Was zur Frage überleitet, was eigentlich im Sprachgebrauch der Neoliberalen als soziale Modernisierung zu verstehen ist. Betrachtet man die Auswirkungen der Agenda 2010, kann dies nur heißen:

Abbau von Arbeitnehmerrechten, Ausweitung des Niedriglohnsektors, Zunahme von prekärer und atypischer Beschäftigung, Lohnstagnation, Einführung eines Repressionsregimes gegen Erwerbslose, soziale Polarisierung und so weiter.

Wenn sich junge Menschen von befristeter Stelle zu befristeter Stelle hangeln und dafür noch von Stadt zu Stadt ziehen dürfen, dann ist das ein Ausdruck von Modernität und Flexibilität, das Verlangen nach Sicherheit und einer planbaren Lebensperspektive dagegen ist der Ausdruck einer negativen Einstellung gegenüber der sozialen und kulturellen Modernisierung. Die Bertelsmann Stiftung liefert damit wieder ein Musterbeispiel manipulativer Umdeutung positiver Begriffe in fast schon orwellschem Format.

Interessanterweise konterkariert die Analyse der Wählermilieus auch ein zentrales Element neoliberaler Meinungsmache, auf das gerade die SPD immer noch hereinfällt, dass nämlich die Wahlen in der sogenannten Mitte gewonnen würden und man sich um die gesellschaftlichen Ränder nicht zu scheren brauche. Wie man nun sehen konnte, wählen die Menschen dann eben jene, die ihnen vorgaukeln, sich ihrer Interessen anzunehmen. Dazu zeigt sich ebenso, dass eine Wahlmobilisierung der vermeintlich Abgehängten durchaus gelingt, wie die gestiegene Wahlbeteiligung hier zeigt, die allerdings so gesehen in den „unteren Milieus“ immer noch erschreckend gering ist. Dies ist dann eine ziemliche Ohrfeige für „DIE LINKE“, da die gestiegene Wahlbeteiligung offenbar fast ausschließlich der AfD zugutekam.

Der Linken ist es augenscheinlich nicht gelungen, die Wähler aus den betreffenden Milieus für sich zu mobilisieren, was unzweifelhaft mit Tendenzen in großen Teilen der Partei „DIE LINKE“ zusammenhängt, lieber abgehobene intellektuelle Diskurse über Gender und kulturelle Identität zu führen, als die Angst ernst zu nehmen, dass Flüchtlinge eine Arbeitskräfte-Reservearmee für Billigjobs in Industrie und dem Dienstleistungssektor sein könnten – ein Schelm, wer nun glaubt, mindestens Teile der herrschenden Eliten würden dies nicht so sehen –, beziehungsweise als eine ehrliche Integrationsdebatte zu führen.

Joachim Keiser ist freier Autor und schreibt gelegentlich für den Rubikon.

Unterstütze Free21.org
donate
Vereins-Spenden-Konto:
Empfänger: VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, **IBAN:** DE84 4306 0967 1185 9021 00, **Verwendungszweck:** FREE21 oder **per Paypal:** verein@free21.org

Dieser Text wurde zuerst am 10.10.2017 auf www.rubikon.news unter der URL ‹https://www.rubikon.news/artikel/zwei-drittel-der-afd-wahler-sind-modernisierungsskeptisch› veröffentlicht. Lizenz: Joachim Keiser, CC BY-NC-ND 4.0

‹http://www.free21.org/?p=28158›

Foto: Pixabay, CCo

Das Schweigen der Wölfe

Seit einigen Tagen ist klar, wer das Schmutzdossier bezahlt hat, mit der die Anti-Putin-Hysterie in den USA angeheizt werden konnte. Sie erinnern sich? Die Dauerhits beim Chorheulen der Wölfe in Medienhausen? Putin hat die US Wahl gehackt! Putin hat den ehemaligen DIA-Chef Michael Flynn „umgedreht"! Donald Trump ist Putins erpressbarer Lakai, seit der Perversling sich in einem Hotel von Prostituierten vollpinkeln ließ, in einem Bett, in dem Barack Obama schon mal geschlafen hatte! Und Putin – hier setzt dunkles Raunen ein – hat möglicherweise-wahrscheinlich davon ein Video … Das erklärt doch alles.

von Dirk Pohlmann

Diese Verschwörungstheorie war wesentlicher Inhalt einer Schmutz-Akte, die durch ständige „Berichterstattung" in den realexistierenden Qualitätsmedien auf beiden Seiten des Atlantiks die Nachrichtenlage prägte. Die Schmutz-Akte hatte der ehemalige britische Geheimagent John Steele als kommerzielle Auftragsarbeit angefertigt. [1]

US-Medien meldeten, die Auftraggeber des ehemaligen MI-6 Agenten Steele seien republikanische Politiker der „Never Trump"-Fraktion gewesen.

Steeles „Erkenntnisse" waren verschiedenen US-Medien vor der Wahl angeboten worden, aber kein Medium wollte sie veröffentlichen. Der Steele-Bericht wurde dann aber von John McCain an die US Geheimdienste weitergereicht. Die erste Presseveröffentlichung fand in der Internetpublikation Buzzfeed statt, zwei Monate nach der Wahl, aber 10 Tage vor dem Amtsantritt von Donald Trump. Sie war eine Art Kriegserklärung an Trump, wie sie übrigens auch Claus Kleber [2] und Elmar Thevessen [3], beide tief verflochten mit US-Thinktanks, bereits unmittelbar nach der Wahl abgegeben hatten, mit Worten, die es bis dahin in der US-Berichterstattung des ZDF nie gegeben hatte. Früher hätten solche Bemerkungen die Karriere beendet. Jetzt muss man offenbar austeilen, um weiter am Ball zu bleiben.

Die US-Geheimdienste begannen zu ermitteln, sie setzten das dunkle Geraune fort, man addierte heiße Luft aus der Intelligence Community zur heißen Luft der Akte. Durch diesen Trick konnten die Medien faktenfrei, aber „seriös" über den Trump-Skandal berichten. Der Geheimdienst darf raunen. Er muss es sogar. Er gibt seine Quellen und Methoden nicht preis. Mission accomplished.

Hillary Clinton sagte am 6. Januar 2017: „Siebzehn Geheimdienste, und alle sind sich einig. Ich weiß aus meiner Erfahrung als Senatorin und Außenministerin, wie selten das ist. Sie (die Geheimdienste) sind mit großer Zuversicht zu der Einschätzung gelangt, dass die Russen eine großangelegte Informationskriegs-Kampagne gegen meinen Wahlkampf führten, mit dem Ziel, die Wähler zu beeinflussen. Wir glauben, dass sie das mit bezahlter Werbung taten, durch Fake-News-Webseiten, durch tausende Agenten, durch Bots, die, wie sie wissen, dieses Zeug immer und immer wieder ausspuckten. Durch die Algorithmen, die sie entwickelt haben."

Das war schlicht falsch, Fake News. Es waren nur 3 US-Dienste, und in den 3 Diensten nur handverlesene Mitarbeiter, die zu der Schlussfolgerung gelangt waren, dass etwas an den Vorwürfen dran sein könnte. Die Schlussfolgerung selektierter „Experten" war also keine Einschätzung der Geheimdienste, sondern eine Einschätzung von ausgewählten Geheimdienstmitarbeitern über eine Auftragsarbeit. Mit anderen Worten: Ein Propaganda-Popanz. Die Story der „Glorreichen 17" wurde in den deutschen Medien ausgiebig verbreitet, die Aufklärung über das „Mickrige Trio" fand nicht statt.

Die „Putin hat die Wahl gehackt"-Fake-News-Story wird hingegen weiter mit heißer Luft aufgeblasen, bis sie die Konturen eines aus dem Kalten Krieg bekannten Ensembles zeigt: Zu sehen ist ein russischer Bär, 20 Meter groß, wütend, zähnefletschend, mordlustig. Vor ihm sitzt zitternd das knuffige, gutmütige Häschen USA. Wie soll es sich nur wehren? Kann es überleben?

In der realen Welt sieht es so aus: Alleine die USA geben derzeit etwa 700 Milliarden USD für Rüstung aus, soviel wie alle anderen Länder der Welt zusammen. Russland bezahlt mit etwa 50 Milliarden USD deutlich weniger für sein Militär, als die USA alleine für ihre Geheimdienste. Anders ausgedrückt: Die USA haben ihren Militärhaushalt um den doppelten Betrag erhöht, den Russland insgesamt ausgibt. Wie oft haben Sie das in unseren realexistierenden Qualitätsmedien gehört, wenn vom aggressiven Russland die Rede ist?

Der Grund, warum die Dämonisierung Russlands in den USA und den angeschlossenen Funkhäusern begann und bis heute nicht aufhört, ist aber selbstverständlich nicht Hillarys Wahlkampf, sondern Geostrategie.

Zum einen gibt es den Konflikt in Syrien, wo Putin es bisher geschafft hat, die Regime-Change-Pläne der USA auszuhebeln. Der syrische Flughafen in Latakia und der Hafen von Tartus sind die einzigen Stützpunkte der Russen im Mittelmeer. Es ist klar, dass sich die US-Strategen diese Felder des Grand Chessboards (Brzezinski) [4] neben der von ihnen geplanten Pipeline durch Syrien einverleiben wollen. Putins und Assads Erfolg ist für die USA ein Mini-Vietnam. Und Edward Snowden, der Whistleblower, der die Machenschaften der US-Geheimdienste gegen dessen Verbündete vor den Augen der Welt offenlegte, ist in Moskau vor dem Zugriff der USA geschützt. Zwei Niederlagen, den US-Falken nur zu gerne mit harten Maßnahmen beantworten würden wollen, damit klar ist, wer wen beherrscht. Unklar ist, warum die deutschen Medien nicht über diese Interessenlage berichten, sondern nur die US-Propagandaversionen verbreiten.

Zum anderen soll wie nach dem ersten Weltkrieg ein „Cordon Sanitaire" [5] von den baltischen Staaten bis Diyarbakir in der Türkei entstehen, um Deutschland (und Westeuropa) von Russland (und Osteuropa) zu trennen.

Die baltischen Staaten sollen tiefer unter den NATO-Schirm und gegen Russland in Stellung gebracht werden, der neutrale Staat Schweden soll in die NATO, genau wie das neutrale Finnland. Das ehemals blockfreie Jugoslawien ist zerschlagen, die Bruchstücke sind besetzt und werden in die NATO eingefügt. Polen ist ein treuer Vasall, dessen Furcht vor (und Hass

Publiziert auf Free21 am 29.11.2017, 08:53 Uhr, von Dirk Pohlmann auf kenfm.de, Lizenz: KenFM

auf) Russland und Deutschland zuverlässig mobilisierbar ist.

Das ist alles kein Zufall. Der Alptraum der US-Regierungen ist seit mehr als 100 Jahren ein Zusammenrücken von Russland und Deutschland. In heutiger Sichtweise: der von Putin vorgeschlagene gemeinsame Wirtschaftsraum von Lissabon bis Wladiwostok. Wenn sich auf dem Eurasischen Kontinent Europa – das bedeutet vor allem: Deutschland – mit Russland und dann noch Russland mit China zusammentäten, dann entstünde ein gigantischer Binnenmarkt – mit Anschluss an die Pazifikregion. Das ist der Alptraum der US-Strategen.

Zwar ist Europa ein überalterter Kontinent mit sinkender Bedeutung und der Schwerpunkt der Weltwirtschaft wandert in die Pazifikregion, aber China hat genau so eine Vision für einen eurasischen Wirtschaftsraum vorgelegt. Wenn Chinas Belt and Road (BRI) Projekt [6] greift, es ist mit 26 Billionen [7] (In den USA werden unsere Milliarden Billions genannt, und unsere Billionen heißen Trillions), also 26.000 Milliarden USD Investition über 30 Jahre das größte Infrastrukturprojekt aller Zeiten, dann sind die USA auf ihrem Inselkontinent wirklich außen vor – abgehängt. Wundern Sie sich auch, dass sie in unseren Medien darüber so gut wie nichts hören? Ich habe mich so gewundert, dass ich 2015 den ersten Artikel darüber veröffentlicht [9] habe, bei KenFM und bei der Gesellschaft für Friedenspolitik.

Man kann also mit gutem Gewissen sagen, dass KenFM die journalistische Arbeit erledigt, die von den realexistierenden „Qualitätsmedien“ nicht mehr geleistet wird. Der relevante Journalismus findet zunehmend in Alternativmedien statt, die von den althergebrachten Medien wütend bekämpft und verleumdet werden.

Wegen BRI wollten die USA TTIP, TISA und TPP. Das Ziel: wenigstens die Handelsregeln festlegen und Kontrolle ausüben. Im pazifischen „Freihandelsabkommen“ TPP waren China und Russland und Indien (3 der sogenannten BRICS-Staaten) deshalb ausgeklammert! Was für ein Freihandelsabkommen ist das, wenn man die großen Wirtschaftsnationen China, Russland und Indien explizit ausschließt? Wenn die US-Politiker von Freihandel sprechen, meinen sie: Eine Seeblockade, um ihre Interessen zu schützen. Haben Sie davon in den realexistierenden Qualitätsmedien gelesen oder gehört?

Es ist existentielles [9] Interesse der US-Politik [10], dafür zu sorgen, dass eine eurasische Einigung unterbunden wird. Ihr Zweck ist [11], den Eurasischen Kontinent in drei separate Bereiche zu unterteilen [13]. Deutschland muss von Russland getrennt werden, und Russland von China. Und: in Eurasien darf keine Zentralmacht entstehen. Wenn Sie sich fragen, warum Sie das noch nie bei ARD und ZDF gehört haben: Ich frage mich das auch!

Ein Lusitania-Ereignis wie der MH-17-Abschuss ist zu diesem Zweck zielführend nutzbar, so wie Pearl Harbour zielführend war, um aus der Wirtschaftsmacht auf Platz 14 (vor dem 2. WK) die Nr. 1 zu machen (nach dem 2. WK): die USA. Auch der Ukraine-Krieg ist zielführend. Streitigkeiten im Südchinesischen Meer sind zielführend. Ich würde mich nicht wundern, wenn China ein massives Minoritätenproblem entwickelte, nicht nur in Tibet, sondern auch bei seinen islamischen Bürgern in Xinjiang. Muslime, z. B. die Uiguren, gibt es nämlich auch in China. Islamistischer Terror ist zielführend strategisch nutzbar. Nicht erst seit Afghanistan 1979.

Ein tendenziell isolationistischer Präsident wie Trump ist allerdings nicht zielführend.

Deswegen entstand die Einheitsfront der US-Geheimdienste und der US-Konzern-Medien gegen Trump. Sein einziger Verbündeter im Deep State ist das Militär. Trump ist von Generälen umgeben – und die haben in einer Art Zeitlupenputsch die Außenpolitik [13] übernommen. Und auf imperialen Kurs korrigiert.

In dieser Situation kommt jetzt durch einen Bericht in der Washington Post [14] heraus, wer das Schmutzdossier des ehemaligen MI6 Agenten Steele über Trump bezahlt hat, die Grundlage für das faktenfreie „Russland-hat-die-US-Wahl-manipuliert“-Gerede in den US-Konzernmedien: Hillary Clinton.

Exakt, beweisbar: Ihre Partei. Clintons direkte Beteiligung ist nicht beweisbar, aber wer abstreitet, dass sie dahinter steckt, versteht nicht, wie so etwas im Tiefen Staat organisiert wird. Der Fachbegriff ist „Plausible Deniability“ (glaubwürdige Abstreitbarkeit).

Das funktioniert so: Der Chef oder die Chefin nickt die Sache ab, oder initiiert sie, allerdings ohne nachweisbare Spuren zu hinterlassen und nur im kleinen Kreis. Offiziell hat das irgendein Stellvertreter gemacht, der, wenn die Intrige klappt, eine Raketenkarriere vor sich hat, oder, falls die Intrige herauskommt, erstmal rituell geopfert wird, damit der Chef oder die Chefin unbefleckt bleibt. Der Strippenzieher macht dann die Raketenkarriere mit ein paar Jahren Verzögerung.

Die Nachricht, dass Clintons Wahlkampfteam und der Demokratische Nationalkongress die Steele-Schmutzakte mitfinanziert haben, stammt von der Washington Post [15] und wurde z.B. von der BBC [16], CNN oder der Chicago Tribune weiterverbreitet [17]. Sie stammt also aus Quellen, die von den realexistierenden Medien zum Premiumbereich gezählt werden.

Und jetzt raten Sie mal, wo Sie diese Nachricht nicht finden, obwohl Sie dort angeblich in der ersten Reihe sitzen.

Genau dort, wo Ihnen außerdem niemand erklärt, nach welchen Regeln dieses schmutzige Spiel funktioniert, obwohl genau das bitter nötig wäre, um nicht jahrzehntelang das Opfer von solchen spätrömischen Machenschaften zu werden.

Wieso wird diese Nachricht, und es ist nicht die einzige dieser Kategorie, keine Schlagzeile der Titelseiten? Wem nützt es, wenn Sie, liebe Zuschauer, Zuhörer und Leser, nach der Champignon-Methode informiert werden: „Halte sie immer im Dunkeln und füttere sie mit Bullshit“? Ihnen? Der Demokratie?

Das Schweigen der Wölfe in ARD und ZDF, Süddeutsche, Zeit, FAZ, DLF etc. wirft viele ernste Fragen auf. Z.B. warum auch in unseren Medien alles getan wird, um die Beziehungen zu Russland zu verschlechtern, obwohl das weder im Interesse der deutschen Außenpolitik noch im Interesse der deutschen Wirtschaft ist, sondern ausschließlich im Interesse der imperialen US-Politik. Ein Anheizen der militärischen Konfrontation ist verantwortungslos, weil es eine steigende Kriegsgefahr bedeutet.

Warum bringen dann unsere realexistierenden Qualitätsmedien jede Nachricht, die das negative Russlandbild verstärkt, aber verschweigen aktiv eminent wichtige Meldungen, die den Konflikt entschärfen können?

Nicht zuletzt steht damit die Frage im Raum, welche Art von Gemeinsamkeit die Führungsschicht unserer Qualitätsmedien dazu bringt, wie Wölfe nur im Chor zu heulen, und wie gleichgeschaltet taubstumm zu agieren, obwohl sie doch darauf bestehen, dass sie kein Wolfschor und weder taubstumm noch gleichgeschaltet sind?

Quellen:

[1] *<https://www.vanityfair.com/news/2017/03/how-the-explosive-russian-dossier-was-compiled-christopher-steele>*

[2] *<https://www.youtube.com/watch?v=wNZjvpFOTaE>*

[3] *<https://www.zdf.de/nachrichten/heute-journal/starke-kritik-an-trump-100.html>*

[4] **Das 1997 veröffentlichte** Buch „The Grand Chessboard“ (Das große Schachbrett), Brzezinskis (us-amerikanische Politikwissenschaftler und Berater mehrerer US-Präsidenten) Hauptwerk, gewährt einen tiefen Einblick in die langfristigen Interessen US-amerikanischer Machtpolitik. Es enthält einen analytischen Abriss der geopolitischen Zielsetzungen der Vereinigten Staaten für einen Zeitraum von 30 Jahren.

[5] *<https://de.wikipedia.org/wiki/Cordon_sanitaire>*

[6] *<https://beltandroad.hktdc.com/en/belt-and-road-basics>*

[7] *<http://www.bhp.com/media-and-insights/prospects/2017/09/belt-and-road-initiative>*

[8] *<https://internationale-friedenspolitik.org/aktuelles/fischers-visionen-lockgesaenge-einer-olivgruenen-sirene/>*

[9] <https://thediplomat.com/2017/02/why-trump-cant-break-russia-away-from-china/>
[10] <https://www.globalresearch.ca/a-failing-empire-russia-and-chinas-military-strategy-to-contain-the-us/5610650>
[11] <http://nationalinterest.org/blog/the-buzz/the-us-military-vs-russia-china-who-would-win-world-war-3-21753>
[12] <http://csbaonline.org/research/publications/preserving-the-balance-a-u.s.-eurasia-defense-strategy>
[13] <http://www.moonofalabama.org/2017/09/trumps-insurgency.html>
[14] <https://www.washingtonpost.com/world/national-security/clinton-campaign-dnc-paid-for-research-that-led-to-russia-dossier/2017/10/24/226fabf0-b8e4-11e7-a908-a3470754bbb9_story.html?hpid=hp_hp-top-table-main_dossier-630pm%3Ahomepage%2Fstory&tid=a_inl&utm_term=.bc06dbc06dcb>
[15] <https://www.washingtonpost.com/world/national-security/clinton-campaign-dnc-paid-for-research-that-led-to-russia-dossier/2017/10/24/226fabf0-b8e4-11e7-a908-a3470754bbb9_story.html?hpid=hp_hp-top-table-main_dossier-630pm%3Ahomepage%2Fstory&tid=a_inl&utm_term=.57c6b20a73b1>
[16] <http://www.bbc.com/news/world-us-canada-41752908>
[17] <http://www.chicagotribune.com/news/columnists/kass/ct-met-trump-dossier-clinton-kass-1026-story.html>

Autor:

Dirk Pohlmann

(geb. 1959) ist ein deutscher Drehbuchautor, Filmregisseur und freier Journalist. eit 2004 beschäftigt er sich schwerpunktmäßig mit Geheimdienstoperationen im Kalten Krieg. Seit Herbst 2015 ist Pohlmann für das freie Journalistenportal KenFM als Reporter tätig.

Dieser Text wurde zuerst am 29.10.2017 auf KenFM.de unter der URL ‹https://kenfm.de/das-schweigen-der-woelfe/› veröffentlicht. (Lizenz: KenFM)

‹http://www.free21.org/?p=28498›

Perspektiven der Demokratie

Yanis Varoufakis, Ex-Finanzminister Griechenlands und Gründer von DIEM25, spricht über sein Demokratie-Verständnis, die Rolle der Demokratie in der EU sowie der Ökonomie als oberstes Leitprinzip und den ungleichen Prinzipien, die Deutschland für sich beansprucht und an andere anlegt.

von acTVism Munich

Bei der Pressekonferenz anlässlich des Treffens zwischen Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble und seinem griechischen Amtskollegen Dr. Giannis Varoufakis am 5. Februar 2015 in Berlin. (Foto: Jörg Rüger, CC BY-SA 3.0)

ACTVISM: *Was verstehen Sie unter dem Begriff "Demokratie"?*
YANIS VAROUFAKIS: Demokratie ist ein Prozess. Es ist der beste Prozess den wir haben, um sicherzustellen, dass Macht nicht zur Unterwerfung anderer und dazu genutzt wird, eine Gesellschaft zu schaffen, in der in Wirklichkeit niemand, nicht einmal die Mächtigen, leben wollen würden. Demokratie ist ein unvollkommenes Regierungssystem, das nie ein für allemal festgelegt ist. Sie befindet sich ständig im Fluss, ist immer unfertig; sie muss wieder und wieder in Frage gestellt werden und ist letztlich ein sehr empfindliches Gewächs, das leicht zertrampelt werden kann.
ACTVISM: *Wie praktiziert die Bewegung Diem25 Demokratie?*
YANIS VAROUFAKIS: Wir haben lang und hart daran gearbeitet, sicherzustellen, dass wir Demokratie nicht nur predigen, sondern auch selbst praktizieren, denn Demokratie beginnt zu Hause. Wir kämpfen – und es ist ein Kampf – um die Etablierung einer Kombination horizontaler und vertikaler Aspekte. Horizontalität bedeutet, dass jeder, der Diem beigetreten ist, eine Organisation – wir nennen das ein DSC, ein Diem-Spontan-Kollektiv – gründen kann, solange er unser Manifest und unsere Prinzipien vertritt. Man tut das in der eigenen Region und macht es einfach: Man engagiert sich in Aktivismus, Kritik und politischer Organisation, in Debatten unter Kollegen, die unsere gemeinsamen Prinzipien vorantreiben und all das ohne die Erlaubnis irgendeiner zentralen Autorität innerhalb von Diem. All diese spontanen Kollektive tragen zur Politik, zur Konzeption von Diem25, zu unseren Kampagnen bei. Gleichzeitig haben wir auch Vertikalität; wir haben ein Koordinationskollektiv, eine Art zentrales Koordinationskomitee, wo die Dinge zusammenlaufen, weil jetzt, wo wir Hunderte von Organisationen und Zehntausende von Mitgliedern haben, diese große Maschinerie ein wenig koordiniert werden muss. Die Balance zwischen Horizontalität und Vertikalität ist immer unfertig, aber wie gesagt funktioniert die Demokratie für uns. Es gibt kein großes, perfektes demokratisches Modell; es muss im Rahmen unserer Bewegung ständig neu geschaffen werden.
ACTVISM: *Was sagen Sie zu den bevorstehenden Wahlen in Deutschland?*
YANIS VAROUFAKIS: Angesichts der Gegebenheiten und des völligen Vertrauensverlustes gegenüber fast allen Parteien – Frau Merkel hat ihre eigene Glaubwürdigkeit innerhalb der CDU eingebüßt, die SPD genießt nur noch unter ihren treuen Unterstützern Vertrauen, die Grünen sind kein Faktor, sie sind in sehr hohem Maß vom Ordo-Liberalismus kooptiert worden, die Linke ist gespalten – angesichts dieses traurigen Bildes denke ich, dass ein Parlament ohne klare Mehrheiten das Beste ist, auf das wir hoffen können. Das schlimmste Ergebnis wäre das, was ich für sehr wahrscheinlich halte, eine Koalition zwischen Christdemokraten und Freidemokraten. Und das wäre ein Desaster, weil die Freidemokraten – trotz einiger guter Positionen, wie etwa im Hinblick auf Flüchtlinge und Grenzen – zugleich als Liberale oder Neoliberale absolut katastrophale Ansichten darüber haben, was in Europa und speziell in der Eurozone getan werden muss. Dr. Wolfgang Schäuble wird in der FDP einen großartigen Verbündeten haben. Der Kampf gegen diese Koalition zwischen Christdemokraten und der FDP sollte im Augenblick das Anliegen aller progressiven Kräfte sein.
ACTVISM: *Ist die Europäische Union demokratisch?*
YANIS VAROUFAKIS: Die Europäische Union wurde mit Absicht als demokratiefreie Zone konzipiert. Genau wie die OPEC, die Organisation der Erdölexportierenden Staaten, als Kartell konzipiert war. Die Europäische Union hieß ja zuerst Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, ganz ähnlich wie bei der OPEC. Sie war ein Kartell. Sie war ein ökonomisches und natürlich auch ein politisches und kulturelles Projekt, aber letztlich ein Kartell. Die Bürokratie in Brüssel wurde als die Bürokratie eines Kartells

Publiziert auf Free21 am 19.11.2017, 09:57 Uhr, von acTVism auf www.actvism.org, Lizenz: actvism.org

installiert. Sie sollte dafür sorgen, dass es keinen Demos geben würde, der irgendeine Rolle bei den Entscheidungen spielt. Natürlich musste es ein hohes Maß an Kommunikation und an dem geben, was man früher mit dem heute unbeliebten Begriff Propaganda bezeichnete und letztere nahm die Form einer demokratischen Hülse an, hinter der sich dieses Kartell verbarg. So haben wir ein Europäisches Parlament, obwohl es gar kein echtes Parlament ist, weil dort gar nicht das passiert, was man universell als Gesetzgebung versteht. Am Ende werden alle Entscheidungen hinter verschlossenen Türen und ohne jede Transparenz und Rechenschaftspflicht getroffen. Wenn also Leute sagen, es gebe in Brüssel und der EU ein demokratisches Defizit, sage ich ihnen: Nein, das ist analytisch sehr ungenau. Es gibt hier überhaupt keine Demokratie. Was ist unsere Aufgabe? Wir müssen diesem Kartell entgegentreten und es gnadenlos angreifen, um es zu demokratisieren. Denken wir einmal zurück an das 19. Jahrhundert. Der Kapitalismus hatte immer zum Ziel, die Demokratie auszuschließen. Selbst das erste Parlament, das britische Unterhaus verfolgte den Zweck, den demos fernzuhalten. Aber demokratische Bewegungen stürmen die Festungen der Herren, also müssen wir die Festungen in Brüssel stürmen.

ACTVISM: *Behandelt die Europäische Union ihre Mitglieder gleich?*

YANIS VAROUFAKIS: Lassen Sie mich diese Frage anhand eines tatsächlichen Falls beantworten, nämlich anhand meiner Diskussionen mit Wolfgang Schäuble. Irgendwann erwähnte ich ihm gegenüber die Privatisierung von vierzehn regionalen Flughäfen in Griechenland, eine Privatisierung, die die Troika der Kreditgeber und er selbst gegenüber uns mit aller Härte verfochten hatte und die nach meinem Rücktritt auch durchgeführt wurde. Sie alle wurden schließlich für ein Handgeld von der Fraport AG, einer deutschen Gesellschaft, die ironischerweise mehrheitlich in Staatsbesitz ist, gekauft und ich fragte ihn: Wolfgang, würden Sie je zustimmen, dass in Deutschland all diese wichtigen Flughäfen privatisiert und an ein einziges Unternehmen verkauft werden, ohne dass die Regional- oder Bundesregierung Anteile behält? Mit anderen Worten, nein zum Wettbewerb sagt? Denn wenn man alle an nur ein Unternehmen verkauft, schafft man doch ein Monopol! Würden Sie dem in Deutschland jemals zustimmen? Er sagte: Nein, natürlich nicht! Worauf ich entgegnete: Warum zwingen Sie dann uns dazu? Seine Antwort war, vielleicht nicht in diesen Worten, aber sinngemäß: Sie können nicht erwarten, dass für Griechenland und Deutschland dieselben Regeln gelten. Ihr Land ist eine Schuldenkolonie.

ACTVISM: *Wird bei der EU in Handelsfragen mit zweierlei Maß gemessen?*

Yannis Varoufakis zu Besuch bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin, Februar 2016 (Foto: Patrick Stary, CC BY 2.0)

YANIS VAROUFAKIS: Die deutsche Regierung, besonders Dr. Wolfgang Schäuble, redete wieder und wieder über die Regeln und darüber, wie wichtig sie seien. Und natürlich bestehen sie theoretisch tatsächlich darauf, dass jeder sich an die Regeln halten muss. Aber wie sich herausstellt, halten sie selbst sich nicht daran. Nehmen wir etwa die verschiedenen Abkommen. Wenn Griechenland oder Portugal Abkommen brechen, werden sie dafür an den Pranger gestellt. Aber es gibt einige entscheidende wichtige Abkommen mit Griechenland, die von der anderen Seite verletzt wurden. So gab es etwa ein Abkommen, nach dem die Profite der Europäischen Zentralbank aus griechischen Staatsanleihen an Griechenland zurückgegeben werden sollten. Das ist aber nicht passiert. Stattdessen hat Dr. Wolfgang Schäuble einen Großteil davon für sich beansprucht und es entgegen dem expliziten Abkommen auf europäischer Ebene seinem Haushalt zukommen lassen. Hier noch ein weiteres Beispiel für gebrochene Regeln: Laut den Regeln der EU zum Ausgleich von zu hohen Defiziten oder Überschüssen sollte ein Land bestraft werden, wenn es ein zu hohes Haushaltsdefizit hat, aber es sollte auch bestraft werden, wenn es einen zu hohen Handelsüberschuss hat. Alles über sechs Prozent des BNP sollte hier sofort eine Strafe nach sich ziehen. Deutschland jedoch hat diese Regel mit einem Handelsüberschuss von mehr als neuneinhalb Prozent, also nicht sechs, sondern neuneinhalb Prozent verletzt. Und was ist mit der Regel passiert, nach welcher es dann durch die EU bestraft werden sollte? Sie wurde stillschweigend vergessen. Aber was passiert, wenn Regeln nur für die Schwachen gelten? Dann bekommt man eine Autokratie, wie wir sie im 19. Jahrhundert hatten; damals nannte man das Kanonenbootdiplomatie. Das ist es, was wir heute haben.

ACTVISM: *Wie sehen Sie die Zukunft der Demokratie in Europa?*

YANIS VAROUFAKIS: Ich möchte mich hier nicht in Spekulationen ergehen. Unsere Aufgabe als Aktivisten, als Bürger, als Politiker, als Mitglieder von Diem25 ist nicht, Vorhersagen zu machen, sondern zu handeln. Wir haben eine moralische Verantwortung gegenüber uns selbst und nur ein kurzes Leben, das wir daher genießen sollten, indem wir versuchen, diese Welt zu verändern, statt uns an sie anzupassen. Und das bedeutet weder Pessimismus noch Optimismus, aber große Hoffnung in die Fähigkeit der Menschheit, die Kontrolle über ihr Schicksal Kräften zu entreißen, die sowohl idiotisch als auch autoritär sind.

Quellen:

Transkript des Interviews: <http://www.actvism.org/wp-content/uploads/2017/09/170923_Public_Transcript_Varoufakis_Democracy-.pdf>

Anmerkungen:

Perspektiven der Demokratie: Herausforderungen und Potentiale, 7 Videos: Das Vertrauen in die Politik bröckelt und einfache Lösungen gewinnen an Zulauf. Der Einfluss von Konzernen auf die Gesetzgebung und die soziale Ungleichheit wachsen. Dazu stehen uns mit zukünftigen Entwicklungen, wie der Digitalisierung, große Veränderungen bevor. acTVism Munich und Mehr Demokratie e.V. haben daher sechs nationale und internationale Expert/innen zur Interviewserie „Perspektiven der Demokratie: Herausforderungen und Potenziale“ eingeladen. ‹*https://www.youtube.com/playlist?list=PLRLt57BRPAiLQXmkNlD7rINt132dXadT6*›

Im Interview:

Yanis Varoufakis

ist ein griechischer Wirtschaftswissenschaftler und Autor mehrerer Sachbücher. Bei der Parlamentswahl im Januar 2015 wurde er über die Liste von SYRIZA ins griechische Parlament gewählt. Vom 27. Januar bis zum 6. Juli 2015 war er Finanzminister im Kabinett Alexis Tsipras. Zusammen mit weiteren Mitstreitern gründete er am 8. Februar 2016 die Bewegung DiEM25. Quelle: Wikipedia

Dieser Text wurde zuerst am 23.9.2017 auf www.actvism.org unter der URL ‹http://www.actvism.org/politics/yanis-varoufakis-demokratie/› veröffentlicht. Lizenz: acTVism Munich e.V.

‹http://www.free21.org/?p=28323›

Schockierendes Interview zu Syrien

Ein Fernsehinterview eines hohen Regierungsvertreters von Qatar, der die Wahrheit hinter den Ursprüngen des Krieges in Syrien gesteht, geht viral über die arabischen Sozialen Medien in der gleichen Woche, in der ein durchgesickertes streng geheimes NSA-Dokument [1] veröffentlicht wurde, das bestätigt, dass die bewaffnete Opposition in Syrien seit den frühen Jahren des Konflikts unter dem direkten Kommando ausländischer Regierungen stand.

von Tyler Durden

Eine Pressekonferenz 2013 in London: Qatari Premierminister Sheikh Hamad bin Jassim bin Jabr Al Thani mit US-Außenminister John Kerry. Eine E-Mail aus dem Jahr 2014 von Hillary Clinton [3] bestätigte Qatar als Staatssponsor des ISIS im selben Zeitraum.

Laut einem bekannten syrischen Analytiker [2] und Wirtschaftsberater mit engen Kontakten in der syrischen Regierung bildet das explosive Interview ein hochrangiges „öffentliches Eingeständnis von Absprachen und Koordination zwischen vier Ländern, um einen unabhängigen Staat zu destabilisieren, [einschließlich] möglicher Unterstützung für Nusra/al-Qaida". Wichtig ist, dass „dieses Eingeständnis dazu beitragen wird, Argumente für das vorzubringen, was Damaskus als einen Angriff auf seine Sicherheit und Souveränität betrachtet. Es wird die Grundlage für Entschädigungsansprüche bilden."

Während der Krieg in Syrien langsam nachlässt, scheint neues Quellenmaterial [4] fast wöchentlich herauszukommen in Form von Zeugenaussagen von Spitzenbeamten, die an der Destabilisierung Syriens beteiligt sind, und sogar gelegentlich durchgesickerte E-Mails und Dokumente [5], die weitere Details über verdeckte Regimewechseloperationen gegen die Regierung Assad enthüllen. Obwohl vieles von diesem Inhalt dazu dient, das zu bestätigen, was denjenigen, welche die einfache Propaganda, die die Mainstream-Medien beherrscht hat, noch nie akzeptiert haben, schon lange bekannt ist, fügen sich die Details immer mehr zusammen und geben künftigen Historikern [6] ein klareres Bild von der wahren Natur des Krieges.

Dieser Prozess der Klarheit wurde - wie prognostiziert [7] - durch die anhaltenden Konflikte zwischen den ehemaligen Verbündeten Saudi-Arabien und Qatar im Golf-Kooperationsrat (GCC) unterstützt, in denen beide Seiten den jeweils anderen beschuldigten, den islamischen Staat und die al-Qaida-Terroristen zu finanzieren (ironischerweise trifft beides zu). Zunehmend sieht die Welt zu, wie immer mehr schmutzige Wäsche zu Tage kommt und der GCC implodiert nach Jahren, in denen nahezu alle Golfmonarchien die Dschihad-Bewegungen in Ländern wie Syrien, Irak und Libyen finanzieren.

Der qatarische Spitzenfunktionär ist niemand anderer als der ehemalige Premierminister Hamad bin Jassim bin Jaber al-Thani, der bis 2013 (auch als Außenminister) die Syrien-Operationen im Auftrag von Qatar leitete und mit der damaligen Staatssekretärin Hillary Clinton auf einem Foto im Januar 2010 zu sehen ist (zur Erinnerung: Das World Cup Committee 2022 in Qatar spendete 2014 der Clinton Foundation 500.000 Dollar) [8].

In einem Interview mit Qatari TV am Mittwoch enthüllte Bin Jaber al-Thani, dass sein Land neben Saudi-Arabien, der Türkei und den Vereinigten Staaten von Amerika begann, Waffen an Dschihadisten zu liefern, und zwar ab dem Moment, als die Ereignisse „zum ersten Mal" (im Jahr 2011) begannen.

Al-Thani verglich die verdeckte Operation sogar mit „Jagd auf Beute" - die Beute waren Präsident Assad und seine Unterstützer - eine „Beute", die entkommen ist, wie er eingesteht (nachdem Assad immer noch an der Macht ist; benutzte er ein arabisches Dialektwort aus der Golfregion, „al-sayda", was Jagd auf Tiere oder Beute als Sport bedeutet). Obwohl Thani glaubwürdige Behauptungen [9] bezüglich der Unterstützung von ISIS dementierte, implizierten die Worte des ehemaligen Premierministers eine direkte Unterstützung von Al Qaida in Syrien (al-Nusra Front) bereits in den ersten Kriegsjahren durch die Golfstaaten und die USA, und er sagte sogar, Qatar habe „vollständige Dokumente" und Aufzeichnungen, die belegen, dass der Krieg geplant war, um einen Regimewechsel herbeizuführen.

Außenministerin Clinton trifft den Außenminister von Katar (Foto: flickr.com, U.S. Department of State, CC BY-SA 2.0)

Laut der ZeroHedge vorliegenden Übersetzung sagte al-Thani, während er bestätigte, dass die Golfstaaten die Jihadisten in Syrien mit der Zustimmung und Unterstützung der USA und der Türkei bewaffnet haben: „Ich will nicht ins Detail gehen, aber wir haben vollständige Dokumente über unsere Beteiligung [in Syrien]. Er behauptete, dass sowohl der saudiarabische König Abdullah (der bis zu seinem Tod im Jahr 2015 regierte) als auch die Vereinigten Staaten von Amerika Qatar in eine führende Rolle bei geheimen Operationen zur Ausführung des Stellvertreterkrieges stellten.

Die Äußerungen des ehemaligen Premierministers waren zwar sehr aufschlussreich, aber dennoch als Verteidigung und Entschuldigung für die Unterstützung Qatars für den Terrorismus, und als Kritik an den USA und Saudi-Arabien gedacht, weil diese im Wesentlichen Qatar die Verantwortung für den Krieg gegen Assad „in die Schuhe schoben". Al-Thani erklär-

Publiziert auf Free21 am 27.11.2017, 14:03 Uhr. Von Tyler Durden auf ‹www.antikrieg.com›. Lizenz: Tylor Durden.

te, dass Qatar seine Finanzierung von bewaffneten Aufständischen in Syrien fortsetzte, während andere ihre Länder letztendlich umfangreiche Unterstützung herunterfuhren, weshalb er auch gegen die USA und Saudi-Arabien ankämpfte, die anfangs „mit uns im selben Graben waren".

In einem früheren US-Fernsehinterview, über das kaum weiter berichtet wurde, erklärte Al-Thani, als er vom Moderator Charlie Rose (10) nach Behauptungen über Qatars Unterstützung für den Terrorismus gefragt wurde, dass „in Syrien, jeder Fehler gemacht habe, einschließlich Ihres Landes der USA.". Als der Krieg in Syrien begann, „funktionierte alles von Nutzen durch zwei Operationszentren: eines in Jordanien und eines in der Türkei".

Hier [11] ist der Schlüsselteil des Interviews vom Mittwoch [12], übersetzt und untertitelt von @ Walid970721. ZeroHedge hat die Übersetzung überprüft und bestätigt [13], aber wie der ursprüngliche Eilübersetzer bestätigt hat, sagt al-Thani nicht „Dame", sondern „Beute" [„al-sayda"] - nachdem beide - Assad und die Syrer - von den anderen Ländern gejagt wurden.

Die teilweise englische Abschrift lautet [übersetzt] wie folgt:

„Als die Ereignisse in Syrien begannen, ging ich nach Saudi-Arabien und traf mich mit König Abdullah. Ich tat das im Auftrag seiner Hoheit, des Prinzen, meines Vaters. Er [Abdullah] sagte, wir stehen hinter dir. Ihr geht mit diesem Plan voran und wir koordinieren, aber ihr sollt die Verantwortung übernehmen. Ich werde nicht auf Einzelheiten eingehen, aber wir haben vollständige Dokumente und alles, was [nach Syrien] geschickt wurde, würde in die Türkei gehen und war in Abstimmung mit den US-Streitkräften, und alles wurde über die Türken und die US-Streitkräfte verteilt. Und wir und alle anderen Militärs waren beteiligt. Es mag Fehler gegeben haben und die Unterstützung wurde der falschen Fraktion gegeben .... Vielleicht gab es eine Beziehung zu Nusra, das ist möglich, aber ich selbst weiß nichts darüber ... wir kämpften um die Beute [„al-sayda"] und jetzt ist die Beute weg und wir kämpfen immer noch ... und jetzt ist Bashar immer noch da. Ihr [die USA und Saudi-Arabien] wart mit uns im selben Graben ... Ich habe keinen Einwand dagegen, dass sich jemand ändert, wenn er feststellt, dass er sich geirrt hat, aber informieren Sie zumindest Ihren Partner ... zum Beispiel verlassen Sie Bashar [al-Assad] oder tun Sie dies oder jenes, aber die Situation, die jetzt geschaffen wurde, wird niemals einen Fortschritt im GCC [Golf-Kooperationsrat] oder irgendeinen Fortschritt in irgendetwas zulassen, wenn wir uns weiterhin offen in den Haaren liegen."

Wie jetzt bekannt ist, war die CIA direkt an der Leitung der Regimewechselanstrengungen in Syrien mit den verbündeten Golfpartnern beteiligt, wie die durchgesickerten und deklassifizierten Memos des US-Geheimdienstes bestätigen [14]. Die US-Regierung verstand in Echtzeit, dass vom Golf und vom Westen gelieferte moderne Waffen an Al-Kaida und ISIS gingen, trotz offizieller Behauptungen über die Bewaffnung so genannter „gemäßigter" Rebellen. Z.B. bestätigte ein 2014 durchgesickertes Geheimdienst-Memo an Hillary Clinton die Unterstützung Qatars und Saudiarabiens für den ISIS.

Das E-Mail [15] erklärt in direkter und unmissverständlicher Sprache, dass:

> „... die Regierungen von Qatar und Saudi-Arabien dem ISIL und anderen radikalen sunnitischen Gruppen in der Region heimliche finanzielle und logistische Unterstützung gewähren."

Darüber hinaus veröffentlichte The Intercept einen Tag vor dem Interview mit Premierminister Thani ein neues streng geheimes NSA-Dokument [16], das aus durchgesickerten Geheimdienstakten von Edward Snowden stammt, die mit atemberaubender Klarheit zeigen, dass die bewaffnete Opposition in Syrien seit den ersten Jahren des Krieges, der mittlerweile eine halbe Million Menschenleben gefordert hat, unter dem direkten Kommando ausländischer Regierungen stand.

Das kürzlich veröffentlichte NSA-Dokument [17] bestätigt, dass ein Angriff 2013 mit fortgeschrittenen Boden-Boden-Raketen auf zivile Gebiete in Damaskus, einschließlich des Internationalen Flughafens von Damaskus, direkt von Saudi-Arabien mit voller Kenntnis der US-Geheimdienste beliefert und kommandiert wurde. Wie der ehemalige Premierminister von Qatar jetzt ebenfalls bestätigt, haben sowohl die Saudis als auch die US-Regierung „Operationszentren" eingerichtet, die solche abscheulichen Angriffe während des Zeitraums des Damaskus-Angriffs 2013 betreuten.

Zweifellos gibt es noch immer eine riesige Fundgrube an brisanten Dokumenten, die in den kommenden Monaten und Jahren weiter hervorsickern werden. Zumindest wird der anhaltende diplomatische Krieg zwischen Qatar und Saudi-Arabien mehr Früchte tragen, wenn beide Seiten ein Verfahren gegeneinander mit dem Vorwurf der Unterstützung des Terrorismus führen. Und wie wir aus diesem letzten Qatari TV-Interview ersehen können, werden selbst die Vereinigten Staaten von Amerika in dieser neuen offenen Saison der öffentlichen Schmutzwäsche nicht verschont bleiben, wenn alte Verbündete gegeneinander auftreten.

Quellen:

[1] <http://www.zerohedge.com/news/2017-10-24/bombshell-nsa-memo-saudi-arabia-ordered-attack-damascus-international-airport-us-kno>

[2] <https://twitter.com/EHSANI22/status/924047915085070336>

[3] <https://www.salon.com/2016/10/11/leaked-hillary-clinton-emails-show-u-s-allies-saudi-arabia-and-qatar-supported-isis/>

[4] <http://www.zerohedge.com/news/2017-10-24/bombshell-nsa-memo-saudi-arabia-ordered-attack-damascus-international-airport-us-kno>

[5] <http://www.zerohedge.com/news/2017-08-28/journalist-interrogated-fired-story-linking-cia-and-syria-weapons-flights>

[6] <https://www.libertarianinstitute.org/articles/shadow-wars-a-renowned-uk-professor-documents-the-rise-of-isis/>

[7] <http://www.zerohedge.com/news/2017-09-14/you-rabid-dogs-watch-sreaming-arab-league-members-accuse-each-other-terrorism>

[8] <http://freebeacon.com/politics/qatars-controversial-world-cup-committee-is-a-clinton-foundation-donor/>

[9] <https://www.alternet.org/grayzone-project/us-and-gulf-allies-supported-islamist-extremists-syria-qatars-ex-prime-minister>

[10] <https://www.alternet.org/grayzone-project/us-and-gulf-allies-supported-islamist-extremists-syria-qatars-ex-prime-minister>

[11] <https://twitter.com/walid970721/status/923825448324345858>

[12] <https://www.youtube.com/watch?time_continue=5455&v=nOdwO4XCwHk>

[13] <https://twitter.com/walid970721/status/923841125512830976>

[14] <https://medium.com/insurge-intelligence/secret-pentagon-report-reveals-west-saw-isis-as-strategic-asset-b99ad7a29092>

[15] <https://wikileaks.org/podesta-emails/emailid/3774>

[16] <https://theintercept.com/2017/10/24/syria-rebels-nsa-saudi-prince-assad/?comments=1#comments>

[17] <https://www.documentcloud.org/documents/4116277-NSA-Slide-on-Saudi-Ordered-Attack-by-Syrian.html>

Autor:

Tylor Durden

schreibt unter diesem Pseudonym regelmäßig für die Webseite Zerohedge und möchte anonym bleiben. Wir lassen den Artikel zu, da viele Quellen aufgeführt sind.

http://www.zerohedge.com

Dieser Text wurde zuerst am 29.10.2017 auf www.antikrieg.com unter der URL <http://antikrieg.com/aktuell/2017_10_29_in.htm> veröffentlicht. Lizenz: Tylor Durden

<http://www.free21.org/?p=28477>

ISIS – immer wieder übernehmen sie die Verantwortung

von Peter Koenig

Jedes Mal wenn ein Terrorangriff Europa oder die Welt trifft, dann muss man nur ein paar Stunden warten, und die Polizei oder die Medien melden, dass ISIS/ISIL/Daesh die Verantwortung übernommen hat. Um die Glaubwürdigkeit zu erhöhen, sagen sie für gewöhnlich, dass das von der ISIS-Nachrichtenagentur Amaq bestätigt wurde. Sobald diese winzige Information herausgegeben wurde, holt die empörte Öffentlichkeit tief Luft und lehnt sich zurück. Es waren mal wieder die üblichen Verdächtigen. Sie waren es, nicht wir. Uns geht's gut. Wir können wieder weitermachen.

Allein in Europa ist das seit Mai 2014 mehr als 40 mal passiert – so viele von „Moslems verübte Terrorangriffe" sind in Westeuropa passiert; von Paris bis Nizza, Brüssel, London, Berlin, Würzburg, Kopenhagen, Zvornik (Bosnien/Herzegowina), Moskau, Istanbul und viele andere. [1]

Terroranschlag Berlin-Breitscheidplatz 2016. (Foto: Andreas Trojak / Flickr / CC BY 2.0)

Und fast immer wurden ausnahmslos die vermeintlichen Täter getötet, obwohl die meisten nicht bewaffnet waren und von der Polizei festgenommen, befragt und verurteilt hätten werden können. Tote reden nicht. Das ist angenehmer.

Der jüngste Terror-Amoklauf in Barcelona auf der Rambla ist nicht anders. Er ist ein Paradebeispiel und ein typischer Fall für Verwirrung. Es gab mehrere Hauptverdächtige und Tote. Viele Namen wurden genannt – und natürlich wurde ein Pass gefunden, der auf eine spanische Enklave in Marokko hindeutet. Der Inhaber des Passes wandte sich sofort an die Polizei und sagte, der Pass sei ihm gestohlen worden, mit einem soliden Alibi. Aber dann hat passenderweise sein 17-jähriger Bruder den Pass gestohlen und in dem weißen Transporter zurückgelassen. Dann ist er zu Fuß geflohen, verletzt durch eine Explosion am Tag zuvor, in einer Unterkunft 230 km südlich von Barcelona – war er das wirklich? Mehrere Stunden nach dem Angriff auf die Rambla wurde er von der Polizei in Cambrils geschnappt, 120 km südlich von Barcelona, wo er wieder Fußgänger überfahren wollte und zusammen mit fünf anderen Terroristen erschossen wurde, die sich alle in einen Audi quetschten. Da fragt man sich: so viele Terroristen in einem Auto? – oder war er überhaupt einer der Getöteten? [2]

Mittlerweile sind die Menschen echt total verwirrt. Keiner kennt sich mehr in dem Chaos aus. Besser man überlässt es den Behörden. Die wissen am besten wie man mit der Situation umgeht. Machen wir weiter wie vorher – bis zum nächsten Terrorangriff – Allahu Akbar – sehr wahrscheinlich an einem Schauplatz in deiner Nähe, irgendwo in diesem alten, absichtlich und zunehmend militarisierten Polizeistaat namens Europa.

Was ist mit dem echten und unschuldigen Inhaber des Passes passiert? – Weiß es jemand? Oder sollen wir zehn „offizielle" Quellen befragen und zehn verschiedene Antworten bekommen?

Wie kommt es, dass die Spezialpolizei in ganz Europa die gleiche Philosophie anwendet – Töten, um zum Schweigen zu bringen? Gibt es nicht einen moralischen Polizeikodex – Schießen nur zur Selbstverteidigung? Die meisten Fälle waren keine Selbstverteidigung, da die „Terroristen" sichtbar nicht bewaffnet waren. Haben die geheimen und speziellen Polizeikräfte Europas ein gemeinsames, konzentriertes Training erhalten: keine muslimisch-terroristischen Überlebenden! (Anm.d.Ü.: bekommen europäische Polizeikräfte nicht auch schon Ausbildung in Israel?)

Warum nicht? – Das würde auch erklären, warum niemals jemand die ISIS-Behauptung zu Mord und Chaos in Frage stellt. Warum sollte ISIS/ISIL/Daesh jene schädigen, die sie finanzieren, ausbilden, bewaffnen und ernähren? – Das ist nicht einmal mehr ein Geheimnis. Hillary hat das bereits vor Jahren gesagt. Wir haben sie erschaffen, jetzt müssen wir uns damit auseinandersetzen. Frühere CIA-Beamte gaben zu, dass sie sie angeworben, finanziert, ausgebildet und bewaffnet haben – später wurde das ISIL/Daesh-Territorium mit zusätzlicher Finanzierung durch die Saudis, anderer Golfstaaten und die Türkei erweitert – und natürlich mit all den heiligen westlichen Alliierten. – Also warum sollte ISIS die Kuh töten, deren Milch sie trinkt? Seltsam, nicht wahr? [3]

Vielleicht ist das, was das Auge sieht, gar nicht die Realität. Könnte es sein, dass ISIS/ISIL/Daesh aus reiner Dankbarkeit gegenüber ihren wohltätigen Sponsoren zu-

Publiziert auf Free21 am 02.11.2017, 20:31 Uhr, von Peter Koenig auf www.thesaker.is. Lizenz: Peter Koenig.

Autor:

Peter Koenig

ist ein Wirtschafts- und politischer Analyst. Er ist auch ein ehemaliger Mitarbeiter der Weltbank und beschäftigt sich rund um die Welt intensiv mit Umwelt- und Wasserfragen. Er hält Vorträge an Universitäten in den USA, Europa und Südamerika. Er schreibt regelmäßig für Global Research, ICH, RT, Sputnik, PressTV, The 4th Media (china), TeleSur, The Vineyard of the Saker Blog und andere Internetseiten. Er ist Autor von „Implosion – An Economic Thriller about War, Environmental Destruction and Corporate Greed" – ein Roman, er auf Fakten basiert und 30 Jahren Erfahrung bei der Weltbank rund um den Globus. Er ist ebenso Autor von „The World Order and Revolution – Essays from the Resistance"

gestimmt haben, jedes Mal die Verantwortung zu übernehmen, wenn ein westlich inszenierter Terrorangriff irgendwo in Europa oder im Rest der Welt passiert? Man kann es nicht ausschließen, oder? Das ist nicht mal Erpressung. Schließlich ist es nicht undenkbar, dass man den Großen Brüdern hilft, NATO, Frankreich, Deutschland, UK, US of A und viele andere kleinere Sponsoren, aber trotzdem Sponsoren, die einen am Leben erhalten. Stimmt's? Das Ganze geschieht mit stillschweigender Duldung und massiver Unterstützung europäischer Geheimdienste, angeführt von den üblichen Schurken CIA, MI6 und Mossad.

Ist es daher zu weit hergeholt um zu folgern, dass europäische Regierungen vollständig bei der Anstachelung und der Ausführung dieser Terrorangriffe „unter falscher Flagge" mitmachen? Und das Leben von hunderten Zivilisten opfern, nur damit sie ihr Ziel, die totale Militarisierung des Kontinents, erreichen? Dass sie als treue Vasallen dem Muster ihrer transatlantischen Partner folgen – mit dem Ziel der Full Spectrum Dominance – einer Weltvorherrschaft, einer Neuen Weltordnung unter einer One-World Ordnung, regiert von Washington und dessen Deep Dark-Akteuren? Barcelona, Paris und Berlin sind nur kleine Steinchen in dem Groß-Mosaik mit der Weltherrschaft. Und die Menschen, die Mütter, Väter, Frauen, Ehemänner und die Kinder, die getötet werden – sie sind nur ein untergeordneter Kollateralschaden. Aber es sind ja nur Sklaven – was sind sie wert?

Quellen:

[1] Islamic terrorism in Europe (2014–present) *<https://en.wikipedia.org/wiki/Islamic_terrorism_in_Europe_(2014%E2%80%93present)>*

[2] Barcelona – The Hypocrisy of Sorrow *<http://www.globalresearch.ca/barcelona-the-hypocrisy-of-sorrow/5604767>*

[3] Who is behind the Barcelona and Cabril attacks? Can we believe the official reports? *<http://www.globalresearch.ca/who-is-behind-the-barcelona-and-cabril-attacks-can-we-believe-the-official-reports/5604719>*

Dieser Text wurde zuerst am 22.08.2017 auf www.thesaker.is unter der URL ‹http://thesaker.is/isis-always-always-claims-responsibility/› veröffentlicht. Lizenz: Peter Koenig

‹http://www.free21.org/?p=28231›

Die Wahrheit über die Demokratie

Prof. Rainer Mausfeld über das absehbare Ende der „Demokratie". Exklusivabdruck aus dem Buch „Fassadendemokratie und Tiefer Staat".

von Rainer Mausfeld

Parlamentswahlen spielen offenkundig in kapitalistischen Demokratien für alle grundlegenden politischen Entscheidungen keine Rolle mehr. Die großen politischen Entscheidungen werden zunehmend von Instanzen und Akteuren bestimmt, die nicht der Kontrolle der Wähler unterliegen. Während also die Hülse einer repräsentativen Demokratie weitgehend formal intakt erscheint, wurde sie ihres demokratischen Kerns nahezu vollständig beraubt. Demokratie birgt also für die eigentlichen Zentren der Macht keine Risiken mehr.

Diese Entwicklung war bereits in der Erfindung der repräsentativen Demokratie angelegt und wurde seitdem strukturell, prozedural und ideologisch konsequent und systematisch vorangetrieben. Sie findet in den vergangenen Jahrzehnten ihren Abschluss in der neoliberalen Extremform des Kapitalismus. Die hier entstandenen Organisationsformen eines autoritären Kapitalismus haben sich des Staates, der verbliebenen Hülsen einer repräsentativen Demokratie und aller relevanten Entscheidungsmechanismen des

Deutscher Bundestag (Foto: Pixabay CCo)

Gemeinwesens in totalitärer Weise bemächtigt. Da die relevanten politischen Entscheidungen nicht mehr durch demokratisch legitimierte Instanzen bestimmt werden, sondern durch öffentlich nicht sichtbare Akteure, werden die mit einer solchen Herrschaftsform verbundenen Phänomene gelegentlich als „Tiefer Staat" bezeichnet. Eine solche Bezeichnung ist deskriptiv-phänomenologisch verständlich; sie birgt jedoch die Gefahr , ein tiefer gehendes Verständnis der Natur dieser neuartigen Organisationsformen der Macht zu verstellen und somit die Entwicklung geeigneter Formen eines politischen Widerstandes zu blockieren.

Demokratie ohne Demokratie

Die Idee der Demokratie hat eine recht eigenartige Geschichte. Zweimal, d.h. im Athen der Antike und in der Zeit der Aufklärung, entfaltete und materialisierte sie sich kurzzeitig als historisch singuläre Erscheinung inmitten einer Kontinuität oligarchischer

und autoritärer Herrschaftsformen und der maßlosen Verachtung, die die jeweiligen „Eliten" gegen das „gemeine Volk" und die „Massen" hegten. Ihren Überzeugungen nach sei das „Volk" überwiegend unfähig, sich am Gemeinwohl zu orientieren. Danach führe die Demokratie nahezu zwangsläufig zu einer „Pöbelherrschaft", was insbesondere daran erkennbar sei, dass die Mehrzahl der Nichtbesitzenden die Eigentumsverteilungen zu ihren Gunsten zu korrigieren suche. Die Herrschaftsform einer Demokratie sei also schon ihrem Wesen nach nicht geeignet, eine dem Gemeinwohl dienende gesellschaftliche Ordnung zu garantieren. Die Stabilität der herrschenden Eigentumsordnung sei umso gefährdeter, je mehr eine Demokratie die Form einer wirklichen, also partizipatorischen Demokratie annehme.

Zu den Kernelementen einer wirklichen Demokratie gehört, dass „das Volk" souverän im Sinne der „gesellschaftlichen Kompetenz der Selbstgesetzgebung" ist und alle Staatsapparate dem demokratischen Gesetz untergeordnet sind. Die athenische Demokratie, in der „die Regierung im ganz buchstäblichen Sinn eine „Regierung durch das Volk" war, war durch eine Herrschaft des Gesetzes und eine Teilhabe am Entscheidungsprozess gekennzeichnet. Jedoch fehlte eine rechtliche Sicherung der Eigentumsordnung, wie sie kennzeichnend für „liberale" Demokratiekonzeptionen ist. Erst mit der Konzeption der „liberalen Demokratie" wurden die Begriffe Freiheit und Eigentum aneinander gebunden. Partizipatorische Demokratiekonzeptionen, die die Grundgedanken der athenischen Demokratie weiterzuentwickeln suchten, wurden und werden daher von der Antike bis heute von den Besitzenden und von allen, die in der jeweiligen Gesellschaft einen höheren Status innehaben, ebenso bekämpft wie von der Mehrzahl der führenden Intellektuellen. Die Sozialgeschichte ebenso wie die politische Ideengeschichte ist seit ihren

Stimmabgabe beim zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl in Frankreich 2007 (Foto: Rama, CC BY-SA 2.0 fr)

Anfängen durchzogen von einer tiefen Demokratiefeindlichkeit. Erst in der Mitte des 19. Jahrhunderts trat ein Wandel ein, in dessen Gefolge „Demokratie" heute in der westlichen Welt als einzig legitimierte Herrschaftsform gilt.

Dieser Wandel ist erstaunlich und erklärungsbedürftig. Der wesentliche Grund liegt darin – wie in einer Vielzahl von sozialhistorischen und ideengeschichtlichen Studien aufgezeigt wurde –, dass man Wege fand, die Faszination, die die Idee der Demokratie für das Volk entfaltete, für Zwecke der politischen Machtausübung zu nutzen. Dazu war es nötig, die Demokratie für die jeweiligen Machteliten „risikofrei" zu gestalten. Alex Carey zeigt in seinem Klassiker „Taking the Risk out of Democracy" entlang historischer Linien auf, wie sich dies mit wesentlicher Mithilfe der Sozialwissenschaften und der Psychologie bewerkstelligen ließ. Nur unter der Voraussetzung, dass auch in einer Demokratie der Status herrschender Eliten nicht gefährdet wird, konnte Demokratie zu einer auch von den jeweiligen Zentren der Macht anerkannten Herrschaftsform werden. In einer geeignet konzipierten „Demokratie ohne Demokratie" sollte also die Kontrolle über alle relevanten Entscheidungsprozesse weiterhin bei den jeweiligen Machteliten verbleiben. Dazu war es erforderlich, die Demokratie in geeigneter Weise umzudefinieren und zudem strukturell, prozedural und ideologisch so abzusichern, dass die Eigentumsordnung nicht gefährdet werden konnte.

Repräsentative Demokratie als Elitendemokratie

Der wesentliche Schritt zu dieser Bedeutungsverschiebung wurde mit der Erfindung des Modells einer „repräsentativen Demokratie" geleistet. Die Gründerväter der amerikanischen Verfassung entwickelten mit diesem Konzept einen Demokratiebegriff, der seiner Natur nach das Modell einer wirklichen, also partizipatorischen Demokratie ausschloss. Für diese Form einer durch freie Wahlen legitimierten Oligarchie wurde die Bezeichnung Demokratie beibehalten, um das Bedürfnis des Volkes nach einer Volksherrschaft zu befriedigen – und zwar durch die Illusion einer Demokratie. Die dabei zugrunde gelegte Form von Repräsentation wurde „als ein Mittel verstanden, um das Volk von der Politik fernzuhalten" und „eine besitzende Oligarchie mit der Unterstützung der Masse der Bevölkerung über Wahlen an der Macht zu halten." Die repräsentative Demokratie wurde zu dem ausdrücklichen Zweck erfunden, dem Volk die Befähigung zu einer Selbstgesetzgebung ebenso abzusprechen wie überhaupt das Recht, ein eigenständiger politischer Akteur zu sein.

„Es ist wichtig, zu erkennen, dass der moderne Staat gewissenhaft und absichtsvoll zu dem ausdrücklichen Zweck konstruiert wurde, jeder gegebenen Bevölkerung, jedem Volk, die geistige Fähigkeit oder das Recht abzusprechen, für sich gemeinsam zu handeln, entweder unabhängig vom oder gegen ihren Souverän. […] Die Idee des modernen Staates wurde genau deshalb erfunden, um die mögliche Geschlossenheit demokratischer Ansprüche oder sogar auch nur echter politischer Aktion zurückzuweisen […] Die repräsentative Demokratie ist die für den modernen Staat gemachte Demokratie."

Die repräsentative Demokratie hat also bereits den Intentionen ihrer Erfinder nach einen verdeckt autoritären Charakter. Begleitet wurde ihre Erfindung von einer zunehmend verfeinerten ideologischen Rhetorik, der zufolge sie die einzige Demokratieform sei, die dem modernen Staat und seinen Komplexitäten angemessen, also alternativlos sei. Diese Indoktrination war ausgesprochen erfolgreich: „Wir haben uns an die Formel der repräsentativen Demokratie so gewöhnt, dass wir zumeist vergessen, dass diese US-amerikanische Idee ein Novum war. In ihrer föderalistischen Ausformung bedeutete sie jedenfalls, dass das, was bis dahin als Antithese zur demokratischen Selbstbestimmung begriffen wurde, nun nicht nur vereinbar mit, sondern konstituierend für die Demokratie war: nicht die Ausübung der politischen Macht, sondern der Verzicht auf sie, ihre Übertragung auf andere, d. h. die Entfremdung von ihr."

Die Konzeption einer repräsentativen Demokratie wurde also erfunden, um die Verwirklichung ernsthafter, partizipatorischer Formen von Demokratie zu blockieren. In den Worten der wohl bedeutendsten Repräsentationstheoretikerin, liest sich das folgendermaßen:

Publiziert auf Free21 am 30.10.2017, 10:52 Uhr, von Rainer Mausfeld auf www.rubikon.news, Lizenz: CC-BY ND 4.0

> Die Repräsentation, zumindest als politische Idee und Praxis, kam nur in der frühen modernen Periode auf und hatte nicht das geringste mit Demokratie zu tun.

Der eigentlich autoritäre Charakter der repräsentativen Demokratie wird klar erkennbar in den Gründungsdokumenten der Federalisten. So machte James Madison (1751-1836) explizit deutlich, dass es im Rahmen einer dem Gemeinwohl dienenden Politik vorrangig um den Schutz der Eigentumsordnung geht und dass bei der Wahl der politischen Repräsentanten der Meinung der Bürger kein besonderes Gewicht zukommen könne. Die Eliten wüssten besser, was für das Volk gut sei, als das Volk selbst.

> Die öffentliche Meinung, die von den Vertretern des Volkes ausgesprochen wird, steht mit dem Gemeinwohl mehr im Einklang als die Meinung des Volkes selbst.

Bei den im Wettstreit von Interessengruppen getroffenen politischen Entscheidungen müsse, so Madison, sichergestellt sein, dass die Gruppen der Erfolgreichen und Besitzenden einen größeren Einfluss auf die Gestaltung des Gemeinwesens und auch der öffentlichen Meinung haben als die Gruppen der Nichtbesitzenden. Mit dem Mechanismus der parlamentarischen Repräsentation lässt sich dies bewerkstelligen, da zwar die parlamentarischen „Volksvertreter" abgewählt werden können, jedoch nur durch andere Mitglieder aus dem Spektrum vorgegebener Elitegruppierungen ersetzt werden können. Diese Form einer repräsentativen Demokratie hat gegenüber offen autoritären Herrschaftsformen, wie etwa dem Feudalismus, den Vorteil, dass sich ein Veränderungswille der Bevölkerung nicht gegen die eigentlichen Zentren der Macht richten kann, sondern nur gegen ihre vordergründigen Erscheinungsformen, die parlamentarischen Repräsentanten und Regierungen. Hier ist also bereits im Kern ein Auseinanderfallen der vorgeblichen und der eigentlichen Zentren der Macht angelegt: die öffentlich sichtbaren demokratisch legitimierten staatlichen Apparate einerseits und die alle grundlegenden Entscheidungen bestimmenden praktisch nicht abwählbaren Elitegruppierungen andererseits.

Protest gegen Oligarchie (Foto: Pixabay, CCo)

Autoritäre Elemente in der kapitalistischen Demokratie

Diese Entwicklung einer „Demokratie ohne Demokratie" setzte sich im 20. Jahrhundert so fort, dass sie den sich ausdifferenzierenden Erfordernissen und Ansprüchen einer kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung genügte. Die bereits etablierten Formen der repräsentativen Demokratie hatten sich aus Sicht der Machteliten bewährt, bedurften jedoch angemessener Anpassungen, weil sich neue soziale Konfliktgruppierungen etablierten und der Demokratiegedanke in der Bevölkerung immer wieder eine eigenständige Kraft entfaltete.

Die wesentlichen neuen Entwicklungen lagen im Bereich dessen, was zunächst als Propaganda später dann als „public relation" bezeichnet wurde. Zudem wurde die ideologische Rechtfertigung für die gewünschte Form der kapitalistischen Demokratie bzw. der Elitendemokratie weiter ausgearbeitet und über Medien und Erziehungswesen kulturell verankert. Besonders einflussreich waren dabei die Beiträge von Walter Lippmann, der in seinem Klassiker Public Opinion von 1922 die ideologischen Grundlagen einer verdeckt autoritären Elitendemokratie weiter ausarbeitete, wie sie dann von vielen Intellektuellen weitergeführt und zum Standardmodell einer kapitalistischen Demokratie wurde. In diesem Standardmodell wird den Bürgern die Rolle des politischen Konsumenten zugewiesen. Der „mündige Bürger" gehört dabei ebenso zur bloßen ideologischen Rechtfertigungsrhetorik wie der „rationale Konsument" in der Ökonomie: Beide sind tatsächlich gerade nicht erwünscht, sondern Bürger wie Konsumenten sind in ihren Einstellungen, Meinungen und Präferenzen so zu formen, dass diese mit den Interessen der jeweiligen Eliten kompatibel sind. Daher entwickelten sich politische Propaganda und Techniken des Meinungsmanagements Hand in Hand mit Techniken, Konsumenten hervorzubringen und zu formen.

Über diese Techniken der Meinungsmanipulation hinaus wurden weitere Mechanismen geschaffen und vorhandene verstärkt, um wirtschaftlichen Interessengruppen mehr Einfluss auf staatliche Institutionen und das Parteienwesen zu ermöglichen. Das gelang mit beträchtlichem Erfolg, da sich die repräsentative Demokratie als besonders geeignet für die Einführung verdeckt autoritärer Einflussmechanismen erwies. Schon 1912 hatte Theodore Roosevelt festgestellt:

> Hinter dem, was wir für die Regierung halten, thront im Verborgenen eine Regierung ohne jede Bindung an und ohne jede Verantwortung für das Volk. Die Vernichtung dieser unsichtbaren Regierung und Zerschlagung der unheiligen Allianz von korrupter Wirtschaft und korrupter Politik ist die entscheidende politische Herausforderung dieser Zeit.

Edward Bernays sprach 1928 in seinem Klassiker Propaganda ganz selbstverständlich von einem „invisible government" als der „true ruling power of our country". In der Nachkriegszeit schienen Kapitalismus und repräsentative Demokratie vordergründig eine weniger autoritäre Allianz eingegangen zu sein.

Die repräsentative Demokratie erwies sich für den Kapitalismus als ein besonders effektives Mittel zur sozialen Pazifizierung:

Sie ließ scheinbar einen Klassenkompromiss zu, der im Austausch gegen sozialstaatliche Verbesserungen „die Hinnahme kapitalistischer Produktionsverhältnisse durch die nichtkapitalistische Mehrheit der Bevölkerung ermöglichen sollte." Durch einen solchen Klassenkompromiss konnte die repräsentative Demokratie zu einer gewaltigen kapitalistischen Produktivkraft werden. Dadurch verwandelte sich der Kapitalismus für drei Jahrzehnte „unter dem Einfluss demokratischer Politik und gewerkschaftlicher Organisierung […] aus einem gesellschaftlichen Klassenverhältnis in eine staatlich administrierte Prosperitätsmaschine." Der Kapitalismus freundete sich eine Zeitlang

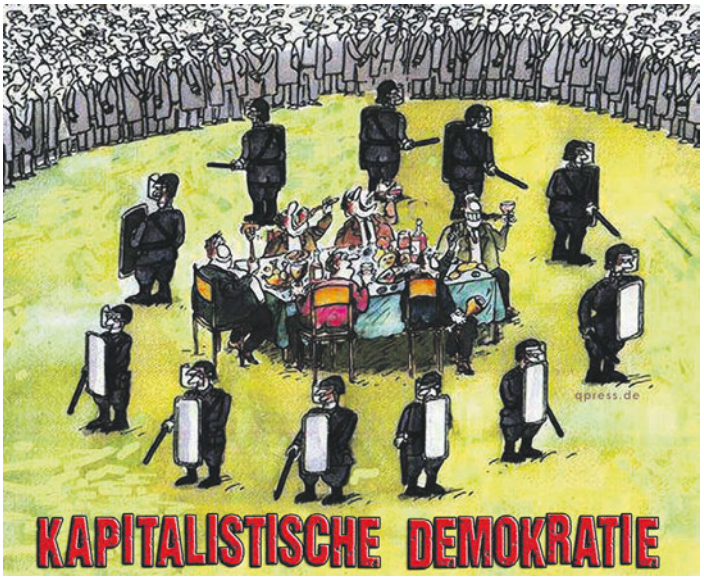
mit der repräsentativen Demokratie an, weil es gelang, die von den „Volksparteien“ vertretenen Positionen strikt innerhalb des Spektrums der Interessenunterschiede der Machteliten zu halten. Dadurch können die Volksparteien befriedend wirken, weil sie die Illusion einer demokratischen Kontrolle aufrechterhalten und zugleich die Stabilität der herrschenden Ordnung gewährleisten.

Vordergründig lockerten sich also autoritäre Zugriffe des Kapitalismus auf die Demokratie. Unter dieser Oberfläche entwickelten sich jedoch vielfältige autoritäre Strukturen und Mechanismen, die bei passenden historischen Konstellationen genutzt werden konnten, um ernsthaft demokratische Entwicklungen zu blockieren.

Demokratie als Gefahr für den Elitenkonsens

Solange der Kapitalismus eine demokratische Politik für seine Belange und Anliegen nutzen konnte, waren weitere autoritäre Mittel zur Einhegung demokratischer Bestrebungen weitgehend unnötig. Natürlich waren sich die Eliten dieser grundsätzlichen Gefährdung stets bewusst und warnten immer wieder davor, die Demokratie „zu weit” zu treiben. Eigentlich fühlten sie sich bereits durch die etablierten und hochgradig „entschärften” Formen von Demokratie bedroht und warnten daher in den 1970er Jahren vor einer „Krise der Demokratie”. Mit einer solchen „Krise” meinten sie ein „Übermaß an Demokratie“ („excess of democracy“), wie der Bericht „The Crisis of Democracy“ von 1975 aufzeigt, der im Auftrag des von David Rockefeller initiierten Think Tanks „Trilaterale Kommission“ erstellt worden war. Für eine den wirtschaftlichen Sachzwängen angemessene effiziente Handhabung einer Demokratie sei es, wie der Bericht feststellt, erforderlich, dass die Bevölkerung politische Entscheidungen den Eliten überlasse.

Um der Demokratie, also der Herrschaft „verantwortungsvoller” Eliten, eine hinreichende Stabilität zu verschaffen, wurde eine Vielzahl von Entwicklungen gefördert oder initiiert, durch die sich dies erreichen ließ. Hierzu gehörte vor allem die Förderung und die Verstärkung des Einflusses von wesentlich autoritär organisierten Strukturen innerhalb der Gesellschaft. Vor allem der gesamte Bereich der Wirtschaft ist im Kapitalismus in prototypischer Weise autoritär, wenn nicht gar totalitär organisiert. Er bildet in kapitalistischen Demokratien geradezu die Basiszelle anti-demokratischer Haltungen und Organisationsformen. Durch eine Erhöhung der Durchlässigkeit zentraler politischer Instanzen für Einflüsse aus dem privaten wirtschaftlichen Bereich lassen sich also autoritäre Elemente in öffentlich kaum sichtbarer Weise in den politischen Bereich einbringen. Andere Kernzellen genuin anti-demokratischer, autoritär organisierter Systeme sind der militärische Bereich, die Geheimdienste, Think Tanks und Stiftungen.



Cartoon: qpress.de

Die Geheimdienste zeigten seit je die Tendenz, sich gegenüber parlamentarischer Kontrolle zu verselbständigen und bildeten dabei teilweise systematische Verflechtungen zum organisierten Verbrechen aus. Prominentestes, weil vergleichsweise gut untersuchtes Beispiel ist die CIA. Schon in den 1950er Jahren bildeten Ölkartelle, Wall Street und CIA ein enges Geflecht von Machtstrukturen, das sich der Kontrolle durch die Regierung weitgehend entzog. Heute verfügen die USA über 17 Geheimdienste mit einem offiziellen Budget, das 55 Milliarden Dollar im Jahr 2016 betrug. Die wichtigsten Dienste sind: CIA, NSA, NRO, NGA, DIA und FBI; allein die NSA hat etwa 40.000 Angestellte. Hinzu kommt eine sich bürokratisch verselbständigende und sich demokratischer Kontrolle entziehende Sicherheitsbürokratie und -industrie: In den USA sind 1.271 staatliche Organisationen und 1.931 private Firmen mit insgesamt fast einer Millionen beteiligter Personen in Programme eingebunden, die unter dem Banner „counterterrorism“ und „homeland security“ weitgehend eigenständige und autoritär organisierte Strukturen bilden.

„Marktkonforme Demokratie“ im totalitären Spätkapitalismus

Auch die ursprünglich in der Mitte der Gesellschaft verankerten Volksparteien verbanden sich immer enger mit wirtschaftlichen Interessengruppen und integrierten sich personell wie ideologisch in staatliche und wirtschaftliche Machtstrukturen. Durch ein großes Arsenal von Mechanismen, die bis in die Gesetzgebung reichen, wurde ein Spektrum offener und verdeckter Formen politischer Korruption etabliert und zunehmend institutionalisiert. Um nur ein jüngeres Beispiel zu nennen: Eine empirische Studie des Roosevelt Institute untersuchte „den Einfluss des Geldes auf Stimmabgaben zur Finanzregulation“ sowie im Telecom-Sektor „die Verbindung zwischen Industriespenden und Kongress-Stimmabgaben“ mit folgendem Ergebnis: „Viele Abgeordnete verkaufen das öffentliche Interesse für politischen Einfluss.“ So entstanden innerhalb einer vordergründig demokratischen Gesellschaft autoritär organisierte „Stabilitätskerne”.

Diese Entwicklungen beschleunigten und verstärkten sich in zuvor nicht gekannter Weise mit der Entfaltung des Neoliberalismus und dem mit ihm verbundenen Übergang vom demokratischen Kapitalismus der Nachkriegszeit zur „marktkonformen Demokratie” in einen zunehmend totalitären Spätkapitalismus. Die Demokratie erschien dem globalisierten Kapital nun nicht mehr als nützliches Mittel zur „sozialen Befriedung” und Produktivitätssteigerung, sondern als grundsätzlich hinderlich. Der Neoliberalismus verzichtete also zunehmend auf eine demokratische Rhetorik und ging dazu über, jede Form von Demokratie als Behinderung eines freien Marktes zu bekämpfen. Mit der wesentlich durch Think Tanks vorangetriebenen Entfaltung neoliberaler Ideologie fand der Übergang des Kapitalismus von einer autoritären zu einer zunehmend totalitären Organisationsform statt, die alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens nach dem neoliberalen Modell zu organisieren suchte.

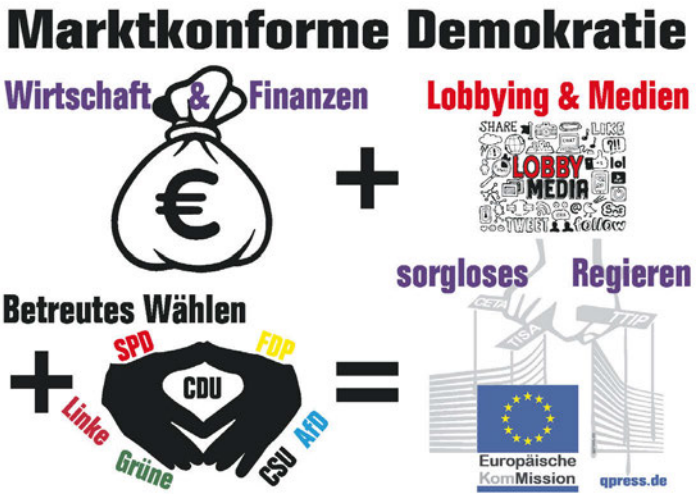
Im Leitbild einer „marktkonformen Demokratie” wurde Demokratie darauf reduziert, „rationale“ Problemlösungen im Sinne einer Anpassung an die „Naturgesetzlichkeiten” globalisierter Märkte zu produzieren. Begleitet von ideologischen Kampfbegriffen wie „Strukturreformen” oder „Bürokratieabbau” wurden Kapital, Konzerne und Reiche

Publiziert auf Free21 am 30.10.2017, 10:52 Uhr, von Rainer Mausfeld auf www.rubikon.news, Lizenz: CC-BY ND 4.0

über die Steuergesetzgebung und andere Mechanismen zunehmend von Beiträgen zu Gemeinschaftsaufgaben „entlastet". Auf diese Weise wurde der Staat in seiner sozialen Handlungsfähigkeit ausgetrocknet und durch „ Austeritätspolitik" in die Schuldenabhängigkeit der Finanzmärkte getrieben. Der so erzeugte und den Finanzmärkten preisgegebene Schuldenstaat wurde in diesem Prozess weitgehend zu einem Umverteilungs- und Subventionsstaat für die ökonomisch Starken und zu einem Überwachungsstaat für die ökonomisch Schwachen umgebaut.

Die sogenannte Globalisierung machte das Kapital über nationale Grenzen hinweg mobil und flexibel, während die Mechanismen seiner demokratischen Einhegung national gebunden blieben. Hierdurch verschoben sich die tatsächlichen politischen Machtverhältnisse in einer für die Öffentlichkeit kaum noch zu ermessenden Weise zugunsten autoritär organisierter und öffentlich nahezu unsichtbarer Zentren der Macht. Den renommierten investigativen Journalisten Dana Priest und William Arkin zufolge gibt es mittlerweile „zwei Regierungen: die eine, mit der die Bürger vertraut sind, die mehr oder weniger öffentlich betrieben wird; die andere, eine parallele, streng geheime Regierung, deren Teile wie Pilze aus dem Boden geschossen sind und sich in weniger als einem Jahrzehnt zu einem gigantischen Universum eigener Art ausgebreitet haben, sichtbar nur für sorgsam überprüfte Kader – und in ihrer Gesamtheit nur für Gott."

Damit wird die von den Erfindern der repräsentativen Demokratie aufgestellte Forderung, „Wem das Land gehört, der soll es auch regieren", unter den neoliberalen Bedingungen globalisierter Finanzmärkte in einer so radikalen Weise erfüllt, dass wohl keiner der Gründerväter der amerikanischen Verfassung das resultierende totalitäre Machtgebilde auch nur in die Nähe des Begriffs Demokratie bringen würde. Für



Satirische Grafik: qpress.de

diejenigen indes, die als Politiker im Rahmen der gegenwärtig vorgegebenen Machtkoordinaten operieren, ist die damit einhergehende vollständige Aushebelung der Demokratie eine ganz selbstverständliche Arbeitsgrundlage. Schon Hans Tietmeyer, Staatssekretär und Chefunterhändler der Regierung Helmut Kohl bei den Weltwirtschaftsgipfeln, hatte diese Arbeitsgrundlage am 3. Februar 1996 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos klar zum Ausdruck gebracht: „Ich habe bisweilen den Eindruck, dass sich die meisten Politiker immer noch nicht darüber im Klaren sind, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht werden."

Und auch der Bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer hatte das eigentlich Selbstverständliche am 20. Mai 2010 ganz beiläufig ausgesprochen:

> „Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.

Postdemokratie als totalitäre Herrschaft

Die postdemokratische Demokratie hat also längst ein autoritäres Gesicht. Die eigentlichen Zentren der Macht sind für die Bevölkerung weitgehend unsichtbar, demokratisch nicht abwählbar, unterliegen keiner öffentlichen Rechenschaftspflicht und sind in extremer Weise autoritär organisiert. Die Frage nach der tatsächlichen Herrschaftsform gegenwärtiger westlicher kapitalistischer Demokratien lässt sich also nicht einfach mit Verweis auf die Bezeichnung „Demokratie" beantworten. Vielmehr ist es eine empirische Aufgabe, durch geeignete Analysen der tatsächlichen Machtverhältnisse herauszufinden, wie hier Herrschaft organisiert ist.

Auf diesen wichtigen Punkt weist auch die Bundeszentrale für politische Bildung hin, wenn sie feststellt:

> „Eine Herrschaftsform bezeichnet die Art und Weise, wie Herrschaft in einem Staat ausgeübt wird. […] Achtung! Bei der Frage nach der Herrschaftsform geht es nicht darum, wie sich ein Staat bezeichnet oder wie er nach seinen Gesetzen organisiert sein sollte. Entscheidend ist, wer tatsächlich die Herrschaft ausübt.

Es geht also um die empirisch zu beantwortende Frage, ob die tatsächlichen Zentren politischer Macht bei den in demokratischen Wahlen gewählten Regierungen liegen, oder ob sie außerhalb des Bereichs demokratisch legitimierter Herrschaft liegen. Hierzu gibt es mittlerweile eine Fülle wissenschaftlicher Literatur und umfangreiche empirische Untersuchungen. Die vorliegenden Analysen, wie sie insbesondere in dem Bereich der Macht-Struktur-Analyse durchgeführt wurden, zeigen, dass die tatsächlichen Zentren politischer Macht weit außerhalb jeder demokratischen Kontrolle liegen und zugleich praktisch alle grundlegenden politischen Entscheidungen bestimmen. Obwohl sie im Binnenverhältnis ganz unterschiedliche Interessen aufweisen können, die sich gelegentlich in – für die Öffentlichkeit nur sehr indirekt sichtbaren – Konflikten entladen, sind sie in den grundsätzlichen Zielen recht homogen und verfolgen eine gemeinsame Agenda. Sie stellen die wesentlichen Akteure der neoliberalen Revolution dar, deren Ziel die Umverteilung von unten nach oben, vom Süden in den Norden und von der öffentlichen in die private Hand ist. Für diese Agenda sind sie auf die Etablierung autoritärer Strukturen angewiesen, durch die sie jede öffentliche Kontrolle und Rechenschaftspflicht verhindern können. Folglich sehen sie jede Form von Demokratie als ihren Hauptfeind an.

Ihre zentralen Knotenpunkte liegen, empirischen Studien zufolge, in der Finanzindustrie und in einer Reihe spezifischer wirtschaftlicher Komplexe, die auch Silicon Valley einschließen und überwiegend US-basiert sind. Sie sind eng verflochten mit Geheimdiensten, der Überwachungs- und Sicherheitsindustrie, dem militärischen Bereich, privaten Medien und Internetkonzernen sowie einem gigantischen Netzwerk aus Think Tanks und NGOs. Ihre Binnenstruktur ist hochgradig verteilt organisiert – vergleichbar mit der Architektur des Internet —, sodass sie in der jeweils geforderten politischen Machtausübung über ein hohes Maß an strategischer Flexibilität verfügen und politisch wenig störanfällig sind.

Ullrich Mies und Jens Wernicke (Hrsg.): „Fassadendemokratie und Tiefer Staat. Auf dem Weg in ein autoritäres Zeitalter", 272 Seiten; Print: 19,90 Euro, ISBN: 978-3-85371-425-6; E-Book: 15,99 Euro, ISBN: 978-3-85371-855-1.

Die daraus resultierende Machtstruktur ist, Mike Lofgren zufolge, „so heavily entrenched, so well protected by surveillance, firepower, money and its ability to co-opt resistance that it is almost impervious to change." Durch Think Tanks, Medien und eine Reihe anderer Kanäle und Mechanismen haben sie sich mit einer Kultur der rechtlichen und gesellschaftlichen Verantwortungslosigkeit umgeben und diese abgesichert. Zudem haben sie Mechanismen der Transformation ökonomischer in politische Macht etabliert und durch ihren direkten Einfluss auf die Gesetzgebung ihren politischen Einfluss in einer historisch nie gekannten Weise vergrößert. Hierzu gehört beispielsweise die Steuergesetzgebung, die internationale Gesetzgebung zum „Freihandel", die Verrechtlichung institutionalisierter Formen der Korruption und die rechtliche Gleichstellung von Konzernen mit natürlichen Personen („corporate personhood").

Wenn man also das von der Bundeszentrale für politische Bildung empfohlene Beurteilungskriterium dafür, ob eine Herrschaftsform als Demokratie zu bezeichnen sei, zugrunde legt, erlauben die vorliegenden empirischen Analysen nur den Schluss, dass westlich-kapitalistische Demokratien tatsächlich eine neuartige Form totalitärer Herrschaft darstellen. Es ist eine empirische Aufgabe, auf der Basis geeigneter theoretischer Konzepte ein genaueres Verständnis der spezifischen Eigenschaften und Funktionsweisen dieser neuartigen Organisationsweise von politischer Macht zu gewinnen. Die traditionellen Konzepte und Kategorien der Analyse von Machtstrukturen sind vermutlich hierfür nicht ausreichend und müssen daher in geeigneter Weise angepasst und erweitert werden.

Gefahren des Begriffs „Tiefer Staat"

Das Konzept des „Tiefen Staates" ist für eine solche Analyse wenig geeignet, weil es historisch mit bestimmten Machtkonstellationen verbunden ist, die mit den Machtstrukturen, um die es hier geht, nur oberflächliche Gemeinsamkeiten haben. Zudem birgt es durch natürliche Dispositionen unseres Geistes eine Reihe von Gefahren, die ein wirkliches Verständnis der zu untersuchenden Machtstrukturen beeinträchtigen können. Wir neigen bei unseren intuitiven Kausalanalysen komplexer Prozesse zu bestimmten Fehlkonzeptionen und kognitiven Verzerrungen, insbesondere zu konkretistischen Ursachenzuschreibungen in personalen Kategorien. Da uns naturgemäß derartige intuitive Kausalanalysen in einem hohen Grad plausibel erscheinen, führen sie zur Illusion des Verstehens und verstellen dadurch das Verständnis der tatsächlichen Eigenschaften und Funktionsweisen dieser neuartigen Organisationsformen politischer Macht. Der Begriff „Tiefer Staat" verführt geradezu zur konkretistischen Personalisierung von Machtkonstellationen oder – schlimmer noch – ihrer Mystifizierung.

Man kann natürlich den Begriff „Tiefer Staat" metaphorisch verwenden, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf den Sachverhalt zu lenken, dass die Zentren der politischen Macht nicht bei den Parlamenten und Regierungen liegen, sondern bei Akteuren, die weitgehend der öffentlichen Sichtbarkeit entzogen sind. Im Rahmen einer machtsoziologischen Analyse bezeichnet der Begriff „Tiefer Staat" lediglich eine phänomenologische Kategorie und keine theoretische Erklärungskategorie, auf deren Grundlage sich ein tieferes Verständnis der Eigenschaften und Wirkmechanismen der Machtstrukturen, um die es geht, gewinnen ließe. „Tiefer Staat" bezeichnet dann lediglich eine Erscheinungsweise politischer Macht: der Macht im autoritären und zunehmend totalitären Spätkapitalismus. Diese bedient sich der Hülse der repräsentativen Demokratie nur noch, um die eigentlichen Zentren politischer Macht für die Öffentlichkeit unsichtbar zu machen. Mehr noch: Die Öffentlichkeit soll möglichst nicht einmal wissen, dass diese überhaupt existieren – ein Ziel, das mit bedingungsloser Unterstützung der Massenmedien in einem beunruhigenden Maße erreicht wurde. Politische Veränderungsbedürfnisse der Bevölkerung können sich dadurch nicht mehr auf die Zentren der Macht richten, sondern nur noch auf Ablenkziele, womit sie politisch ins Leere laufen.

Quellen:

Vortrag von Prof. Rainer Mausfeld: Die Angst der Machteliten vor dem Volk: *<https://youtu.be/Rk6I9gXwack>*

Vortrag von Prof. Rainer Mausfeld: Wie werden Meinung und Demokratie gesteuert?: *<https://youtu.be/-hItt4cE0Pk>*

Autor:

Rainer Mausfeld

Geb. 1949, studierte Psychologie, Mathematik und Philosophie. Arbeitet im Bereich der Kognitionsforschung und untersucht die Natur der angeborenen Bedeutungskategorien unseres Geistes, auf denen alle psychischen Prozesse beruhen. Derzeit Professor für Allgemeine Psychologie an der Universität Kiel.

Helfen Sie uns bitte bei unserer Arbeit mit einer Spende!

Free21

Nutzen Sie bitte dazu folgendes Konto:

Empfänger: VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, **IBAN:** DE84 4306 0967 1185 9021 00, **Verwendungszweck:** FREE21 oder **per Paypal:** verein@free21.org

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Dieser Text wurde zuerst am 15.09.2017 auf www.rubikon.news unter der URL ‹https://www.rubikon.news/artikel/die-wahrheit-uber-die-demokratie› veröffentlicht. Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH

‹http://www.free21.org/?p=28199›

Publiziert auf Free21 am 30.10.2017, 10:52 Uhr, von Rainer Mausfeld auf www.rubikon.news, Lizenz: CC-BY ND 4.0

Das Free21-Aktiv-Abo

Die Idee: Jeder Druck-Abonnent erhält je Magazin-Ausgabe 10 gedruckte Exemplare.

Die zusätzlichen Exemplare können/sollten ;-) dann an andere Menschen, wie Freunde, Nachbarn, Interessierte weiter gegeben werden, um die Reichweite der kritischen Texte zu erhöhen.

Abonnement-Bestellschein

Bitte liefern Sie mir das Free21-Magazin ab der kommenden Ausgabe jeden 2. Monat bis auf Widerruf im Druck-Abonnement. Die Bezugsgebühren in der BRD (Druckkosten inkl. Zustellung) betragen **pro Ausgabe 10 EUR,** (15 EUR/Ausgabe in EU-Länder). Ich erhalte dafür 10 Exemplare. Ich bin damit einverstanden, dass die Druck-Abo-Gebühren von meinem Konto je Ausgabe im Voraus abgebucht werden.

Erteilung einer Einzugsermächtigung und eines SEPA-Lastschriftmandats:

Hiermit ermächtige ich Sie, bis auf Widerruf, die Print-Abonnementgebühren von meinem unten aufgeführten Konto einzuziehen.

Kontoinhaber Name, Vorname:

Abweichende Lieferanschrift:

Str., Nr.:

Name

PLZ, Ort:

Str., Nr.:

E-Mail:

PLZ, Ort:

Kontoführendes Institut:

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers:

IBAN:

BIC:

Gläubiger-Identifikations-Nr.:
DE39 ZZZ 000 015 390 45
Mandatsreferenz-Nr.

Abschicken an: GlobalFairHandeln, Lukas Puchalski, Am Entenpfuhl 4, 50170 Kerpen

Erscheinungstermine in 2018: 15.2.18/15.4.18/15.6.18/15.8.18/15.10.18/15.12.18

Zum Abo: Insgesamt werden 6 Ausgaben in 2018 gedruckt. Die Druck- und Versandkosten für je 10 Exemplare werden ca. 20 Tage vor dem Erscheinen per Lastschrift eingezogen. Das Druck-Abo gilt bis auf Widerruf und beginnt mit der ausgewählten Ausgabe, sobald der Bestellschein bei uns eingegangen ist. **Kündigung:** Das Druck-Abo ist jederzeit zum Monatsende mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten kündbar. Die Kündigung muss bitte schriftlich auf dem Postweg erfolgen.

Widerrufsrecht: Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, widerrufen und die Erstattung des belasteten Betrages verlangen kann. Es gelten dabei die bei meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Die Mandatsreferenznummer wird von GlobalFairHandeln/Lukas Puchalski vergeben.

Aktuelle und ältere Ausgaben können Sie im Webshop www.free21abo.de bestellen.

Das Free21-Prinzip:

Die Geschenkidee: Ein **Free21**-Abo

Abo
Free21

www.Free21Abo.de

Free21

Wir suchen noch ehrenamtliche

Verstärkung für das Free21-Team:

Du bist kritisch, skeptisch, sattelfest in Rechtschreibung und dazu noch misstrauisch? Dann bist Du für uns der/die geborene

Researcher/in

Bevor wir Artikel layouten und veröffentlichen, prüfen und korrigieren unsere Researcher die Texte unserer Autoren sowie die Links und Quellen auf Verfügbarkeit und sachliche Richtigkeit.

Wenn Ihr uns ehrenamtlich unterstützen könnt, schreibt bitte an: research@free21.org

Wir wollen auch nicht deutschsprachige Menschen bei ihrer Meinungsbildung unterstützen und einen Teil unserer Artikel in anderen Sprachen publizieren. Um das zu schaffen, benötigen wir Eure Unterstützung.

Dafür suchen wir ehrenamtliche

Übersetzer/innen

sprachlich versiert sowie mit guten stilistischen und orthografischen Fähigkeiten.

Wenn Ihr uns ehrenamtlich unterstützen könnt, schreibt bitte an: translate@free21.org